

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention

**Berliner Projekte gegen
Rechtsextremismus**
Forschungsbericht des Zentrums für
Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugend-
gewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin

Nr. 30

Impressum:

Berliner Forum Gewaltprävention

Das BFG erscheint unregelmäßig.
Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeberin:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47, 10179 Berlin-Mitte
Telefon: (030) 9027 - 2913
Telefax: (030) 9027 - 2921
E-Mail: Manuela.Bohlemann@Seninnsport.Berlin.de

Internet:

www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Ute Vialat, Stephan Voß

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:

Stephan Voß
Nr. 30, 2007, 8. Jahrgang,

Druckauflage:
2.000 Exemplare

Druck des Umschlags:
Druckhaus Schöneweide

Druck der Innenseiten:
JVA Tegel

	Inhaltsverzeichnis	1
	Thomas Härtel	
	Vorwort	3
	Prof. Dr. Wolfgang Benz	
	Vorwort	5
	Dr. Michael Kohlstruck, Daniel Krüger, Anna Verena Münch M.A.	
	Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus	
	Forschungsbericht an die Landeskommission Berlin gegen Gewalt	8
1	Übersicht	8
	Auftrag und Textgliederung	8
	Drei Ebenen der staatlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus	9
	Anmerkungen zum Sprachgebrauch	9
2	Thema und Problemfeld	11
2.1	Besonderer Status des Themas Rechtsextremismus	11
2.2	Ausweitung des Problemfeldes in der aktuellen Diskussion	13
2.2.1	„Nährboden“ - Metaphorik	15
2.2.2	Probleme der Einstellungsforschung	15
2.2.2.1	Einstellungen und Wahlverhalten	19
2.2.2.2	Einstellungen im Zeitverlauf	20
2.2.2.3	Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und „Kampf gegen Rechts“	21
2.2.3	Fazit	22
2.3	Facetten des Problemfeldes	24
2.3.1	Aktionsorientierter Rechtsextremismus und politische Gewalt	24
2.3.1.1	Personenpotenzial Rechtsextremismus Berlin	24
2.3.1.2	Rechte Gewalt	25
2.3.1.3	Proportionen innerhalb der statistischen Kategorie der politisch motivierten Gewalt	25
2.3.1.4	Verhältnis zwischen politischer und allgemeiner Gewaltkriminalität	27
2.3.1.5	Veränderungen im Bereich der rechten Gewalt	29
	Quantitative Entwicklung	
	Opfer	
	Täter/ Tatverdächtige	
	Verteilung auf Stadtregionen	
2.3.1.6	Fazit	36
2.3.2	Wahlergebnisse	36
2.3.2.1	Ergebnisse 2006	36
2.3.2.2	Stadtregionale Verteilung	37
2.3.2.3	Verteilung nach sozialen Merkmalen: Alter und Geschlecht	39
2.3.2.4	Fazit	39
2.3.3	Resümée	40

3	Anlage und Ergebnisse der empirischen Erhebung	42
3.1	Allgemeine Auswertung	44
3.1.1	Träger und Projekte	44
3.1.2	Inhaltliche Projektausrichtung	45
3.1.3	Schulprojekte	46
3.1.4	Erreichte Adressatinnen und Adressaten	48
3.1.5	Anzahl der Projekte / Projektdauer	51
3.1.6	Projektelevaluation	51
3.2	Auswertungen zu speziellen Aspekten	52
3.2.1	Zielgruppe Auszubildende	52
3.2.2	Zielgruppe rechtsextrem und gewaltorientierte Jugendliche und junge Erwachsene	52
3.2.3	Die meistgenannte Zielgruppe: Jugendliche (inkl. und exkl. der Schulprojekte)	53
3.2.4	Zielgruppe Opfer	56
3.2.5	Zielgruppe Migranten	58
3.2.6	Arbeitsansatzbezogene Auswertung	59
3.3	Bewertung der Ergebnisse	62
4	Empfehlungen	64
4.1	Gegenwärtige Projektlandschaft und Veränderungsmöglichkeiten	64
4.1.1	Präventionstypen	64
4.1.2	Sekundäre Prävention	65
4.1.3	Tertiäre Prävention	67
4.2	Negative Programmziele und ihre Implikationen	68
	Exkurs: Ein Beispiel für unspezifische Arbeitsansätze: Historische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus	70
4.3	Programme und Regelaufgaben, Zuständigkeiten und institutionelle Aspekte	72
4.4	Verfahrensempfehlungen	74
4.5	Schwerpunkte einer künftigen Förderung	74
5	Zusammenfassung in Thesen	76
6	Anhang	78
	Fragebogen	79
	Quellen	90
	Literatur	91
	Autorenverzeichnis	97
	Bestellcoupon	98

Thomas Härtel

Vorwort

In Berlin werden verschiedenste Strategien, Programme, Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus durchgeführt. Dennoch sind rechtsextremistische Gewalttaten und sonstige nicht zu akzeptierende entsprechende Übergriffe in einem beachtlichen Umfang zu verzeichnen.

Um funktionierende Handlungsempfehlungen für künftig umzusetzende präventive Maßnahmen zu erhalten, ist eine Bewertung dieser vielfältigen Strategien - insbesondere der durch das Land Berlin geförderten - vor dem Hintergrund aktueller rechtsextremistischer Entwicklungen erforderlich.

So hatte die Landeskommission Berlin gegen Gewalt in ihrer 50. Sitzung am 13.03.2006 beschlossen, eine Expertise zum Thema Rechtsextremismus in Auftrag zu geben. Der Inhalt des Forschungsauftrages wurde mit der von der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt koordinierten ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und mit dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration abgestimmt.

Nun ging es im Rahmen des Forschungsauftrages darum, die Berliner Projektlandschaft wissenschaftlich zu untersuchen. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangslage von häufigen rechtsextremen Straftaten und sonstigen einschlägigen Handlungen bestand ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsauftrages darin, eine Analyse des Problemfeldes „Rechtsextremismus“ in den letzten fünf Jahren durchzuführen sowie Verursachungszusammenhänge zu benennen. Unser Interesse bestand darin zu erfahren, ob die Projekte den aktuellen Problemlagen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus gerecht werden und geeignet sind, diesen entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sollten Empfehlungen entwickelt werden, ob bzw. in welcher Form die Projektschwerpunkte sinnvoll geändert werden sollten.

Der Forschungsauftrag wurde von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin übernommen. Das überaus interessante Ergebnis liegt nun vor.

Die im Rahmen der Studie untersuchten Projekte wurden unter den Gesichtspunkten der Zielgruppen, der Zielgebiete und der angewandten Konzepte und Methoden ausgewertet. Auffallend ist das Ergebnis, dass sehr viele sinnvolle Aktivitäten im Bereich der primären Prävention erfolgen. Ein Beispiel dafür ist die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens bei Schülerinnen und Schülern. Dagegen wurde eine spezifischere Gewaltprävention, d.h. konkret die Arbeit mit - in der Regel bildungsarmen - rechtsorientierten und gewaltaffinen männlichen Jugendlichen, vernachlässigt. Hier wurde in der Expertise ein wichtiger Ansatzpunkt gesehen, um künftigen Gewalttaten entgegenzuwirken. Die Projekte sollten mit sozialräumlichem Bezug arbeiten. Neben einer Arbeit an der Reduzierung der Gewalttaten sei die Beratung von Opfern unerlässlich. Der Fortbildung, Beratung und Information von pädagogischem Personal in Erziehung und Bildung (Schulen, Kinder- und Jugendhilfe u.a.) sowie der Dokumentation und Information zum Themenfeld Rechtsextremismus wurde eine große Bedeutung beigemessen.

Ich möchte Ihre Spannung beim Lesen des Berichtes nicht schmälern, indem ich weitere der vielfältigen Ergebnisse dieser umfassenden Expertise vorwegnehme.

Der Forschungsbericht wird sicherlich zu intensiven Diskussionen über wirkungsvolle Strategien und Handlungsansätze führen und bei der programmatischen Weiterentwicklung des Gesamtlandeskongzeptes gegen Rechtsextremismus Berücksichtigung finden. Ich bin zuversichtlich, dass auch viele Projektträger sowie die engagierten zivilgesellschaftlichen Akteure die Forschungsergebnisse mit großem Interesse aufnehmen werden.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt erfüllt mit diesem Bericht ihre Anregungsfunktion in Bezug auf gewaltpräventive Maßnahmen und Strategien. Ich halte es für wichtig, dass wir weiterhin in einem kontinuierlichen Prozess die Fragestellung verfolgen, mit welchen Methoden in den verschiedenen Politik- und Handlungsfeldern eine nachhaltige Wirksamkeit von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu erreichen ist. Dies ist ein dynamischer Prozess, der den anstehenden Aktualitäten entsprechend gemeinsam mit staatlichen und auch mit nichtstaatlichen Akteuren gestaltet werden sollte.



Thomas Härtel
Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Staatssekretär für Sport

Prof. Dr. Wolfgang Benz

Vorwort

Mit der Gründung der „Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ hat das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin (ZfA) im Jahr 1999 neue Wege beschritten: Angesichts anhaltend hoher Zahlen von rechtsextremen Übergriffen auf gesellschaftliche Minderheiten und politische Gegner ist die Arbeitsstelle mit dem erklärten Ziel eingerichtet worden, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen in die pädagogische und politische Praxis zu transferieren. Mit der Finanzierung der Arbeitsstelle durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB - Stiftung) seit dem Jahr 2002 konnte das Konzept einer praxisrelevanten Information, Fortbildung und Beratung kontinuierlich und erfolgreich umgesetzt werden. Zu den Adressaten gehören seitdem zivilgesellschaftliche Kräfte wie Bürgerinitiativen und Freie Träger, Kommunalverwaltungen und Politik sowie pädagogische Multiplikatoren. Hinzu kommen Präsentationen in Schulen oder bei bundesweit ausgerichteten Veranstaltungen wie dem „Tag des Grundgesetzes“. Regional und lokal ausgerichtete Forschungen zu Berlin und Brandenburg ergänzen das wissenschaftliche Dienstleistungsangebot.

Wer Anfang der 1990er Jahre der Auffassung gewesen sein mag, das Erstarken rechtsextremer Gruppen und Parteien, die martialischen Aufmärsche, die Gewaltexzesse gegen Migranten und andere Minderheitengruppen seien eine vorübergehende Begleiterscheinung der deutschen Wiedervereinigung, sah sich bald getäuscht. Die Geschichtswissenschaft fand sich in der Einsicht bestätigt, dass es in der Historie keine wirklichen Wiederholungen gibt, sondern lediglich modifizierte Kontinuitäten. An der Substanz des rechtsextremen Denkens, dem völkischen Konzept der Nation und der sozialdarwinistischen Ethik sowie den daraus folgenden Exklusionsforderungen und Ausschließungspraktiken hat sich nichts geändert. Ebenso wenig hat sich die aggressive Frontstellung gegen die offene Gesellschaft und den demokratischen Rechtsstaat abgeschwächt. Die wehrhafte Demokratie beobachtet zu Recht Bestrebungen, die die Veränderung der politisch - rechtlichen Grundordnung anstreben.

Verbunden sind die inhaltlichen Kontinuitäten mit einem deutlichen Formwandel. Der Rechtsextremismus hat seit den 1990er Jahren sein Gesicht verändert. Die Zeiten der Hinterzimmertreffs und von Altherrenparteien waren ebenso vorüber wie auch die paramilitärisch daherkommenden Jugendtrupps der 1970er und 1980er Jahre nicht mehr das Leitbild für die Jüngeren darstellten.

Beginnend mit einer rechtsextrem orientierten Fraktion der maskulinen Jugendkultur der Skinheads wurde „Rechtsextremismus“ als kultureller Code unter jungen Leuten etabliert. Für eine Minderheit unter ihnen wurde es interessant, sich den rechtsextrem orientierten Szenen zuzuordnen. Dabei mischten sich in wechselnden Anteilen bewusste Entscheidungen, tatsächliche wirksame Beweggründe, explizierte Ziele und faktische Antriebe. Orientierungssuchende junge Menschen, überzeugte Ideologen, ehrgeizige Mitmacher, alkoholgezeichnete Ausbildungsabbrecher und Gewalttäter auf der Suche nach Opfern – sie alle konnten ihren Weg zum Rechtsextremismus finden. Warum auch immer jemand zu rechtsextremen Jugendszenen stieß und dort blieb – im Ergebnis bedeutet dies eine Verstärkung des Rechtsextremismus als einer sozialen Bewegung.

Die zweite maßgebliche Veränderung in den letzten Jahren ist zweifelsohne das Erstarken der NPD, die sich mit einem nationalrevolutionären Profil gegenüber den parteiunabhängigen Kräften geöffnet hat; sie hat sich damit aber auch die Aufgabe geschaffen, für Wähler der gesellschaftlichen Mitte attraktiv zu bleiben.

Die Wahlerfolge in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben den Parteiaktivisten ein Selbstbewusstsein vermittelt, das wohl eher als gefühlte Stärke denn als wirkliche Macht zu bezeichnen ist. Deutlich genug wird allerorten, wie dünn die Personaldecke der NPD und wie groß die Kluft zwischen dem Habitus vieler ihrer Funktionäre und den Usancen des Parlamentsbetriebs ist.

Die Wissenschaft ist vor dem Hintergrund der Entwicklung des Rechtsextremismus in unterschiedlicher Weise gefordert. Vier Aufgaben lassen sich unterscheiden.

Eine hohe und unmittelbar praktische Bedeutung hat die Information und Beratung von Berufsgruppen, die direkt mit Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen in Schule und Ausbildung und in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten. Diese Zielgruppe muß kontinuierlich über die Grundsätze der rechtsextremen Weltanschauung, über die wechselnden Agitationsthemen, über Methoden und Techniken der Rekrutierung von Nachwuchs kompetent unterrichtet werden. Gezeigt hat sich überdies, dass es neben Informationsdienstleistungen auch sinnvoll ist, einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter Pädagogen wissenschaftlich zu begleiten.

Eine zweite Aufgabe der Wissenschaft besteht in der Beratung von Verwaltung und Politik zu Prävention und Intervention. Die Studie zu Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus ist ein Beispiel für diesen Typ von Wissenschaftsbeitrag. Ein Vorzug der wissenschaftlichen Außen-sicht auf politische Handlungsfelder besteht in der größeren Distanz, d.h. der Unabhängigkeit von Legislaturperioden und ihrem Zwang der Wahlwerbung, von den parteipolitischen Konkurrenzen, die noch jedes Sachthema zu einer Abgrenzungsmöglichkeit haben verkommen lassen sowie der Distanz zu den Konjunkturen des Medienbetriebs. Nicht selten sind Entscheidungsträger auf Deutungen festgelegt, die in den Fachdiskussionen und den wissenschaftlichen Debatten schon nicht mehr aktuell sind. Hier wird auch in Zukunft ein Transfer erforderlich sein.

Mit der Veröffentlichung praxisnaher wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse wird auch eine dritte Funktion übernommen. Wissenschaftliche Beiträge werden der Möglichkeit nach zu Bestandteilen des öffentlichen Diskurses und damit zu einem Element in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung. Gerade die Debatten um Fragen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus scheinen in stärkerem Maße anregungsbedürftig zu sein als andere politische Diskurse, die – wie es für eine pluralistische Gesellschaft selbstverständlich ist - kontrovers diskutiert werden. Die konsensuale Empörungsrhetorik und der vielfältige Aktionismus zum Thema Rechtsextremismus können von Einsprüchen und neuen Gesichtspunkten nur gewinnen. Vielleicht lässt sich die gebetsmühlenartig wiederholte Kampfrhetorik nicht wirklich verändern. Schließlich gehört auch die symbolische Politik zu den üblich gewordenen Anforderungen in einer demokratisch verfassten und massenmedial strukturierten Gesellschaft. Symbolische Akte werden jedoch spätestens dann problematisch, wenn sie nicht verbunden sind mit zielgruppenspezifischen, dauerhaften und professionellen Arbeitsansätzen. Auf das Gütesiegel „Hilft gegen Rechtsextremismus“ kann dabei gut verzichtet werden, solange nur die Regelaufgaben einer Förderung von Kindern und Jugendlichen von früh auf nach dem aktuellen Stand des Wissens und im Hinblick auf die heutigen Anforderungen einer pluralisierten und auch von Migration gekennzeichneten Gesellschaft erfüllt werden. Soziales Lernen, Befähigung zu Empathie und Toleranz, historisch-politische Bildung, Kompetenz im Umgang mit anderen Ethnien und Kulturen – das alles sind Bildungsziele, die zu fördern sind und die in ihrer Legitimation nicht an die Herausforderung des Rechtsextremismus gebunden werden dürfen. Natürlich kostet das mehr Geld als aktionsorientierte Kriseninterventionsstäbe und Projekte im Rahmen zeitlich befristeter Modellprogramme, deren Überführung in die Regelförderung nach wie vor ein ungelöstes Problem darstellt.

Zuletzt seien die Aufgaben angesprochen, die in einer traditionellen Sicht der Dinge als eigentlicher Inhalt von Wissenschaft betrachtet werden, nämlich Geschichte und Gesellschaft systematisch zu beobachten und nach eingeführten Standards und in überprüfbarer Weise gesichertes Wissen zu produzieren.

Die Legitimität dieser Funktion wird von denen häufig vergessen, die sich eine kämpfende Wissenschaft wünschen und für ihre eigenen politisch-praktischen Ziele umstandslos auch die Geschichts- und Sozialwissenschaften zu vereinnahmen geneigt sind. Auch für die Forschung ist das Feld aufschlussreich. Den größten Gewinn an Einsicht versprechen dabei heute die Ansätze, die den Rechtsextremismus nicht isoliert und gewissermaßen „freigestellt“ betrachten. An solchen Studien herrscht mittlerweile kein Mangel. Forschungsbedarf besteht vielmehr dort, wo unter dem Stichwort „Rechtsextremismus als Symptom“ Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus einerseits und bestimmten sozialen oder politischen Verhältnissen andererseits untersucht werden. Rechtsextremismus zu erforschen bedeutet, prekäre soziale Lagen und abgehängte Stadtquartiere und Regionen in den Blick zu nehmen. Es bedeutet auch, die Leistungsfähigkeit der heutigen Demokratie aus der Perspektive derer zu untersuchen, die nicht zu den Eliten gehören und bei denen sich der Eindruck verfestigt, die politische Klasse in der Demokratie habe in einer quasi-monarchischen Machtfülle die Rückbindung an den eigentlichen Souverän verloren. Wer über die Defizite der heutigen Demokratie nicht reden will, wird dem Phänomen Rechtsextremismus ratlos gegenüberstehen.

Eine Kooperation zwischen wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Praxis zum Thema Rechtsextremismus ist unumgänglich. Fruchtbar wird sie aber auch in Zukunft nur sein können, wenn von allen Beteiligten die Autonomie der jeweiligen Professionen und die unterschiedlichen Ziele der verschiedenen Arbeitsfelder respektiert werden.

Prof. Dr. Wolfgang Benz ist Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin

Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus

Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt

1 Übersicht

Auftrag und Textgliederung

Der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt koordinierte Forschungsauftrag zu den Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus an die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin umfasste drei Teilaufgaben.

Erstens soll ein Überblick über das Problemfeld „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“ gegeben werden. Welche Phänomene gehören zu diesem Feld und wie haben sie sich in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Zweitens sollen die Projekte der Jahre 2005 und 2006, die sich kritisch mit Rechtsextremismus befassen, unter den Gesichtspunkten der Zielgruppen, der Zielgebiete und der angewandten Arbeitsansätze ausgewertet werden.

Drittens schließlich sollen auf Grundlage der Problemfelddarstellung und des empirisch ermittelten Ist-Zustandes der Projektschwerpunkte begründete Empfehlungen ausgesprochen werden, ob und ggf. wie Schwerpunkte von Prävention und Intervention künftig verändert werden könnten.

Die vorliegenden Ausführungen sind entsprechend diesem Auftrag in drei große inhaltliche Teile gegliedert (Teile 2 bis 4).¹

Teil 2 „Thema und Problemfeld Rechtsextremismus“ beleuchtet die Eigenart des Themas Rechtsextremismus im Zusammenhang mit der Geschichte und der politischen Kultur in Deutschland.

Der Vergleich mit den Diskussionen zur Kriminalitätsprävention zeigt, dass die heutige öffentliche Thematisierung von Rechtsextremismus in der Gefahr steht, unpräzise geführt zu werden. Sie wird nicht selten mit politischen Konflikten vermischt, die zur Normalität einer pluralistischen Gesellschaft in einer rechtsstaatlichen Demokratie gehören.

Zwei Facetten des Problemfeldes (Gewalttaten, Wahlergebnisse) werden genauer dargestellt. Daran kann gezeigt werden, dass es für diese beiden Teilaspekte stadträumliche, soziale, alters-, bildungs- und geschlechtsbezogene Ausprägungen gibt.

Die Darstellung sowohl der öffentlichen Diskussion wie ausgewählter Sachdimensionen wird plausibel machen, inwiefern sich für die Politik die Aufgabe stellt, im Sinne einer pragmatischen Intervention in diesem Problemfeld Prioritäten zu setzen.

Teil 3 befasst sich mit der Untersuchungsanlage und ausgewählten Ergebnissen der Erhebung: Im Sommer 2006 wurde mit Unterstützung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt unter den Berliner Schulen, der Polizei, den Bezirksämtern, weiteren staatlichen Institutionen und Behörden sowie den in Frage kommenden freien Trägern eine Erhebung durchgeführt. Dabei handelte es sich um eine erste grobe, gewissermaßen kartographische Erfassung der Berliner Projektlandschaft, um im Wesentlichen die stadträumliche Verteilung der Projekte, ihre Zielgruppen und ihre Arbeitsansätze zu ermitteln. Ausgewählte Ergebnisse dieser Erhebung werden vorgestellt.

¹ Anna Verena Münch war verantwortlich für die Datenerfassung und hat die Daten mittels SPSS ausgewertet. Sie hat Teil 3 dieser Studie verfasst. Daniel Krüger hat die Wahlanalysen erarbeitet und die Statistiken der Sicherheitsbehörden ausgewertet. Er hat alle Tabellen im Teil 2 erstellt und das Kapitel 2.3.2 verfasst. Alle anderen Teile wurden von Michael Kohlstruck verfasst. Für die kritische Kommentierung einer früheren Fassung danken wir Rainer Erb und Kerstin Palloks.

Teil 4 formuliert Empfehlungen für eine künftige Ausrichtung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Die Empfehlungen gründen sich sowohl auf die Ergebnisse der empirischen Erhebung wie auch auf davon unabhängige Gesichtspunkte.

Für ein Landesprogramm zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird ein Gesamtkonzept und eine Gesamtkoordination für erforderlich gehalten. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass das Problemfeld Rechtsextremismus in Berlin ein deutliches stadtgeographisches Profil aufweist. Die Bedarfsermittlung und Bedarfsdefinition sollte demnach passgenau zu den sozialräumlichen Problemlagen vollzogen werden. Dafür werden zwei Schwerpunktsetzungen vorgeschlagen: Der Komplex rechter Gewalt und die Unterstützung einer kritisch-aufklärerischen Behandlung des Themas in Erziehung, Bildung und allgemeiner Öffentlichkeit. Die Implikationen dieses Vorschlages werden ausgeführt.

Drei Ebenen der staatlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Die staatlich verantwortete und geförderte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus lässt sich auf drei Handlungsebenen abbilden.² Auf einer ersten Ebene residiert die symbolische Politik und die geistig-politische Auseinandersetzung, die zweite Ebene bezeichnet das Feld der Repression, die dritte Ebene schließlich die Politik der sozialen Integration. Beispiele für die erste Ebene sind Demonstrationen, öffentliche Erklärungen, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen - kurz, alles was als „Bekanntnis und Protest“ zusammengefasst werden kann. Rechtsextreme Einstellungen, Haltungen und Handlungen werden auf dieser Ebene moralisch verurteilt und für illegitim erklärt.

Die zweite Ebene ist das Handlungsfeld der Behörden der Inneren Sicherheit sowie der Gesetzgebung und der Gerichte. Hier stehen die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung sowie die Beobachtung von verfassungswidrigen Bestrebungen im Vordergrund. Geahndet werden strafrechtlich relevante Handlungen, und beobachtet werden politische Aktivitäten. Die wesentliche Unterscheidung ist die zwischen strafbarem und nicht-strafbarem Verhalten bzw. zwischen verfassungswidrigen und nicht-verfassungswidrigen Bestrebungen.

Die dritte Ebene schließlich, die Ebene der sozialen Integration, ist die Domäne von Erziehung, Bildungs- und Sozialarbeit, von Schul-, Sozial-, Kinder- und Jugendpolitik, von Migrations- und Arbeitsmarktpolitik und von politischer Bildung. Hier wird versucht, abweichendes Verhalten zu reduzieren, indem Normen und Werte einer zivilen Gesellschaft internalisiert werden, eine eigenverantwortliche und sozial verträgliche Lebensführung eingeübt und Strategien der Überzeugung angewandt werden.

Im Sinne dieser Unterscheidung beschäftigt sich die gesamte vorliegende Darstellung allein mit dem hier als dritten Bereich ausgewiesenen und als „Politik der sozialen Integration“ bezeichneten Handlungsfeld.

Anmerkungen zum Sprachgebrauch

1. Der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt ausgesprochene „Forschungsauftrag Rechtsextremismus“ (18.5.2006 bzw. 30.5.2006) bezieht sich auf das breite Feld von „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“. Im Sinne einer sprachlichen Verschlingung ist dieses Feld gemeint, wenn im folgenden abkürzend von „Rechtsextremismus“ die Rede ist.

² Vgl. dazu Hans-Gerd Jaschke: Für eine aktivierte Bürgergesellschaft. Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz 2000.

2. Seit der Neudefinition des Umfangs der als politisch geltenden Straftaten (mit Wirkung vom 1.1.2001) werden auch solche Straftaten vom polizeilichen Staatsschutz erfasst, die nicht im engeren Sinne extremistisch sind, mithin auf eine politische Systemüberwindung angelegt sind. Zu der statistischen Kategorie der „politisch motivierten Kriminalität“ (PMK-rechts bzw. PMK-links) werden seit 2001 auch gruppenfeindliche Straftaten gerechnet. Man geht davon aus, dass in solchen Fällen die Zugehörigkeit des Opfers zu bestimmten Bevölkerungsgruppen und nicht individuelle Konflikte zentral für die Motive der Täter sind.

In der Sprache der Statistik werden die im engeren Sinne extremistischen zusammen mit den gruppenfeindlichen Delikten als „rechte Straftaten“ (bzw. als „linke Straftaten“) bezeichnet. Dieser Sprachgebrauch wird für die vorliegende Studie übernommen.³

3. In Übereinstimmung mit den grammatischen Regeln der deutschen Sprache wird das generische Maskulinum überall dort verwendet, wo die Angabe des sozialen oder des natürlichen Geschlechts für den Sinn des Textes unerheblich ist.

³ Die Bezeichnung der einschlägigen statistische Kategorie als „politisch motivierte Kriminalität“ darf nicht falsch verstanden werden: Diese statistische Zuordnung erhebt nicht den Anspruch, das Zustandekommen der beobachteten Straftaten und damit auch die zugrunde liegenden Motive der Täter hinreichend zu erklären. Vgl. dazu: Michael Kohlstruck/ Anna Verena Münch: Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt, in: Andreas Klärner/ Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 302-336; vgl. zum neuen Erfassungssystem: Jens Peter Singer: Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten, in: Kriminalistik 59 (2004), H. 1, S. 32-37.

2 Thema und Problemfeld

Der zweite Teil stellt sich die Aufgabe, das Thema Rechtsextremismus und die aktuellen öffentlichen Diskussionen in einen weiteren Horizont zu rücken.

Damit soll vor allem gezeigt werden, inwiefern bei der künftigen Förderung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Entscheidungen über Prioritätensetzungen zu treffen sind. Denkbare Interventionsfelder sind Einstellungen und Wahlverhalten sowie das Gewaltproblem. Die Ergebnisse der Einstellungsforschung stellen dabei die am wenigsten verlässlichen Daten dar. Plädiert wird für eine starke Ausrichtung der Intervention auf den Gewaltkomplex. Dies schließt die Arbeit mit potentiellen Tätern wie die weitere Förderung einer Unterstützung von Opfern gruppenbezogener Gewaltakte ein.

Im Gliederungspunkt 2.1 wird der besondere Rang behandelt, den das Thema Rechtsextremismus generell in der politischen Kultur Deutschlands hat. Die Analogien zwischen dem Thema Rechtsextremismus und dem historischen Nationalsozialismus sind der Hauptgrund für besondere Aufmerksamkeit.

Auf dieser Grundlage zeigt Abschnitt 2.2, dass die aktuelle Behandlung des Themas in der allgemeinen Öffentlichkeit auch problematische Aspekte aufweist. Dazu gehört die Tendenz, mit Rechtsextremismus-Konzepten zu arbeiten, die das Problemfeld sehr weit definieren.

Eine Variante ist die Einbeziehung eines schwer fassbaren Bereichs, nämlich des sog. „Nährbodens“ (Abschnitt 2.2.1). Eine andere Erweiterung des Problemfeldes besteht in der Einbeziehung der Einstellungsdimension (Abschnitt 2.2.2). Gezeigt wird, inwiefern prominente Ansätze in der Einstellungsforschung aus methodenkritischer Sicht problematisch sind. Die vorliegenden Ergebnisse der Einstellungsforschung können, für sich genommen, aus theoretischer wie aus methodischer Sicht nicht als hinreichende Problemindikatoren gelten. Von den Facetten des Problemfeldes werden die rechte Gewalt (Abschnitt 2.3.1), und die Wahlergebnisse (Abschnitt 2.3.2) eingehender vorgestellt.

2.1 Besonderer Status des Themas Rechtsextremismus

Das Thema Rechtsextremismus war für Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland (wie auch für die DDR) seit ihrer Gründung stets ein besonderes Thema. Beide deutsche Staaten gehörten zu den Erben des sog. Großdeutschen Reiches, das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus war damit Vorläufer und absolutes Gegenmodell der beiden neu errichteten politischen Ordnungen.¹

Rechtsextremismus hat in den öffentlichen Debatten und den politischen Entscheidungen in Deutschland aus diesem Grund auch heute einen besonderen Status: Rechtsextremismus gilt nicht als ein politisches oder soziales Problem neben anderen, sondern es hat den exzeptionellen Rang eines Lebens- oder Identitätsthemas.

Über das heute eingenommene Verhältnis zum Rechtsextremismus beantwortet sich Deutschland die Dauerfrage nach der eigenen politische Reife: „Haben wir es geschafft, sind wir wirklich eine demokratische Nation geworden, haben wir die NS-Vergangenheit tatsächlich bewältigt?“

Teilweise wird auch vom Ausland, den früheren Opfern und Feinden Nazideutschlands, unter dieser Perspektive die heutige Entwicklung des Rechtsextremismus beobachtet.

Die Benennung dieses besonderen Ranges des Themas Rechtsextremismus versteht sich als eine empirische Beobachtung der heutigen Diskussionen und politischen Entscheidungen.

¹ Vgl. grundlegend M. Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Max Haller/Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Dt. Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988, Frankfurt a.M., New York 1989, S. 247-264; Thomas Herz/ Michael Schwab-Trapp: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, Opladen 1997.

In diesem Sinne kann heute von einer exzeptionellen Erinnerungskultur in Deutschland gesprochen werden und im Zusammenhang mit dieser Memorialkultur auch von der außerordentlichen Bedeutung des Themas Rechtsextremismus. Diese drückt sich darin aus, dass man dem Thema gesonderte Aufmerksamkeit widmet und eben in Bund und Ländern auch spezielle Programme auflegt, um dieses Problemfeld zu bearbeiten.

Die geschichtlich begründete Sonderstellung des Themas hat zu einer zwiespältigen Situation geführt:

1. Auf der einen, - wenn man so will - positiven Seite wird damit die Forderung erfüllt, die eigene Vergangenheit anzuerkennen und aus ihr zu lernen. Es gibt einen hohen Konsens bei den publizistischen und politischen Eliten, „Lehren aus der Vergangenheit“ zu ziehen. Dies wird verstanden als die Aufgabe, Fehler und Versäumnisse der Weimarer Republik zu vermeiden, auf möglicherweise gefährliche Entwicklungen zu achten und ihnen bereits in einem frühen Entwicklungsstadium entgegenzuwirken. In Formeln wie „Wehret den Anfängen“, „Hinschauen statt Wegschauen“ drückt sich dieser Konsens aus.

Auf der anderen Seite sind heute mit der historisch verankerten Besonderheit des Themas Rechtsextremismus auch problematische Aspekte verbunden. Es besteht die Gefahr eines historisch bedingten Übergewichts des Themas gegenüber den ihm aktuell zugeordneten Problemen. Unter Nutzung des Labels „Rechtsextremismus“ hat man automatisch die öffentliche Aufmerksamkeit auf seiner Seite. Dies kann in den öffentlichen Diskussionen zu einer unkontrollierten Verwendung dieses Attributs führen. Auch wer unspezifisch provozieren möchte, kann die besondere Sensibilität für diesen Themenkomplex nutzen und mit dem öffentlichen Anbringen von verbotenen (etwa Hakenkreuzen) oder nichtverbotenen Zeichen (etwa Davidsternen) Aufmerksamkeit erzielen.

2. Die hohe identitätspolitische Bedeutung des Themenkomplexes führt zu einer bestimmten Förderpolitik. Der hohe Rang des Themas kann zu einer Antrags- und Vergabepaxis führen, die auch solche Programmteile und Projekte fördert, die de facto relativ themenunspezifisch sind, sich aber in einer Art Selbstetikettierung dem Thema zuordnen, um Mittel zu erhalten.

Ein dritter symbolpolitischer Aspekt kommt hinzu, der vor allem für solche Städte und Regionen relevant ist, die - wie Berlin - in hohem Maße durch kulturelle Pluralisierungen, internationale Zuwanderung und eine bislang unzulängliche Einwanderungs- und Integrationspolitik charakterisiert sind: Die Benennung und Behandlung von Vorurteilen, manifesten Gruppenfeindschaften und Gewaltakten unter der Überschrift „Rechtsextremismus“ lenkt den Blick der Öffentlichkeit und der politischen Entscheider auf solche Phänomene, die eine gewisse Analogie mit dem historischen Nationalsozialismus aufweisen.

Dazu gehören Gruppenfeindschaften gegen „Juden“, „Ausländer“, „Linke“ und andere Gruppen, die vom Nationalsozialismus zu Volksfeinden erklärt worden waren.² Mit dieser Fokussierung auf - wie weit auch immer gezogene - historische Parallelen zum Nationalsozialismus werden negative Einstellungen, Haltungen und Handlungen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten in herausgehobener Weise beachtet. Ihnen wird eine besondere Beachtung und Kategorisierung als „Rechtsextremismus“ zuteil.

Damit besteht die Gefahr, die Aufmerksamkeit für andere Probleme zu beeinträchtigen, die strukturell ähnlich sind, sich in ihrer konkreten Gestalt jedoch nicht mit dem Nationalsozialismus analogisieren lassen. Vorurteile, manifeste Gruppenfeindschaften und Gewaltakte sind heute in kulturell pluralisierten Regionen wie Berlin kein exklusives Merkmal des „Rechtsextremismus“, sondern ein Problem, das sowohl unterhalb einer politischen Schwelle existiert wie auch außerhalb des üblichen Rechts-Links-Schemas.

² Hier wie an anderer Stelle werden Wörter dann in Anführungszeichen gesetzt, wenn es sich um Schlagworte der öffentlichen Diskussion handelt, die unter einer analytischen Perspektive genauer betrachtet werden müssten. Wo dies für die eigene Argumentation erforderlich wird, werden solche Klärungen vorgenommen.

Solche Gruppenfeindschaften finden sich sowohl innerhalb der ansässigen deutschen Mehrheitsgesellschaft (etwa zwischen „Linken“ und „Rechten“ oder „konventionellen“ und „nicht-konventionellen“ Lebensstilen) wie auch zwischen Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft oder zwischen verschiedenen Gruppen von Zugewanderten.

Die hervorgehobene Bedeutung des Themas Rechtsextremismus kann also eine gewisse Okkupationswirkung zur Folge haben: Die hohe Aufmerksamkeit, die den rechtsextremen Vorurteilen, Gruppenfeindschaften und gruppenbezogenen Gewaltakten zuteil wird, kann leicht den Blick dafür verstellen, dass sich in diesen besonderen, politisch rechts zugeordneten gruppenfeindlichen Phänomenen das Feld von Gruppenfeindschaften keinesfalls erschöpft.

2.2 Ausweitung des Problemfeldes Rechtsextremismus in der aktuellen Diskussion

Die öffentlichen Diskurse zum Thema Rechtsextremismus sind dadurch gekennzeichnet, dass im Arbeitsbereich der staatlichen Behörden mit dem Begriff „politischer Extremismus“ (Rechtsextremismus) ausschließlich Verhaltensweisen gemeint sind, während von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit dem Terminus Rechtsextremismus auch Einstellungen, Haltungen und bloße Meinungen bezeichnet werden. Dieser unterschiedliche Sprachgebrauch muss zur Vermeidung von Missverständnissen ausdrücklich als solcher konstatiert werden, ist aber für sich genommen weder illegitim noch problematisch.

Dieser Aspekt wird hier nicht in der Absicht hervorgehoben, aus der wissenschaftlichen Sicht zu entscheiden, was zentral zum Problemfeld Rechtsextremismus gehört und was nicht. Diese Rolle kommt der Wissenschaft als einem gesellschaftlichen Funktionssystem neben anderen nicht zu. Hervorgehoben wird dieses Merkmal des Problemfeldes, um plausibel zu machen, warum es im Bereich der staatlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in einem stärkeren Maß als etwa im Fall der Kriminalitätsprävention politischer Entscheidungen bedarf. Dabei muss der pragmatische Charakter solcher Entscheidungen betont werden: Prioritätensetzungen in der Auseinandersetzung mit einzelnen Problemkomplexen des Feldes sind erforderlich, da in definierten Zeiträumen nur bestimmte Ressourcen zur Verfügung stehen. Sie müssen nach den Kriterien von Problemdringlichkeit und Legitimität der staatlichen Intervention eingesetzt werden. Pragmatische Förderentscheidungen dürfen nicht mit Aussagen zur Erklärung von Phänomenen verwechselt werden: Aus einer theoretischen Perspektive betrachtet, hat jedes Phänomen sehr viele Ursachen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese alle gleichermaßen Gegenstand von praktischen Interventionen werden können.

Zur Erläuterung des besonderen Zuschnitts des Themas Rechtsextremismus wird der Vergleich mit dem Thema Kriminalität bzw. der Kriminalitätsprävention weitergeführt. Vergleichbar sind diese beiden Phänomene, da es sich bei beiden um gesellschaftliche Problembereiche handelt, die von verschiedenen Akteuren in unterschiedlicher Weise mit dem Ziel einer Reduktion von Fallzahlen bearbeitet werden. Die beiden Bereiche sind auch in einer weiteren Hinsicht gleich: So wie keine moderne Gesellschaft ohne Kriminalität vorstellbar ist, handelt es sich auch beim Rechtsextremismus um ein Phänomen, das man wohl reduzieren, aber nicht vollständig beseitigen kann (vgl. dazu auch Abschnitt 2.2.2.2 zu rechtsextremen Einstellungen im Zeitverlauf).

Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Feldern besteht in der unterschiedlich präzisen Definition dessen, was als zu reduzierendes Problem gilt.

Für das Feld der Kriminalität wird das inkriminierte Verhalten durch die Tatbestandsfestlegungen des Strafgesetzbuches definiert. Damit ist keine überhistorisch und invariable Größe festgelegt, da Strafgesetze verändert werden können; zu einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt aber und innerhalb eines angebbaren Staatsgebietes steht fest, was als kriminell gilt und was nicht.

Genau diese Trennschärfe der Definition, wie sie mit der Unterscheidung des Strafbaren vom Nicht-Strafbaren verbunden ist, fehlt in den aktuellen öffentlichen Diskussionen um den Rechtsextremismus.³ Zum Thema Rechtsextremismus werden politische Einstellungen in der Bevölkerung gerechnet, die in einem demokratischen Rechtsstaat als solche nicht strafbar sein können; zum Rechtsextremismus gehört das Wählen von rechtsextremen Parteien - ein Feld, das ebenfalls nicht kriminalisiert werden darf.⁴ Je nach Akteursgruppen werden auch gruppenfeindliche Meinungen und Haltungen zum Rechtsextremismus gerechnet. In der allgemeinen Öffentlichkeit ist bereits die Frage, was im Hinblick auf staatliche Interventionserfordernisse legitimer Weise zum Problemfeld Rechtsextremismus gerechnet werden kann, umstritten. Schon der Umfang des Problems und damit die Frage, welche Dimensionen einzubeziehen sind, stellt ein Politikum dar. Grob zusammengefasst lassen sich zwei Tendenzen beim Definieren des Problemfeldes beobachten:

(1) Die eher rechts angesiedelten demokratischen Parteien tendieren zu einer Verkleinerung, die politisch eher links angesiedelten demokratischen Parteien tendieren zu einer Vergrößerung des Feldes.

Für Die Linke.PDS und die SPD stellt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einen integralen Teil ihres ideologischen Selbstverständnisses dar. Für diese beiden Parteien ist das Thema gleichsam ein Identitäts- oder Lebensthema, während es für die CDU eher den Charakter eines wichtigen Themas neben anderen wichtigen Themen zu haben scheint.

(2) Die Institutionen der Inneren Sicherheit (Polizei [Staatsschutz], Verfassungsschutz) sind an die gesetzlichen Vorgaben und damit an Kriterien wie Strafbarkeit als eindeutige bzw. an Verfassungswidrigkeit als relativ eindeutige Schwellenkriterien ihrer Aktivitäten gebunden.

(3) Demgegenüber tendieren die freien Träger, die als Anbieter von Beratungs- und Bildungsangeboten zum Problemfeld Rechtsextremismus am Markt auftreten, zu einer weiten Definition des Feldes.⁵

³ Wir betonen dies im Hinblick auf die allgemeinen, öffentlichen Diskussionen und setzen damit ausdrücklich die fachlichen, insbesondere die wissenschaftlichen Beiträge davon ab.

⁴ Die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes hat dies deutlich formuliert: „Ich glaube, wir sind gut beraten, dass der Verfassungsschutz (...) nicht als eine Art Meinungspolizei auftritt.“ (Claudia Schmid: Formen und Methoden des Rechtsextremismus, in: Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Dokumentation des Werkstattgespräches am 29. April 2005, Berlin 2005, S. 36-39).

⁵ Ein Beleg für die These einer weiten und manchmal auch überdehnten Problemdefinition durch freie Träger findet sich in den Arbeiten von Uta Döring zum Thema „Angstzonen“ bzw. „National befreite Zonen“. Döring kann zeigen, dass die Konjunktur des Wortes von den „National befreiten Zonen“ und der damit verbundenen unzutreffenden Vorstellung von rechtsfreien Räumen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf Autoren aus dem Umfeld Rechtsextremismus-kritischer freier Träger zurückgeht (vgl. Uta Döring: „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs, in: Andreas Klärner/ Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S.177-206). Auf den bei freien Trägern häufig anzutreffenden Gebrauch eines weiten, undifferenzierten Antisemitismusbegriffes ist bereits früher hingewiesen worden (vgl. dazu: Rainer Erb/ Michael Kohlstruck: Antisemitismus in neuen Kontexten - Anmerkungen zum aktuellen Diskurs, in: Berliner Forum Gewaltprävention 5 (2005), Nr. 21, S. 42-45). Ein weiterer Beleg für eine dramatisierende Darstellung existierender Probleme durch freie Träger ist etwa die lebens- und politikfremde Diagnose eines Mobilen Beratungsteams, man habe es u.a. mit 15-jährigen rechtsextremen Kadern zu tun (vgl. Heinz Lynen von Berg/ Kerstin Palloks/ Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim München 2007, S. 35). - Die Tendenz zu einer vergrößernden oder dramatisierenden Interpretation des Problemfeldes hat indes strukturelle Ursachen. Moral- und Bewegungsunternehmer sind als Dienstleistungsanbieter umso erfolgreicher je stärker sie mit ihren Diagnosen die Nachfrage nach ihren eigenen Angeboten beeinflussen können.

2.2.1 „Nährboden“ - Metaphorik

Die Institutionen der Inneren Sicherheit gehen von einem Konzept von Rechtsextremismus aus, das im Falle der Polizei an das Kriterium der Strafbarkeit und im Falle der Verfassungsschutzbehörden an das Kriterium der verfassungswidrigen Bestrebungen gebunden ist. Sie konzentrieren sich damit auf äußerlich beobachtbares Verhalten, das vom spontanen Rowdy- und Schlägertum bis hin zum reflektierten, wohl kalkulierten politischen Handeln reicht.

In den letzten Jahren hat sich nun in den öffentlichen Diskussionen eine Sicht auf das Problemfeld Rechtsextremismus durchgesetzt, die über die Beobachtung eines manifesten Handelns hinausgeht. In einem zunehmenden Maße werden dem Label „Rechtsextremismus“ auch Phänomene zugeordnet, von denen man annimmt, es handele sich um den „sozialen Nährboden“ oder den „Resonanzboden“ des Rechtsextremismus.

Mit der Erweiterung der Definition des Problemfeldes über das manifeste Handeln hinaus, sei es strafbar oder sei es verfassungswidriges Handeln, kommt es zu einer schwer präzisierbaren Problemdiagnose. Salopp gesprochen: Je weniger trennscharf das Problem definiert wird, umso plausibler ist die Vermutung einer weiten Verbreitung. Der folgende Textauszug ist ein Beispiel für diese Entwicklung: „Die deutliche Verschärfung der Konkurrenz in der Gesellschaft wie auch im internationalen Maßstab, der beständig wachsende tatsächliche und moralische Druck vor allem auf ohnehin sozial Benachteiligte, der voranschreitende Verlust vieler Sicherheiten im Mittelstand und unter Kernbelegschaften wie auch schließlich die Schwächung von Möglichkeiten der Entwicklung kollektiver Handlungsstrategien, vor allem durch die deutliche Schwäche der Gewerkschaften und das Abhängen ganzer Regionen von wirtschaftlicher und sozialer Dynamik, bilden ein Umfeld, das empfänglich für rechtsextremistische Tendenzen macht.“⁶

Es werden einige der denkbaren gesellschaftlichen Entwicklungen aufgezählt, die in der Bevölkerung unter bestimmten soziologisch und psychologisch zu eruiierenden Bedingungen möglicherweise zu einer Übernahme von rechtsextremen Einstellungen oder zur Unterstützung einer rechtsextremen Politik führen können. Doch führen die genannten Entwicklungen auf der Makroebene keineswegs zwingend und linear zur Übernahme von rechtsextremen Einstellungen.⁷

Problematisch erscheint bei solchen Argumentationen die fehlende Unterscheidung zwischen einem politischen zielgerichteten Verhalten bzw. strafbaren Handlungen auf der einen Seite und recht weichen Diagnosen bzw. großzügig unterstellten Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen auf der anderen Seite.

2.2.2 Probleme der Einstellungsforschung

Zu einer Ausweitung des Problemfeldes, die für Fragen einer zielführenden Intervention wenig hilfreich ist, tragen auch Studien zu politischen Einstellungen bei.

Eine Argumentation, die mit „Rechtsextremismus“ neben den manifesten (strafbaren und aktiv verfassungsfeindlichen) Verhaltensweisen auch Einstellungen in der Bevölkerung bezeichnet, kann sich auf wissenschaftliche Studien stützen, die seit Jahren unter dem Label „rechtsextreme Einstellungen“ nach der Ausprägung von Einstellungsdimensionen fragen, die in einem Katalog von (in aller Regel) sechs Dimensionen zusammengefasst sind. Dazu gehören die folgenden Themenbereiche: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des historischen Nationalsozialismus.⁸

⁶ Lutz Brangsch: Vorwort, in: Horst Helas/ Dagmar Rubisch (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 7-9, S. 7.

⁷ Vgl. Wulf Hopf: Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsextremismus - eine Zwischenbilanz, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 50 (2002), H. 1, S. 6-20.

⁸ Vgl. Oliver Decker/ Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006 (FES, Forum - Berlin), S. 20.

Innerhalb der wissenschaftlichen Sozialforschung hat sich ein bestimmtes Konzept von rechts-extremer Einstellung eingebürgert.⁹ Für die Zwecke der empirischen Erhebung hat man sich auf die folgende Festlegung geeinigt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“¹⁰

Die rechtsextreme Einstellung als „Einstellungsmuster“ zu konzipieren, bedeutet, dass im wissenschaftlichen Sinne nur dann von rechtsextremer Einstellung gesprochen werden kann, wenn die Einstellung einer befragten Person in allen der genannten sechs Sachdimensionen überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind. Um eine Einstellung als rechtsextrem zu bewerten, ist es also nicht ausreichend, dass lediglich eine oder zwei Dimensionen stark ausgeprägt sind.¹¹

Es soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass sich das in der empirischen Sozialforschung gebräuchliche Konzept rechtsextremer Einstellungen erheblich von dem Konzept von Rechtsextremismus unterscheidet, das für die Verfassungsschutzbehörden maßgeblich ist. Dies geht zunächst allein daraus hervor, dass der Verfassungsschutz solche manifesten Aktivitäten beobachtet und über sie informiert, die im Verdacht stehen, aktiv gegen die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet zu sein. Das entscheidende Stichwort ist hier „Bestrebung“, also ein politisches Handeln, das sich willentlich gegen die bestehende politisch-rechtliche Grundordnung richtet und das insofern zu Recht als politische Feindschaft bezeichnet wird und zu Recht dauerhaft beobachtet wird.

Demgegenüber lösen die Befragungen der empirischen Sozialforschung bei den Befragten lediglich Bewusstseinsreaktionen aus. Einstellungsbefragungen können per definitionem die Dimension des aktiven Handelns nicht erfassen.

Darüber hinaus ist offensichtlich, dass auch das Verhältnis zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik nur mittelbar Gegenstand solcher Befragungen ist. Verfassungsfeindschaft wird - selbst auf der Ebene der mentalen Disposition - lediglich indirekt, nämlich als Zustimmung zu einer rechtsgerichteten Diktatur, erfragt.

Die Probleme der Einstellungsforschung lassen sich für den Zweck dieser Studie in zwei Punkten zusammenfassen: Sie betreffen (1) den Anspruch, mit den derzeit gebräuchlichen Erhebungsinstrumenten tatsächlich rechtsextreme Einstellungen zu erfassen (Validitätsproblem) und (2) die gesellschaftliche und politische Bedeutung, die den Ergebnissen beigemessen wird.

(1) Eines der drei Gütekriterien der standardisierten empirischen Sozialforschung ist die Validität. Damit ist die Anforderung gemeint, dass eine Erhebung mit ihrem Instrumentarium tatsächlich das misst, was sie zu messen beansprucht, im vorliegenden Fall also rechtsextreme Einstellungen. Validität kann nur erreicht werden, wenn die den Befragten vorgelegten Statements und Fragen eindeutig sind und damit tatsächlich die Zustimmung oder die Ablehnung der Befragten zu dem jeweiligen thematischen Konzept zu erfassen imstande sind.

⁹ Vgl. den Hinweis auf eine sog. Konsenskonferenz von wissenschaftlichen Sozialforschern, bei der man sich auf diese Zusammenstellung geeinigt hat in Decker/ Brähler: Vom Rand zur Mitte (Anm. 8), S. 20.

¹⁰ Decker/ Brähler: Vom Rand zur Mitte (Anm. 8), S. 20.

¹¹ Mit der Konstruktion der Kategorie „rechtsextreme Einstellung“ als einer Kombination von verschiedenen inhaltlichen Facetten ist für die Wissenschaftler jeweils eine Entscheidung verbunden. Sie müssen definieren, bei welcher Intensität des Musters sie die Grenze zwischen „Rechtsextrem“ und „Nicht-Rechtsextrem“ ziehen. Wissenschaftlichen Standards genügen nur solche Studien, die diese Entscheidung transparent machen und sich in der Bewertung ihrer Ergebnisse konsequent an diese Grenzziehung halten. Vgl. als positive Beispiele: Jürgen W. Falter: Rechtsextremismus in Deutschland. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994 bis 2000, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz 2000, S. 10-13; Oskar Niedermayer/ Richard Stöss: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout zur Pressekonferenz, Berlin, März 2005.

Nicht jeder der derzeit gebräuchlichen Item-Kataloge zum Thema Rechtsextremismus ist in diesem Sinne allerdings wirklich geeignet. Die im Spätjahr 2006 erschienene und weit verbreitete Studie von Decker und Brähler etwa entspricht nicht durchweg wissenschaftlichen Standards.¹²

Die Kritik kann hier nicht ausführlich dargestellt werden. An einigen ausgewählten Items der Befragung soll aber im Folgenden gezeigt werden, inwiefern Zweifel am Anspruch der Studie berechtigt sind, rechtsextreme Einstellungen zu erheben.

In der Teilskala 2 „Chauvinismus“ findet sich das vierte Item „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“. Schroeder merkt zu Recht an: Wenn „zu Zeiten der Fußballweltmeisterschaft, als sich in weiten Teilen der Bevölkerung ein aufgeklärtes Nationalbewusstsein zeigte, das andere Völker und Nationen in keiner Weise abwertete, knapp 40 % das vierte Item ‚Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben‘ bejahen, kann dies nur mit sehr viel (...) Unterstellung als nationalsozialistische, chauvinistische oder rechtsextreme Einstellungsdimension gedeutet werden.“¹³

Mit drei Items wird „Ausländerfeindlichkeit“ erhoben: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“; „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“.

Als problematisch erscheint bei diesen Items ihre pauschale und unklare Formulierung, so wird etwa nicht deutlich, „wann ‚Überfremdung‘ beginnt oder ob das Wort ‚überfremdet‘ rassistisch konnotiert ist.“¹⁴

„Generell neigen Menschen dazu, Personen aus ihrer Umgebung eher positive, Fremden dagegen (unabhängig davon, ob sie Ausländer sind) eher negative Eigenschaften zuzusprechen. Gleichzeitig sind oftmals Gruppenstereotypen im Denken der Menschen fest verankert. Diesen Gruppenstereotypen entgegenzuwirken und an ihre Stelle eine differenzierte Sicht zu setzen, ist zentrale Aufgabe einer zivilen Gesellschaft.“ Eine politische Gemeinschaft muss aber das Recht haben zu diskutieren und festzusetzen, wer ins Land kommen und hier leben darf. „Indem die Fragesteller diese Möglichkeit negieren bzw. auch gar nicht - positiv - nach Integrationskapazitäten fragen, erzeugen sie Zustimmungswerte einer ‚rechtsextremen Einstellungsdimension‘, die es realiter in dieser Höhe gar nicht gibt.“¹⁵

Zu unterscheiden wäre zunächst zwischen Phänomenen von Fremdenfurcht (Xenophobie) und einer wirklichen Feindschaft im Sinne eines intentionalen Verhältnisses.¹⁶ Differenziert werden müsste zwischen einer wirklichen Feindlichkeit gegen Nichtdeutsche als solchen und einer kritischen Haltung gegenüber dem Verhalten mancher Zuwanderer. Bei einer seriösen Forschung müsste auch die Möglichkeit vorgesehen sein, dass die Befragten nicht allein die Zuwanderer selbst, sondern die bisherige Migrations- bzw. die Integrationspolitik bewerten können. Statt ein differenziertes Konzept vorzulegen, belassen es die Autoren bei der Übernahme des Schlagwortes „Ausländerfeindlichkeit“ aus dem öffentlichen Diskurs in den Sprachgebrauch der Forschung.

¹² Die Kritik der Studie von Decker und Brähler wird hier exemplarisch verstanden. Viele Einwände treffen der Sache nach auch andere Einstellungsforschungen sowie deren Selbstpräsentation in der Öffentlichkeit. Vgl. Klaus Schroeder: Expertise zu „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“. (Ms.), Berlin 2006; vgl. Klaus Schroeder: Der konstruierte Rechtsextremismus. Wie durch unseriöse Studien und willkürliche Interpretation die Deutschen zu einem Volk von Ausländerfeinden und Antidemokraten werden, in: Die Welt, 12.1.2007, S. 9.

¹³ Schroeder, Expertise (Fn. 12), S. 8f.

¹⁴ Schroeder, Expertise (Fn. 12), S. 10.

¹⁵ Schroeder, Expertise (Fn. 12), S. 10.

¹⁶ Vgl. dazu Armin Steil: Polyphems Auge. Zur Soziologie der „rassischen“ Fremdheit, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 259-279.

Weitere Aspekte der Methodenkritik betreffen das Verhältnis der einzelnen Statements zu den Teilskalen sowie die unklare und inkonsequente Darstellung, in welcher Weise die Autoren die Grenze zwischen rechtsextrem Eingestellten und nicht rechtsextrem Eingestellten ziehen. Zu Recht wird ihnen eine „Inflationierung des Rechtsextremismusbegriffes“ vorgeworfen.¹⁷

Solange die Forschung zu rechtsextremen Einstellungen mit einem derart schlechten Instrumentarium arbeitet, können ihre Ergebnisse keinen Anspruch auf Gültigkeit erheben.

(2) Auch die praktische Bedeutung, die den Ergebnissen der Einstellungsforschung von den Autoren beigemessen wird, ist problematisch und taugt kaum als Orientierung für eine Förderpolitik.

Es entspricht nicht den Standards der empirischen Sozialforschung, wenn Einstellungen in den Publikationen der Umfrageergebnisse implizit als Vorstufen zu einem automatisch folgenden politischen Handeln interpretiert werden. Dies ist jedoch häufig der Fall und wird an der mittlerweile üblich gewordenen Bezeichnung von „Einstellungen“ als „Einstellungspotentiale“ sichtbar. Einstellungen sind Einstellungen; unter bestimmten sozialen und psychischen Bedingungen können Personen mit rechtsextremen Einstellungen im Sinne ihrer Einstellungen aktiv werden.

Decker und Brähler etwa behaupten direkt und indirekt, rechtsextreme Einstellungen seien als solche ein dringliches Problem. Dafür bringen sie keine Belege bei und bleiben insofern auf der Behauptungsebene. Der Topos der Gefahr wird nicht argumentativ belegt, sondern lediglich sprachlich nahe gelegt („Einstellungspotential“, „Skandal“).¹⁸ Sie sprechen ohne weitere Erläuterung von einem „Bedrohungspotential durch rechtsextreme Einstellung“ und von einem „antidemokratische(n) Potential bei Menschen mit rechtsextremer Einstellung“.¹⁹

Auf einen Aspekt dieses vermeintlichen Bedrohungspotentials, nämlich die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Gewalttätigkeiten bei rechtsextrem Eingestellten, soll genauer eingegangen werden: Die Autoren konstatieren bei den rechtsextrem Eingestellten eine gegenüber den nicht rechtsextrem Eingestellten höhere Gewaltbereitschaft: „(...) teilweise, aber nicht zwingend [ist] mit zunehmender Festigung des rechtsextremen Weltbildes auch mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft zu rechnen.“²⁰

„Das Risiko des Rechtsextremismus besteht vor allem in der Bereitschaft, antidemokratische und autoritäre Bewegungen zu unterstützen und Gewalt gegen Schwächere oder Unterlegene anzuwenden, wenn sich eine Gelegenheit hierzu ergibt.“²¹

Umgerechnet entsprechen die 10,5 % der Befragten, die der Studie zufolge ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild bzw. eine manifest rechtsextreme Einstellung haben, deutlich über 6 Millionen Deutschen über 14 Jahren.²² Bei einer Gruppe dieser Größenordnung will man also eine stärkere Gewaltaffinität festgestellt haben. Dieses vermeintliche Risiko ist es wert, mit den Zahlen der heutigen Gewaltkriminalität kontrastiert zu werden.

Für das Jahr 2005 registriert die Polizei ein Hellfeld der Gewaltkriminalität (einschließlich der politischen Taten) von rund 215.000. Das Ergebnis der Studie, 6,6 Mio. der Deutschen ab 14 Jahren stellten ein erhöhtes Potential von Gewaltaktivität dar, scheint vor dem Hintergrund der tatsächlichen Gewaltkriminalität unrealistisch zu sein - selbst dann, wenn man zu dem polizeilichen Hellfeld ein ebenso großes oder ein doppelt so großes Dunkelfeld addieren würde.

Die Frage nach der praktischen Bedeutung der Ergebnisse von Einstellungsforschungen kann damit in einem ersten Schritt beantwortet werden: Die von den Autoren gegebene Antwort, nämlich von rechtsextremen Einstellungen auf eine gewisse erhöhte Gewaltbereitschaft zu schließen, erweist sich als unrealistisch.

¹⁷ Schroeder, Expertise (Fn. 12), S. 17.

¹⁸ Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Fn. 8), S. 51, 159, 172

¹⁹ Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Fn. 8), S. 159.

²⁰ Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Fn. 8), S. 159. Die Formulierung kombiniert eine Dramatisierung mit einer Selbstrelativierung.

²¹ Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Fn. 8), S. 159

²² Vgl. Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Fn. 8), S. 26, 51-54.

2.2.2.1 Einstellungen und Wahlverhalten

Auch in einer zweiten Hinsicht, nämlich dem Wahlverhalten, zeigt sich, dass empirische Studien zu rechtsextremen Einstellungen keine Erklärung für das Wahlverhalten geben können. Ihre praktische Relevanz ist insofern auch in dieser Hinsicht gering zu veranschlagen.

Dass nur ein kleiner Teil der rechtsextrem Eingestellten tatsächlich auch in dieser Richtung politisch aktiv ist, lässt sich am faktischen Wahlverhalten zeigen. Bei geheimen Wahlen gehen die Wähler kein Risiko ein, wegen eines sozial unerwünschten Verhaltens eventuell mit Sanktionen rechnen zu müssen.

Sie haben also die Möglichkeit, ihre Einstellungen mit ihrem Wählervotum auszudrücken. Trotzdem zeigt sich, dass die Wahlentscheidung zugunsten einer rechtsextremen Partei nicht dem Prozentsatz derer entspricht, die, jedenfalls manchen Studien zufolge, rechtsextreme Einstellungen haben.

Der Rückblick auf das Verhältnis zwischen dem Anteil der rechtsextrem Eingestellten und den tatsächlich erzielten Ergebnissen rechtsextremer Parteien macht dies deutlich.²³

Im Frühjahr 2002 wurde unter der wahlberechtigten Bevölkerung Berlins ein Anteil von 10 % rechtsextrem Eingestellten gemessen. In den Westbezirken wurden 8 % und in den Ostbezirken wurden 12 % rechtsextrem Eingestellte gemessen.²⁴

Bei der Bundestagswahl am 22.9.2002 konnten die rechtsextremen Parteien allerdings keine Ergebnisse erzielen, die dem Anteil der rechtsextrem Eingestellten entsprachen:

Insgesamt erzielten die beiden rechtsextremen Parteien REP und NPD in Berlin 1,3 % der gültigen Zweitstimmen. Während die REP in Ost- wie in Westteil jeweils 0,7 % der Zweitstimmen erhielten,²⁵ war die NPD im Ostteil mit 1,1 % der Zweitstimmen deutlich erfolgreicher als im Westteil, wo sie auf lediglich 0,3 % der Zweitstimmen kam.²⁶

Einem Anteil von 8 % rechtsextrem eingestellten Wahlberechtigten stand im Westteil ein Stimmenanteil von 1 % gegenüber; einem Anteil von 12 % rechtsextrem eingestellten Wahlberechtigten stand im Ostteil ein Stimmenanteil von 1,8 % gegenüber.

Bezogen auf die Zahl der rechtsextrem Eingestellten hatten sich im Westteil lediglich rund 12 % und im Ostteil 15 % tatsächlich für rechtsextreme Parteien entschieden.

Dies zeigt, wie wenig es bislang den rechtsextremen Parteien gelungen ist, die rechtsextreme Einstellung in eine Wahlentscheidung zu transformieren.

Die hier dargestellten Differenzen zwischen dem Anteil der rechtsextrem Eingestellten an der Wahlbevölkerung und dem tatsächlichen Anteil von Zweitstimmen für rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren belegen mehrere Sachverhalte:

Es existiert ein dauerhafter Anteil von rechtsextrem eingestellten Wahlberechtigten in der Bevölkerung. Die Angaben zur Quantifizierung sowie zur stadträumlichen Verteilung sind auch von den verwendeten Erhebungs- und Auswertungsinstrumenten abhängig. Die Angaben bewegen sich für Berlin in den letzten Jahren zwischen 6 % und 12 %.

Den rechtsextremen Parteien gelingt es nicht, Wahlergebnisse in Höhe des Anteils rechtsextrem Eingestellter zu erzielen. Der Einstellungsanteil lag immer mindestens um den Faktor 2 über dem Stimmenanteil für rechtsextreme Parteien und war in Berlin seit den Abgeordnetenhauswahlen 2001 bis zu achtmal höher als der Wähleranteil.

²³ Im Folgenden werden nur Ergebnisse der Einstellungsforschung aus dem Jahr 2002 herangezogen. Die damit belegte These einer systematischen Differenz zwischen Ergebnissen der Einstellungsforschung und den Wahlergebnissen ließe sich ebenso anhand der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2001 und für die Bundestagswahl 2005 zeigen. Die Darstellung unterbleibt hier aus Platzgründen.

²⁴ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss: Berlin-Brandenburg-BUS 2002. Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 2002 (Vervielfält. Ms.), S. 21.

²⁵ Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg.): Wahlergebnisse in Deutschland 1946-2003, Mannheim 2003, S. 62f.

²⁶ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Ergebnisse extremistischer Parteien in Berlin. Bundestagswahl 2005, Berlin 2005, S. 10-15.

Dies spricht dafür, bei der Erklärung des Wahlverhaltens neben der geäußerten Einstellung eine Reihe von weiteren, wesentlich entscheidenderen Einflussfaktoren anzunehmen.

Dazu gehören etwa die Eigenaktivitäten der rechtsextremen Parteien, das Agieren von fähigen Personen, lokale Probleme in einzelnen Wahlbezirken und der Eindruck, den die etablierten Parteien bei den Wählern hinterlassen.

Die von der Einstellungsforschung vorgelegten Resultate können weder die Höhe noch die stadträumliche Verteilung der Wählerentscheidung zugunsten rechtsextremer Parteien erklären. Bei der geheimen Wahlentscheidung handelt es sich - wie gesagt - um die politische Partizipationsform, die am wenigsten sanktioniert werden kann. Insofern lässt sich mit den vorgelegten Relationierungen von Einstellungsdaten und Wahlergebnissen die allgemeinere These stützen, dass Einstellungsdaten als solche für die Diagnose von Aktivitäten und damit auch für mögliche Bedrohungen keine Anhaltspunkte liefern können. Dies wiederum bestätigt die These, dass die Ergebnisse der Einstellungsforschung als solche und ohne zusätzliche empirische Daten nicht als Gradmesser einer Problemdringlichkeit des Problemfeldes Rechtsextremismus gewertet werden können.

2.2.2.2 Einstellungen im Zeitverlauf

Eine weitere Überlegung betrifft die Entwicklung im Zeitverlauf. Für die alte Bundesrepublik liegen seit rund 35 Jahren und für die erweiterte Bundesrepublik seit 17 Jahren Erhebungsergebnisse vor, die relativ stabile Anteile rechtsextrem Eingestellter nahelegen. Die im Folgenden zitierten Forschungsergebnisse sprechen für zwei Annahmen:

(1) In der Bundesrepublik wurde kontinuierlich ein gewisser Anteil von Personen mit rechtsextremen Einstellungen beobachtet. Viele Hinweise sprechen dafür, dass dieser Anteil heute im Verhältnis zu den 1950er und 1960er Jahren deutlich abgenommen hat.

In den 1960er Jahren legte das „Institut für vergleichende Sozialforschung“ an der Universität Köln eine Studie zu den Wahlchancen rechtsextremer Parteien vor. Demnach fühlen sich besonders junge Menschen im Alter von 18 bis 21 Jahren von der NPD angezogen „und zwar aus einem Unbehagen an der komplizierten demokratischen Ordnung mit ihren tatsächlichen und vermeintlichen Schwächen.“

Diese Studie aus dem Frühjahr 1966 (also nach der Bundestagswahl 1965 und vor den Landtagswahlen in Hessen (6.11.1966) und Bayern (20.11.1966), bei denen die NPD zum ersten Mal in Länderparlamente der alten Bundesrepublik einzog), kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass die NPD kurzfristig ein Potential von 9 % der Wahlberechtigten erschließen kann und mittelfristig sogar 15 %.²⁷

1981 wurde die SINUS - Studie zu rechtsextremistischen Einstellungen der Deutschen veröffentlicht. Sie kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass 13 % aller Wähler in der damaligen Bundesrepublik „ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ haben.

14 % der wahlberechtigten Deutschen stimmen dieser Studie zufolge ganz oder überwiegend der Aussage zu: „Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“²⁸

²⁷ Erwin K. Scheuch: Kommt eine Welle von rechts? Eine Analyse des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, in: Süddeutsche Zeitung, 11.5.1966, zitiert nach Wolfgang Götz: Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, Mainz 1967, S. 4, 7, 51.

²⁸ 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981, S. 78f.

25 Jahre später, 2006, wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung eine der vielen von Oliver Decker und Elmar Brähler durchgeführten Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen veröffentlicht: Die Zustimmung zum gleichen, kaum modifizierten Item hatte sich wenig erhöht und betrug: 15,4 %.²⁹

Eine Mainzer Forschergruppe kam in einer Durchsicht der Eurobarometer-Studien Nr. 5 bis Nr. 51, die zwischen 1976 und 1998 durchgeführt worden waren, zu dem Ergebnis, dass sich in den alten Bundesländern der Anteil derer, die sich selbst als stark rechts bezeichnen, während dieser Zeitspanne um einen Wert von fünf Prozent oszillierte. Einen schwachen Trend stellten die Forscher als „tendenzielles Abschmelzen des Reservoirs weit rechts orientierter Bürger“ fest. In den neuen Bundesländern war der Anteil derer, die sich selbst rechts außen einordneten, dieser Zeitreihe zufolge noch geringer und betrug unter 2,5 %.³⁰

(2) Die Tatsache eines solchen Sockels an rechtsextrem Eingestellten, der je nach Forschungsansatz und verwendeten Items zwischen 5 % und 20 % schwankt, bedeutet als solche keine Gefahr und ist nicht gleichbedeutend mit einem staatlichen Interventionsgebot. Oben wurden anhand der aktuellen Studie von Decker und Brähler einige der gravierenden methodischen Probleme der heutigen Einstellungsforschung skizziert. Ähnliche Einwände wurden auch gegenüber früheren Erhebungen formuliert.³¹

Zusammenfassend kann man - unter Zurückstellung der vielfachen konzeptionellen und methodischen Bedenken - für die letzten 30 Jahre von einem Sockel rechtsextrem Eingestellter in der Bundesrepublik ausgehen. Nach allem, was über den heutigen Rechtsextremismus bekannt ist, gehören solche Anteile einer diffusen rechtsorientierten Ablehnung einer offenen Gesellschaft in einem liberalen Rechtsstaat zur Normalität.³²

Von diesem Sockel als solchem geht zunächst keine unmittelbare Gefahr aus. Es sind vielmehr Prozesse politischer Sozialisation und regelrechter Politisierung, der Rekrutierung und der Einfädelung von jungen, potentiellen Aktivisten, auf die sich die staatlich geförderte Erziehung und Bildung konzentrieren sollte (vgl. dazu unten den Abschnitt 4.1.2 zur sekundären Prävention).

2.2.2.3 Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und „Kampf gegen Rechts“

Eine weitere Entgrenzung besteht in der manchmal anzutreffenden Vermischung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und einem „Kampf gegen Rechts“.³³

²⁹ Decker/ Brähler, Vom Rand zur Mitte (Anm. 8), S. 32. In der aktuellen Studie lautete das Item „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ (S. 32).

³⁰ Kai Arzheimer/ Harald Schoen/ Jürgen W. Falter: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Wilfried Schubarth/ Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 220-245, S. 227.

³¹ Vgl. Friedhelm Neidhardt: [Rezension:] 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, in: KZfSS 33 (1981), H. 4, S. 794-796.

³² Erwin K. Scheuch/ Hans-Dieter Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 11-29; Kai Arzheimer/ Jürgen W. Falter: Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens, in: Dieter Fuchs/ Edeltraud Roller/ Bernhard Weßels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen 2002, S. 85-107.

³³ Einige Publikationstitel dokumentieren einen solchen „Kampf gegen Rechts“: Ulrich Ehlers/ Jürgen Fiege: Filme gegen rechts. Zum Medieneinsatz in der außerschulischen politischen Bildung, in: Praxis Politische Bildung 5 (2001), H. 2, S. 108-115; Rolf Gloel/ Kathrin Gützlaff: Gegen Rechts argumentieren lernen, Hamburg 2005; Jürgen Peters/ Hans Hoffmann/ Udo Schmode (Hrsg.): Handeln gegen rechts. Xenos - Projekte aus der Praxis, Hamburg 2005.

Soweit mit einer solchen Synonymisierung nicht lediglich eine sprachliche Abwechslung beabsichtigt wird, handelt es sich um eine prinzipielle Unklarheit: Nicht immer wird der kategoriale Unterschied zwischen „Rechts“ und „Rechtsextrem“ wirklich gedanklich vollzogen: In einer pluralen Demokratie gibt es rechte und linke Demokraten, ja es muss verschiedene Richtungen geben, wenn es sich denn wirklich um eine pluralistische Gesellschaft handeln soll. Der Extremismus von rechts ist nicht eine Radikalisierung von demokratischen Haltungen, die in einer groben Klassifizierung eher rechts als links eingeordnet werden.³⁴ Ein Extremismus von Rechts bedeutet vielmehr eine aktive Feindschaft zur demokratischen Ordnung als solcher. Das Verhältnis zwischen linken und rechten Demokraten ist also durchaus anders als das Verhältnis zwischen Demokraten und denjenigen, die vom Verfassungsschutz als Rechtsextreme beobachtet werden und die - wie die NPD - ausdrücklich die Absicht verfolgen, die „BRD abzuwickeln“.³⁵ Hier handelt es sich nicht um Gradunterschiede, sondern um Unterschiede in der Qualität.³⁶

Entscheidend ist dabei, wer spricht und wer handelt. Für freie Träger einschließlich der Parteien, also für alle Akteure der Zivilgesellschaft, ist es legitim, „einen Kampf gegen Rechts“ zu führen. Jeder Bürger und alle gesellschaftlichen Organisationen haben die Freiheit, sich ihre Gegner und Feinde (so wie ihre Freunde und Bündnispartner) selbst zu suchen.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang lediglich daran, dass man es auch beim politischen Extremismus mit einem Problemfeld zu tun hat, das durch die jeweils verwendeten Konzepte konstituiert wird: Wird das Konzept Rechtsextremismus vom Merkmal der aktiven Verfassungsfeindlichkeit oder vom Merkmal des politisch intendierten Handelns gelöst und auch auf Meinungen, Einstellungen und Haltungen bezogen, so erweitert sich automatisch das Gegenstandsfeld. Eine zweite Stufe der Vergrößerung des Problemfeldes verbindet sich mit den Entgrenzung zu einem „Kampf gegen rechts“ - es gibt mehr Personen, die „rechts“ eingestellt sind oder handeln, als solche, die als rechtsextrem einzuordnen sind.

2.2.3 Fazit

Der besondere Rang des Themas Rechtsextremismus in Deutschland sowie die daran anschließenden Diskursstrategien einer Vergrößerung wie einer Dramatisierung des aktuellen Problemfeldes Rechtsextremismus gehören gewissermaßen zu den heutigen Geschäftsbedingungen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, d.h. sie scheinen als solche nicht unmittelbar veränderbar zu sein. Auf der anderen Seite sind den staatlichen Interventionen unter dem Gesichtspunkt ihrer Legitimität Grenzen gezogen. Ausdrücklich hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu der Beobachtung der Zeitung „Junge Freiheit“ durch den Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen hervorgehoben, dass das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch die Formulierung von Meinungen erlaubt, die sich gegen die objektive Wertordnung des Grundgesetzes wenden. „Die bloße Kritik an Verfassungswerten und Verfassungsgrundsätzen ist nicht als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzuschätzen, wohl aber darüber hinausgehende Aktivitäten zu deren Beseitigung. (...) Kritik an der Verfassung und ihren wesentlichen Elementen [ist, so das BVerfG weiter, MK] ebenso erlaubt (...) wie die Äußerung der Forderung, tragende Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ändern.“³⁷

³⁴ Vgl. grundsätzlich zu der Rechts-Links-Topographie: Norbert Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

³⁵ Udo Voigt: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. [Interview] in: Junge Freiheit, 24.09.2004, S. 3.

³⁶ Vgl. u.a. zu diesem Aspekt Werner Sohn: Rechtsextremismus als Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Eine kritische Einführung in die Dokumentation von Maßnahmen, Projekten und Konzepten, in: Kriminologische Zentralstelle KrimZ (Hrsg.): Bekämpfung des Rechtsextremismus. Konzepte, Programme, Projekte 2000-2005, Wiesbaden 2005, S. 5-23, S. 6f.

³⁷ Vgl. die Entscheidung des BVerfG vom 24.5.2005 unter: www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_lbvr107201.html, eingesehen am 13.4.2007, Rdnr. 69-72.

Eine Bekämpfung von Meinungen und Einstellungen ist vor diesem Hintergrund schwer zu legitimieren.

Bei politischen Entscheidungen über die Prioritäten der Intervention in einem politisch umkämpften und teilweise parteipolitisch instrumentalisierten Feld sollte man sich auf die Problemkomplexe konzentrieren, die eines Maximums an Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein können, gerade auch weil sie jenseits der parteipolitischen Kontroversen legitimiert sind.

Gewalt gegen Personen ist in zweierlei Hinsicht die zentrale Herausforderung.³⁸ Für das unmittelbare Opfer bedeuten Gewalttaten die Negation als Subjekt, eine Beeinträchtigung seiner physischen und psychischen Integrität. Je weniger die öffentliche Macht sich imstande zeigt, eine angemessene Antwort auf die Gewalt zu finden, desto weniger scheint der Staat fähig zu sein, die zentrale Funktion einer Garantie der Rechtsordnung und eines zivilen gesellschaftlichen Lebens zu erfüllen.

Im Sinne des Erfordernisses handlungsbezogener Entscheidungen wird im Folgenden der Gewaltkomplex als das dringendste Problem des Problemfeldes Rechtsextremismus behandelt, dessen Bekämpfung sich der Zustimmung aller Rechtschaffenen sicher sein kann.

³⁸ Vgl. dazu u.a. Michel Wieviorka: Die Gewalt, Hamburg 2006, S. 95-103.

2.3 Facetten des Problemfeldes

Im Folgenden werden ausgewählte Facetten des Problemfeldes Rechtsextremismus im Einzelnen dargestellt und für die Entwicklung in Berlin in den letzten Jahren konkretisiert.

Die Darstellung des Problemfeldes Rechtsextremismus kann in unterschiedlicher Weise erfolgen. Der Berliner Verfassungsschutz beobachtet - gemäß seinem Auftrag - politische Bestrebungen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung. Demgemäß unterscheidet er nach dem Aktivitätsmodus und der Zieldimension der Rechtsextremen. Die favorisierte Differenzierung ist deshalb seit dem Berichtsjahr 2002 die Untergliederung in (1) aktionsorientierten, (2) parlamentsorientierten und (3) diskursorientierten Rechtsextremismus.³⁹

Die Darstellung zu den Indikatoren rechte Gewalttaten und Wahlergebnisse für rechtsextreme Parteien wird die These stützen, dass Rechtsextremismus im Land Berlin ein stadtgeographisch differenziertes Phänomen ist. Sowohl die Gewaltstraftaten wie die Wahlergebnisse weisen deutliche Schwerpunkte auf. An diese Gegebenheit sollte bei der künftigen Ausgestaltung des Landesprogramms angeknüpft werden.

2.3.1 Aktionsorientierter Rechtsextremismus und politische Gewalt

2.3.1.1 Personenpotenzial Rechtsextremismus Berlin

Der Berliner Verfassungsschutz beschreibt die quantitative Entwicklung der rechtsextremen Szene in Berlin in folgender Weise.⁴⁰

Tabelle 2.1 Personenpotenzial Rechtsextremismus Berlin

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gesamt	2695	2665	2645	2645	2550	2360
abzüglich der Mehrfachmitgliedschaften	55	285	250	210	150	170
Tatsächliches Personenpotenzial	2640	2380	2395	2435	2400	2190
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	640	575	550	550	500	500
Neonazis,	435	500	750	950	850	750
Rechtsextremistische Parteien, davon	1485	1490	1210	1005	1020	910
DVU	600	620	480	450	420	380
NPD	250	240	180	150	190	210
REP	600	630	550	400	410	-----
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	135	100	135	140	180	200

Die REP wurden 2006 nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.

Der Gesamtumfang der rechtsextremen Szene wird in den letzten Jahren mit rd. 2.500 Personen angegeben. Die Zahl der subkulturell geprägten und in anderer Weise gewaltbereiten Personen bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 500 und 650 Personen.

³⁹ Vgl. zu dieser Unterscheidung: Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 3f.; Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechtsextremistische Skinheads, Berlin 2003, S. 72-74; Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin. Stand: Dezember 2005, Berlin 2006

⁴⁰ Vgl. für die folgende Zusammenstellung die Verfassungsschutzberichte Berlin 2001-2006. Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet. * EM=Einzelmitglieder (pauschal mit jeweils 10 Personen gerechnet).

2.3.1.2 Rechte Gewalt

„Rechte Gewalt“ ist die terminologische eingeführte Bezeichnung für Gewaltstraftaten, die vom polizeilichen Staatsschutz als politische Straftaten von rechts gewertet werden. Neben den rechtsextremistischen, auf Systemüberwindung ausgerichteten Taten, werden dazu auch gruppenfeindliche Gewalttaten gerechnet (vgl. Kapitel 1). Dieser eingeführte Sprachgebrauch wird hier beibehalten.

Oben wurde erläutert, inwieweit das Thema ein Politikum darstellt (Abschnitt 2.2). Dies drückt sich unter anderem auch darin aus, dass der Umfang des Problemfeldes zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren umstritten ist.

Hinsichtlich der Gewaltvorfälle existieren neben der von der Polizei erstellten Statistik Chroniken von freien Trägern, die nach eigenen Kriterien und aufgrund eigener Recherchen vorlegen. In der Angriffsstatistik von ReachOut für das Jahr 2006 werden Körperverletzungen, schwere Körperverletzungen, Raub, Nötigung, massive Bedrohungen und „einige wenige schwerwiegende Sachbeschädigungen“ dokumentiert.⁴¹ Die Polizei rechnete demgegenüber in den Jahren 2005 und 2006 Brandstiftung, Erpressung, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Raub, Tötungsdelikte, schwere Verkehrsgefährdungen und Widerstandsdelikte zu den politisch motivierten Gewaltstraftaten. Die Statistiken der freien Träger und die der Polizei sind also hinsichtlich der Delikttypen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar.

In aller Regel weisen die staatlichen Statistiken geringere Fallzahlen auf als die zivilgesellschaftlichen Statistiken. So hat der freie Träger ReachOut in seiner „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ in Berlin für das Jahr 2005 116 Fälle verzeichnet und für das Jahr 2006 155 Fälle.⁴²

Demgegenüber spricht der Verfassungsschutz auf Basis der vom polizeilichen Staatsschutz ermittelten Zahlen für das Jahr 2005 von 52 Fällen „politisch motivierter Kriminalität -rechts“ und für das Jahr 2006 von 110 Fällen.⁴³

Allerdings stimmen auch die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Trägern vorgelegten Zahlen nicht überein, es kommt vor, dass ein Träger für den gleichen Erhebungszeitraum verschiedene Fallzahlen veröffentlicht.⁴⁴

2.3.1.3 Proportionen innerhalb der statistischen Kategorie der politisch motivierten Gewalt

Die Gewaltdelikte, die von der Polizei als politisch relevante Delikte klassifiziert werden, erscheinen nicht innerhalb der allgemeinen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), sondern werden gesondert in der Statistik der „politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) ausgewiesen. Hier werden sowohl die im engeren Sinne „extremistisch“ motivierten Delikte, also die auf Systemüberwindung angelegten, wie auch die Delikte erfasst, die als Gruppendedikte oder „Hate Crimes“ bezeichnet werden.

⁴¹ Sabine Seyb: Zahlen allein sprechen nicht für sich, in: apabiz e.V./ADNB des TBB/MBR/Netzwerkstelle Moskito/ReachOut (Hrsg.): Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung, Berlin, 2007, S. 9-15, S. 10.

⁴² A.a.O., S. 9f.; vgl. Sabine Seyb: Massiver Anstieg rechter Gewalt in Berlin 2006, in: Monitor (Apabiz Berlin), Nr. 29, März 2007, S. 1-3; <http://www.reachoutberlin.de/doc/chronik-2005.pdf> und <http://www.reachoutberlin.de/doc/chronik-2006.pdf> (25.3.2007); Pressemitteilung der „Beratungsstellen für Opfer rechtsmotivierter Straft- und Gewalttaten“ zur Jahresstatistik 2006 vom 1.4.2007.

⁴³ Vgl. für das Jahr 2005 den Bericht des Verfassungsschutzes, S. 17; vgl. für das Jahr 2006: Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 5 (Hrsg.): Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006, Berlin 2007, S. 10.

⁴⁴ Der „Koordinator der Opferberatungsstellen“ weist für Berlin im Jahr 2005 zum einen 103 „rechtsmotivierte Angriffe“ und zum anderen 115 „rechtsextreme Angriffe“ aus <http://www.opferperspektive.de/Hintergrund/Statistiken/518.html> und <http://www.opferperspektive.de/home/567.html> (25.3.2007).

In der von der Polizei geführten Statistik wird neben der „politisch motivierten Kriminalität - rechts“ auch die „politisch motivierte Kriminalität - links“ zusammengefasst.

Für eine der Sache angemessene Bewertung des Umfangs der rechten Gewalt ist es sinnvoll, die Zahl der „Gewalttaten von rechts“ in ein Verhältnis zu den „Gewalttaten von links“ zu setzen, also innerhalb des Feldes der als politisch motiviert geltenden Gewaltdelikte den Blick für die Proportionen zu wahren. Dies geschieht hier aus zwei Gründen:

Einmal gehören gruppenfeindliche Gewalttaten zu den gravierendsten Verletzungen ziviler Standards. Die der politisch motivierten Gewalt von rechts zugerechneten Delikte stellen ohne jeden Zweifel ein erhebliches Problem dar. Manche Beobachter sehen in den Gewaltdelikten die zentrale Herausforderung des Rechtsextremismus.⁴⁵ Die politischen Selbstdeutungen der Akteure, etwa als „nationaler Widerstand“, als „autonome Nationalisten“ oder als „autonome Linke“ sind nicht unerheblich, stellen aber gegenüber der Verletzung des zivilen Minimums ein zweit-rangiges Merkmal dar.⁴⁶

Zweitens kommen die Urheber von politisch rechter und politisch linker Gewalt gleichermaßen aus Gruppenkulturen junger Leute, vornehmlich junger Männer. Wie auch im weiteren Verlauf dieses Abschnitts deutlich wird, spielen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen „Rechten“ und „Linken“ heute eine besondere Rolle. In den Zahlen der politisch links motivierten Gewalt sind (ebenso wie in den Zahlen zu politisch rechter Gewalt) auch die Vorfälle enthalten, die sich als Eskalationsprozesse zwischen „links“ und „rechts“ verstehen lassen.

In Berlin hat die Polizei für 2004 60 Gewaltdelikte als politisch rechtmotiviert registriert, im Jahr 2005 waren es 52 und im Jahr 2006 110. Auf der linken Seite des Spektrums wurden 2004 206 Gewaltdelikte registriert, 2005 156 und 2006 157.⁴⁷

Die Fallzahlen der als politisch links registrierten Gewaltkriminalität lagen also in den vergangenen drei Jahren mindestens um den Faktor 1,4 (2006) über denen der als rechts klassifizierten Gewaltkriminalität. Im Jahr 2005 waren es dreimal mehr linke als rechte Gewaltdelikte und im Jahr 2004 übertrafen die linken die rechten Gewaltzahlen um den Faktor 3,4.

In qualitativer Hinsicht unterscheiden sich die politisch rechten und die politisch linken Gewalttaten der Jahr 2005 und 2006 v.a. dadurch, dass Brandstiftungen und gewalttätige Widerstandsdelikte auf der linken Seite des politischen Spektrums eine größere Rolle spielen als auf der rechten. Bei den Körperverletzungen lagen die Zahlen des polizeilichen Hellfeldes 2005 bei der linken Gewalt um 20 Fälle über der rechten, im Jahr 2006 wurden rechts 22 Fälle mehr als links registriert; 2006 wurde ein Tötungsdelikt von links erfasst.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Sohn, Rechtsextremismus als Herausforderung (Anm. 36), S.

⁴⁶ Vgl. dazu u.a. Micha Brumlik: Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl, in: Wilhelm Heitmeyer/ Kurt Möller/ Heinz Sünker (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989, S. 175-189; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung, Köln 2007.

⁴⁷ Vgl. zu den Angaben zum Jahr 2004 den Berliner Verfassungsschutzbericht 2005, S. 72 („links“); S. 17 („rechts“). Die Angaben zu den Jahren 2005 und 2006 stammen aus einer Mitteilung des LKA 522 an die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus vom 11.4.2007.

⁴⁸ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Mitteilung des LKA 522 an die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus vom 11.4.2007.

Tabelle 2.2 Gewaltdelikte PMK-rechts und PMK-links nach Delikttypen (2005/ 2006)

Gewalt PMK - rechts	2005	2006
Brandstiftung	0	2
Erpressung	0	1
Körperverletzung	44	98
Landfriedensbruch	3	6
Raub	4	2
Verkehrsgefährdungen	0	1
Widerstandsdelikte	1	0
	52	110

Gewalt PMK - links	2005	2006
Brandstiftung	12	16
Körperverletzung	64	76
Landfriedensbruch	50	42
Raub	3	1
Tötungsdelikte	0	1
Verkehrsgefährdungen	4	5
Widerstandsdelikte	23	16
	156	157

Hinsichtlich der von der Polizei registrierten Gewaltzahlen stellt also in Berlin die Gewalt von links ein umfänglicheres Problem dar als die Gewalt von rechts.

Dieses relative Übergewicht der linken Gewaltstraftaten verändert sich allerdings, wenn man den Relationierungen die Zahlen der zivilgesellschaftlichen Träger und nicht die der staatlichen Behörden zugrunde legt.

Die Zahlen des polizeilichen Hellfeldes stützen die Vermutung, dass es sich bei den Gewaltdelikten um Phänomene entgrenzter und in unterschiedlichem Maße politisierter Jugendgewalt handelt. Dies wiederum spricht für den in Teil 4 näher erläuterten Prüfvorschlag, mit gewaltaffinen Gruppen in stärkerem Maße als bisher zu arbeiten.

2.3.1.4 Verhältnis zwischen politischer und allgemeiner Gewaltkriminalität

Einen Eindruck vom relativen Gewicht der politischen Gewalt und ihrem Verhältnis zur allgemeinen Gewaltkriminalität gewinnt man auch durch die Relationierung zur PKS und der dort ausgewiesenen Gewaltkriminalität.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass die statistische Gruppe „Gewaltkriminalität“ in der PKS weniger Deliktarten enthält als die statistische Zusammenfassung „Gewaltdelikte“ in der Statistik der politisch motivierten Gewalt. Mit anderen Worten: Die Kategorie der politischen Gewaltdelikte umfasst mehr Delikttypen als die statistische Kategorie der nicht-politischen Gewaltdelikte. Im strengen Sinn werden also nicht zwei gleich definierte statistische Größen verglichen, vielmehr handelt es sich um zwei Mengen, die eine Teilmenge gemeinsam haben.⁴⁹

⁴⁹ Vgl. Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006 Berlin, Berlin 2007, S. 74; ausdrücklich wird hervorgehoben, dass das in der PKS verwendete Gewaltkonzept „relativ kurz gefasst“ wird. Damit werden die vorsätzlichen leichten Körperverletzungen ebenso wenig zu der statistischen Gruppe der Gewaltkriminalität gerechnet wie die Delikte, bei denen psychische Gewalt ausgeübt wird, also etwa Beleidigung und Bedrohung.

Für allgemeine Gewaltdelikte gilt der Summenschlüssel „8920 Gewaltkriminalität“ bzw. der neue sechsstellige Schlüssel „892000“.⁵⁰ Dazu werden die folgenden Delikte gerechnet.⁵¹

0100	Mord
0200	Totschlag und Tötung auf Verlagen (§§ 212, 213, 216 StGB)
1110	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (§§ 177 Abs 2, 3, 4; § 178 StGB)
2100	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 249-252, 255, 316a StGB)
2210	Körperverletzung mit Todesfolge (§§ 227, 231 StGB)
2220	gefährliche und schwere Körperverletzung (§ 224, 226, 231 StGB)
2330	erpresserischer Menschenraub (§ 239a StGB)
2340	Geiselnahme (§ 239b StGB)
2350	Angriff auf den Luft- und Seeverkehr (§ 316c StGB)

Der Deliktkatalog bei der in der Statistik als politisch relevant registrierten Kriminalität ist weiter gefasst als bei der nicht-politischen Kriminalität.⁵² Es gehören dazu: Tötungsdelikte, Körperverletzung (einschließlich der einfachen Körperverletzung), Widerstandsdelikte, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Bahn- und Luftverkehr, Schiffs- und Straßenbahnverkehr.

In Berlin wurden von der Polizei für das Berichtsjahr 2005 20.414 Fälle der allgemeinen Gewaltkriminalität registriert.⁵³ Dem stehen für das gleiche Jahr - wie oben gezeigt - insgesamt 208 politisch motivierte Gewaltdelikte gegenüber. Davon entfielen 152 auf das linke und 52 auf das rechte Spektrum. Auf ein politisches Gewaltdelikt kommen also rd. 103 nicht-politische Gewaltdelikte.

Bezieht man die politisch rechten Gewaltdelikte auf die nicht-politische Gewaltkriminalität, so stehen den 20.414 Fällen 52 Fälle gegenüber. Das ist ein Verhältnis von 1:393, auf eine politisch rechte Gewalttat kommen also über 393 nicht-politische Gewaltdelikte.

Setzt man die rechten Gewaltdelikte ins Verhältnis zu allen anderen Gewaltdelikten, also den politisch linken wie den allgemeinkriminellen, so stehen 52 politisch rechts motivierten Gewaltdelikten 20.566 allgemeine bzw. politisch linke Gewaltdelikte gegenüber.

Dies entspricht einem Verhältnis von 1:396, auf eine politisch rechte Gewalttat kommen rund 396 andere Gewaltdelikte.

Im Jahr 2006 stellten sich diese Relationen folgendermaßen dar: Im polizeilichen Hellfeld wurden 21.232 Fälle allgemeiner Gewaltkriminalität erfasst.⁵⁴ Dem stehen 110 Gewaltdelikte der PMK-rechts und 157 Gewaltdelikte der PMK-links gegenüber.

Das Verhältnis der politisch rechten zur allgemeinen Gewaltkriminalität beträgt im Jahr 2006 damit 1:193, das Verhältnis der rechten zu allen anderen Gewaltdelikten 1:194.

Der Anteil der rechten Gewaltdelikte an allen registrierten Gewaltdelikten hat sich im Jahr 2006 damit deutlich erhöht.⁵⁵

Die Zahlen, die wohl gemerkt nur das polizeiliche Hellfeld der Gewaltdelikte betreffen, können illustrieren, dass politisch rechte Gewalt in Berlin ein Problem mit erheblichem Gewicht ist.

⁵⁰ Vgl. die Vorbemerkung zur Jahresstatistik 2006, in: PKS Berlin 2006 (Anm. 49), S. 3.

⁵¹ Vgl. LKA Brandenburg (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg 2004, Eberswalde 2005, S. 7.

⁵² Vgl. Jens Peter Singer: Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten, in: Kriminalistik 59 (2004), H. 1, S. 32-37.

⁵³ Vgl. Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 Berlin, Berlin 2006, S. 101f.

⁵⁴ Vgl. PKS Berlin 2006 (Anm. 49), S. 74.

⁵⁵ Die hier verwendeten Relationierungen, also (1) das Verhältnis zwischen politisch linken und politisch rechten Gewaltstraftaten und (2) das Verhältnis der politisch rechten Gewaltstraftaten zu der Gesamtzahl der allgemeinen, nicht-politischen Gewalttaten, lassen sich als Indikatoren des relativen Gewichts rechter Gewaltstraftaten auch für einen Vergleich zwischen den Bundesländern nutzen.

Dieses relative Gewicht hat sich im Jahr 2006 stark erhöht. Die Zahlen zeigen aber gleichermaßen, dass andere Segmente der Gewaltkriminalität - jedenfalls quantitativ betrachtet - ein durchaus größeres Gewicht haben.⁵⁶

2.3.1.5 Veränderungen im Bereich rechter Gewalt

Das Phänomen rechter Gewalt und seine Entwicklung wird im Folgenden (1) in seiner quantitativen Gesamtentwicklung beschrieben, (2) hinsichtlich der Opfer, (3) hinsichtlich der Täter bzw. der Tatverdächtigen und (4) hinsichtlich der Verteilung auf Stadtregionen.

Die Datengrundlage sind hierbei im Wesentlichen die Zahlen von Polizei und Verfassungsschutz.

(1) Quantitative Entwicklung

Die als politisch motivierte Gewalt von rechts eingestuftes Gewaltdelikte folgen in ihrer quantitativen Entwicklung keiner linearen Logik. Dies zeigt Tabelle 2.3.

Den Angaben des polizeilichen Staatsschutzes zufolge sind sie von 2003 (73 Fälle) über 2004 (62 Fälle) bis 2005 (52 Fälle) gesunken und im Jahr 2006 sprunghaft auf 110 Fälle gestiegen.⁵⁷

Tabelle 2.3 Fallzahlen politisch motivierte Kriminalität - rechts⁵⁸

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gesamt	455	948	944	976	1602	1964
Gewaltdelikte, davon	28	52	70	60	52	110
Tötungsdelikte	0	1	0	1	0	0
Körperverletzung	24	44	55	51	44	98
Brandstiftung	0	0	2	0	0	2
Sprengstoffexplosion	0	1	0	0	0	0
Landfriedensbruch	3	1	3	4	3	6
Widerstandsdelikte	0	5	8	3	1	0
Raub	1	0	2	0	4	2
Erpressung	0	0	0	1	0	1
Andere Straftaten, davon	427	896	874	916	1550	1854
Propagandadelikte	238	626	672	655	1053	1345
Volksverhetzung	124	203	126	154	163	223
Nötigung/ Bedrohung	7	8	6	11	8	22
Beleidigung/ üble Nachrede/ Verleumdung	35	44	38	35	42	82
Sachbeschädigung	2	4	21	20	205	97
Sonstiges	21	11	11	41	79	85

⁵⁶ Beispielhaft sei auf das Phänomen der Jugendgruppengewalt hingewiesen: Die Zahl aller bei der Polizei eingegangenen Vorgänge belief sich 1991 auf 6.036, 1995 wurden 11.527 Fälle registriert und 2003 7.490. Zu den Tatverdächtigen gehörten Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund sowie Ausländer. Vgl. dazu Frank Gesemann: Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme - Ursachenanalyse - Präventionsmaßnahmen, Berlin 2004, S. 41-43. 2005 wurden 7.385 Vorgänge registriert (vgl. Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin. Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe, Berlin 2007, S. 104).

⁵⁷ Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 5 (Hrsg.): Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006, Berlin 2007, S. 9

⁵⁸ Quelle: Verfassungsschutzberichte Berlin 2001-2004, für die Jahre 2005/2006: Mitteilung des LKA 522 vom 11.4.2007.

Während die Zahlen der politisch rechten Gewaltstraftaten keine einheitliche Entwicklungstendenz aufweisen, ist dies bei den Gesamtzahlen der politisch motivierten Kriminalität rechts anders: Für die Jahre 2001 bis 2006 ist hier eine steigende Tendenz festzustellen.

Tabelle 2.4 Fallzahlen politisch motivierte Kriminalität-rechts⁵⁹

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gesamt	455	948	944	976	1602	1964
Davon:						
Antisemitisch	106	229	123	146	326	274
Fremdenfeindlich	84	138	150	146	189	330
Gegen Links	-----	-----	-----	-----	95	157

---- bedeutet, dass die Zahlen nicht verfügbar waren.

(2) Opfer

Was lässt sich über die Opfergruppen aussagen? Die von der Polizei vorgenommene Untergliederung der PMK-rechts-Gewalttaten in antisemitische und in fremdenfeindliche zeigt für die Jahre 2005 und 2006 das folgende Bild:

Von den registrierten 52 Gewaltdelikten im Jahr 2005 wurden 2 Delikte als antisemitisch und 18 als fremdenfeindlich klassifiziert. Von den 110 Gewaltdelikten 2006 wurden 5 als antisemitisch und 49 als fremdenfeindlich eingestuft. Damit haben v.a. die fremdenfeindlichen Körperverletzungen stark (nämlich um 172 %) zugenommen: 2005 wurden 18 Fälle verzeichnet, 2006 waren es 49 Gewaltdelikte, die von der Polizei als fremdenfeindlich klassifiziert wurden.⁶⁰

Was besagt dies?

Die Hälfte der rechten Gewaltdelikte wird gegenüber politischen Gegnern, gegenüber anderen jugendlichen Szenen und gegen die Ordnungskräfte begangen. Gegenüber früheren Jahren, insbesondere den Jahren 1998 bis 2003, für die eine Untersuchung des Berliner Verfassungsschutzes vorliegt, hat sich damit eine wichtige Veränderung ergeben.⁶¹ Die Aggressionen richteten sich während des früheren Untersuchungszeitraums zu rund zwei Dritteln gegen Personen, die als „Ausländer“ attackiert wurden und zu einem Fünftel gegen die Gruppe der „Linken“. Das hat sich nun dahingehend verändert, dass weniger „Ausländer“ bzw. „Fremde“ zu Opfern werden und stattdessen mehr Angehörige von Gruppen attackiert werden, die als politische Gegner auftreten.

Polizeidirektor *Toelle*, Justitiar des Berliner Polizeipräsidenten für Vollzugsangelegenheiten, hat die feindliche Verklammerung der rechtsextremen Szene mit der Antifa-Szene in Berlin erläutert.⁶² Aus seiner Sicht hat man es in Berlin auf der linken wie der rechten Seite des politischen Spektrums mit aktions- und gewaltorientierten Szenen zu tun. Für die rechtsextreme Szene bedeutet das:

⁵⁹ Quelle: Verfassungsschutzberichte Berlin 2001-2004, für die Jahre 2005/2006: Mitteilung des LKA 522 vom 11.4.2007.

⁶⁰ Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 5 (Hrsg.): Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006, Berlin 2007, S. 10; schriftliche Auskunft des LKA 522 vom 11.4.2007.

⁶¹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 2004.

⁶² Die folgenden Auszüge stammen aus einem Interview, das Toelle dem Projekt „Politikorange“ gab: Netzwerk Demokratieoffensive/ Aktion Medien mit Mut der Amadeo Antonio Stiftung (Hrsg.): extrem*, Berlin 2007 (www.politikorange.de), S. 13-15.

„Der Nationalsozialismus ist vielleicht die gemeinsame untere Wurzel. Aber die Realität bestimmt er nicht mehr. Wir haben es viel mehr mit sehr erlebnisorientierten Gruppen zu tun - Kameradschaften, die Nachfahren der Wehrsportgruppen sind, die sich aus dem sehr politischen, also ideologischen Bereich, mehr wegentwickelt haben und hinentwickelt haben zu sozialen Problemen des Alltags. Sie sind auf dem Wege oder sind es schon, eine Jugendkultur zu sein. (...) Und das zeigt für mich, dass sich da im Grunde genommen eine Jugendrichtung rausbildet, die weniger in der Ideologie verhaftet ist, als vielmehr nur in allgemeinen Werten. Und da kriegen Sie das Phänomen, dass letztendlich es ziemlich egal ist, ob das ein Autonomer ist oder ob das ein Rechtsextremer ist. Die Beweggründe (...) da reinzugehen (...) sind weitgehend in beachtlich großem Maß identisch. Da haben wir eine sehr große Schnittmenge. (...)“

Toelle betont, dass in seiner Wahrnehmung die jugendtypischen, gewaltaktions- und erlebnisorientierten Elemente gegenüber den ideologischen Aspekten überwiegen. Auch in dieser Hinsicht hat sich gegenüber dem Untersuchungszeitraum 1998 bis 2003 eine Veränderung ergeben. Damals waren es knapp 40 % der Tatverdächtigen, bei denen man kein ideologisch festes Weltbild erkennen konnte.⁶³

Toelle weiter: „Das Feindbild stimmt [zwischen gewaltaktionsorientierten Linken und Rechten, dV] überein und das ist für mich ein starkes Indiz, dass es vielen Jugendlichen weniger um zentrale politische Grundsatzauseinandersetzungen geht, bin ich ein völkischer Mensch oder ein weltoffener, sondern es geht letztendlich (...) nur um die ureigensten Dinge, um Anerkennung in der Gemeinschaft. Ich sage mal so: Ob einer zum rechtsextremistischen Lager kommt oder zum linksextremistischen Lager kommt, wird in ein paar Jahren vielleicht wesentlich allein davon geprägt sein, wo der aufgewachsen ist. Kommt der aus Friedrichshain, ist er mit seinen Kumpels bei Links, kommt er aus Lichtenberg, um den Bahnhof herum, ist er mit seinen Kumpels bei Rechts.“ (...)

Zusammenfassend kann man festhalten, dass - jedenfalls aus polizeilicher Sicht - in den letzten zehn Jahren der Anteil der Gewalttaten gegen „Fremde“ gesunken und der Anteil gegen andere Jugendzonen und gegen politisch feindliche Szenen gestiegen ist. Von den im Jahr 2006 registrierten Gewaltfällen werden 49 der fremdenfeindlichen und 48 einer „Rechts-Links-Auseinandersetzung“ zugerechnet.⁶⁴

Auch die Beobachtungen der freien Träger stützen die These, dass das Gros der Opfer von rechter Gewalt nicht „Fremde“ im Sinne von Ausländern oder Angehörigen fremder Ethnien sind. Bei den im Jahr 2006 von zivilgesellschaftlichen Kräften registrierten 155 Fällen rechter Gewalt wird bei einem Drittel der Fälle (50 Fälle) als Tatmotiv „Rassismus“ angegeben. In 77 Fällen seien die Gewalttaten „gegen Nicht-Rechte/ alternative Jugendliche“ bzw. „gegen politisch Aktive“ begangen worden. Das sind rund 50 % der von den freien Trägern beobachteten Gewaltfälle.⁶⁵

Die von *Toelle* formulierte These einer feindlichen Verklammerung der „rechten“ und der „linken“ jugendlichen Gewaltkulturen wird durch die polizeiliche Statistik der Tatorte gestützt.

⁶³ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 2004. Die Studie enthält jedoch keine Daten zum Alter der Opfer. Sie enthält auch keine Informationen ob und wie sich die Täter selbst inszenieren oder in welcher Weise der Befund einer fehlenden ideologischen Festigung bei 39 % der Tatverdächtigen erhoben wurde (S. 46f.).

⁶⁴ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. S. 9; vgl. Claudia Schmid: Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, in: Michael Minkenberg/ Dagmar Sucker/ Agnieszka Wenninger (Hrsg.): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven, Bonn 2006, S. 228-235.

⁶⁵ Sabine Seyb: Zahlen allein sprechen nicht für sich, in: apabiz e.V./ ADNB des TBB/ MBR/ Netzwerkestelle Moskito/ ReachOut (Hrsg.): Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung, Berlin, 2007, S. 9-15, S. 12.

Die Tatorte der politischen linken und die Tatorte der politischen rechten Gewalt decken sich - jedenfalls für die am meisten belasteten Ortsteile: Die rechte wie die linke politische Gewalt konzentrieren sich in den Ortsteilen Friedrichshain, Lichtenberg und Prenzlauer Berg.⁶⁶ Dieser Befund lässt den Schluss zu, dass sich in der polizeilichen Ortsstatistik die Auseinandersetzungen von gegnerisch verklammerten Szenen niederschlagen. Politisch verstehen sie sich als Feinde, in ihrem aktions- und gewaltorientierten Stil weisen sie aber eine hohe Nähe auf.

Diese aktuellen Beobachtungen führen zu der Frage, welches Wissen zu den Tatverdächtigen bzw. den Tätern rechter Gewalttaten vorliegen - sind es wirklich überwiegend junge Männer?

(3) Täter/ Tatverdächtige

Der Berliner Verfassungsschutz hat in seiner methodisch innovativen Studie aus dem Jahr 2004 rechte Gewalt (im Sinne der PMK - rechts) im Land Berlin sozialräumlich dargestellt und diese Darstellung mit zwei anderen Dimensionen verknüpft, nämlich mit den Wahlergebnissen für rechtsextreme Parteien und mit Wohnorten aktionsorientierter rechtsextremer Aktivisten.⁶⁷

Diese Studie liefert unseres Wissens die aktuellsten Daten zu den Tätern von rechter Gewalt im Land Berlin. Sie bestätigt die vorliegenden Studien, denen zufolge rechte Gewalt männlich ist (93 %), dass es sich um jugendliche, heranwachsende und jungerwachsene Täter handelt (75 % zwischen 15 und 24 Jahren) und dass sie niedrigere Bildungsabschlüsse haben als nichtdelinquente Gleichaltrige (60 % der delinquenten Gruppe haben einen Hauptschulabschluss gegenüber 25,5 % des Abgangsjahrganges 2000/ 2001, 27 % haben die mittlere Reife gegenüber 40,7 %).⁶⁸

Rechte Gewalt geht von jungen Männern aus, die relativ schlechte berufliche Chancen und damit ungünstige soziale Aufstiegsmöglichkeiten haben. Vermutlich würde man - wie in anderen Studien - bei einer intensiveren biographischen Untersuchung der Täter auch darauf stoßen, dass sie in einem höheren Maße als andere mit Gewalterfahrungen im Elternhaus aufgewachsen sind und dass es ihnen an sozialer Anerkennung gemangelt hat.⁶⁹

Die Studie zeigt, dass Gewaltdelikte sehr häufig im Wohnumfeld der Täter und sehr viel weniger dort begangen werden, wo „Politik gemacht wird“. Der hohe Anteil der Taten, die am Wochenende (61 %) und am Abend (42 %) begangen werden, spricht in Verbindung mit den Befunden zur Alkoholisierung der Täter (31 %, allerdings geringe Fallzahlen) für eine Gewalttätigkeit als Freizeitverhalten.⁷⁰

Die ortsansässigen Täter sind überwiegend junge Männer, die häufig aus Gruppensituationen heraus ihnen persönlich unbekannte Personen, also keine Institutionen und auch keine Repräsentanten von Institutionen, angreifen.

Charakteristisch für Jugendkulturen, die sich dem aktionsorientierten maskulinen Typ zuordnen lassen, ist auch ein weiterer Befund dieser Studie, nämlich die hohe Überschneidung zwischen der allgemeinen und der als politisch klassifizierten Kriminalität: Immerhin sind 75 % der Tatverdächtigen früher bereits durch allgemeinkriminelle Delikte aufgefallen. Nur 4 % sind der Polizei ausschließlich durch politische Delikte bekannt geworden.⁷¹

⁶⁶ Vgl. die Mitteilung des LKA 522 vom 11.4.2007.

⁶⁷ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 2004.

⁶⁸ Ebd., S. 34, 37.

⁶⁹ Vgl. zu diesen und anderen Ergebnissen der empirischen Forschung zu „rechtsextremer Gewalt“ Christian Seipel/ Susanne Rippl: Rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Theoretische Erklärungen und empirische Ergebnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung, in: Jürgen Raithel/ Jürgen Mansel (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich, Weinheim, München 2003, S. 264-284. Vgl. die ältere aber nach wie vor relevante Studie zum Land Brandenburg: Heinz Cornel: Schwere Gewaltkriminalität durch junge Täter in Brandenburg, Potsdam/ Berlin 1999.

⁷⁰ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 2004, S. 28, 30f.

⁷¹ Ebd., S. 45f. Es wäre wünschenswert, in künftigen Studien die Straftaten inhaltlich zu differenzieren und auch anzugeben, in welchem Alter die jungen Leute straffällig geworden sind.

(4) Verteilung der Gewalttaten auf Stadtregionen

Hinsichtlich des Gewaltproblems lassen sich für die vergangenen fünf Jahre verschiedene stadtregionale Schwerpunkte identifizieren. Im Folgenden werden zunächst Daten der Sicherheitsbehörden, dann Beobachtungen von freien Trägern zusammengestellt.

Beobachtungen des Berliner Verfassungsschutzes

Bereits die nachfolgend vorgestellten Daten für das Beobachtungsjahr 2002 sind Ausdruck einer allgemeinen Tendenz: Rechte Straftaten werden in allen Bezirken begangen, rechte Gewaltstraftaten in fast allen. Für beide Deliktarten lassen sich aber stadtgeographische Schwerpunkte feststellen. Auch wenn sich diese Schwerpunkte in den letzten Jahren teilweise verlagert haben, gilt die Beobachtung, dass einige Bezirke und Ortsteile deutlich stärker als andere belastet sind. Die im Folgenden zusammengestellten Beobachtungen für die Zeit nach 2002 lassen die unterschiedlichen Belastungen deutlich werden.

Tabelle 2.5 Regionale Besonderheiten bei Straftaten 2002⁷²

2002	PMK - rechts	davon Gewalt
Charlottenburg - Wilmersdorf	80	7
Friedrichshain - Kreuzberg	50	3
Lichtenberg	116	9
Marzahn - Hellersdorf	103	16
Mitte	194	3
Neukölln	37	1
Pankow	129	5
Reinickendorf	47	2
Spandau	32	0
Steglitz - Zehlendorf	29	1
Tempelhof - Schöneberg	27	1
Treptow - Köpenick	91	4
Internet	5	0
Nicht zuzuordnen	8	0
Summe	948	52

Die bereits zitierte Studie des Berliner Verfassungsschutzes fasste dann Gewaltakte des Zeitraums 1998 bis 2003 zusammen. In diesem Zeitraum konzentrierten sich die Tatorte in den nachfolgend genannten Bezirken: An erster Stelle stand Lichtenberg mit 17 % der erfassten Gewalttaten, Marzahn - Hellersdorf mit 16 %, Pankow mit 15 %, Treptow - Köpenick mit 12 %, Friedrichshain-Kreuzberg mit 10 % und Mitte mit 9 %. Es folgten mit einigem Abstand Charlottenburg - Wilmersdorf und Neukölln mit je 5 %.⁷³

Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 wurde der Bereich des aktionsorientierten Rechtsextremismus in Berlin auf ca. 500 Personen veranschlagt. Davon galt ein knappes Drittel (31 %) als gewaltbereit, mithin also zwischen 150 und 160 Personen.⁷⁴ Eine ausdrückliche Aufstellung über die regionale Verteilung von Gewalttaten fand sich in diesem Bericht nicht, stattdessen wurden die Stadtregionen benannt, in denen die dem aktionsorientierten Rechtsextremismus zugeordneten Personen hauptsächlich auftraten.

⁷² Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003.

⁷³ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin, Berlin 2004.

⁷⁴ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 15f.

Genannt wurden die Bezirke Lichtenberg, Treptow - Köpenick, Marzahn - Hellersdorf bzw. die Ortsteile Lichtenberg, Pankow, Prenzlauer Berg und Treptow sowie Neukölln.⁷⁵

Ende des Jahres 2005 wurden vom Berliner Verfassungsschutz als Hauptaktionsgebiete der autonomen Aktionsgemeinschaften die Altbezirke Lichtenberg, Pankow, Prenzlauer Berg und Treptow genannt. Die beiden namentlich genannten wichtigsten Aktionsgemeinschaften waren zum damaligen Zeitpunkt die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) und die „Freien Kräfte Berlin“ (FKB). Diese Gruppierungen bedrohten ihre politischen Gegner und forcierten bei Demonstrationen auch die gewalttätige Auseinandersetzung mit Polizeikräften.⁷⁶ Die von diesen Gruppierungen in den genannten Altbezirken ausgehenden Gefahren sind vom Verfassungsschutz in zwei Richtungen beschrieben worden: Neben der Gefährdung der Kritiker, Gegner und Feinde der rechtsextremen Autonomen wurde die Ausstrahlung auf den eigenen Nachwuchs betont:

„Ferner könnte es den Kameradschaftsaktivisten mit ihrem ‚moderaten‘ Auftreten gelingen, sich den Jugendlichen in ihren Kiezen - vor allem in den östlichen Bezirken - als Vorbild zu präsentieren und diese für rechtsextremistische Aktionen [einschließlich von Gewalttätigkeiten, dV] zu rekrutieren.“⁷⁷

Die im Frühjahr 2007 veröffentlichten Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität in Berlin gehen nicht auf die Verteilung auf Bezirke bzw. Ortsteile ein. Für den Bereich der Direktion 6 - Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow - Köpenick - wird betont, dass keine örtlichen Schwerpunkte politisch motivierter Kriminalität erkennbar seien. Allerdings verteilen sich die registrierten Gewaltdelikte der PMK nicht gleichmäßig auf die Zuständigkeitsbezirke der sechs Direktionen.

Bezieht man die registrierten PMK - Gewaltdelikte auf die Einwohnerzahlen, so ergibt sich der höchste Wert für den Bereich der Direktion 6 (Lichtenberg/ Marzahn - Hellersdorf/ Treptow - Köpenick), gefolgt von Direktion 3 (Mitte), von Direktion 5 (Friedrichshain-Kreuzberg/ Neukölln), von Direktion 1 (Reinickendorf/ Pankow), von Direktion 2 (Spandau / Charlottenburg-Wilmersdorf). Am Ende rangiert die Direktion 4 (Tempelhof - Schöneberg/ Steglitz - Zehlendorf).⁷⁸

Aus der Beantwortung der für diese Studie an das LKA Berlin gerichteten Anfrage zur Verteilung der rechten Gewaltdelikte auf die Stadt lassen sich für das Jahr 2006 besondere Tatort-Schwerpunkt in den folgenden Ortsteilen erkennen: Prenzlauer Berg (15 Fälle), Friedrichshain (9 Fälle), Lichtenberg (9 Fälle), Mitte (8 Fälle), Niederschöneweide (6 Fälle), Rudow (6 Fälle) und Spandau (6 Fälle).

Beobachtungen freier Träger

Die kontinuierlichen Beobachtungen freier Träger und Gruppierungen haben in den letzten Jahren die Grundlage geschaffen, für einzelne Bezirke ein sozialräumlich detailliertes Bild zu liefern:

Dazu gehören die gemeinsam vom „Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum“ (Apabiz) und von „Reach Out“ vorgelegte Chronik „rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und schwulenfeindlicher Vorfälle“ für ganz Berlin.

⁷⁵ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 23f., 31, 206, 211.

⁷⁶ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin. Stand: Dezember 2005, Berlin 2006, S. 2.

⁷⁷ Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin. Stand: Dezember 2005, Berlin 2006, S. 3.

⁷⁸ Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 5 (Hrsg.): Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006, Berlin 2007, S. 11.

Im Bezirk Lichtenberg arbeitet die Netzwerkstelle Licht-Blicke (Netzwerk für Demokratie und Toleranz) an einer „Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“.⁷⁹

Für Pankow hat die Netzwerkstelle Moskito im Prenzlauer Berg ein bezirkswieites Register für 2005 vorgelegt.⁸⁰

Ebenso haben antifaschistische Gruppen in Hohenschönhausen für den Bezirk Lichtenberg Zusammenstellungen veröffentlicht.⁸¹

Die Zusammenstellungen sind unterschiedlich gut aufbereitet. Nicht immer wird zwischen Gewaltandrohungen und Gewaltstraftaten einerseits und den Propagandadelikten andererseits unterschieden.

Besonders hilfreich sind die berlinweit angelegten präzisen Chroniken von ReachOut und Apabiz, da sie zu den einzelnen Vorfällen auch eine detaillierte Ortsangabe liefern (Straßen- bzw. Platz- und Bahnhofsnamen) und genaue Quellenangaben beifügen, so dass die Daten überprüfbar sind. Auf bezirklicher Ebene gleichfalls mit präzisen Ortsangaben arbeitet „Licht-Blicke“ und die Antifa Hohenschönhausen.⁸²

Diese Zusammenstellungen stellen eine gute Basis dar für eine kartographisch-sozialräumliche Visualisierung von Gewalt- und anderen Straftaten bzw. anderen Phänomenen des Problemfeldes Rechtsextremismus wie etwa von Wahlergebnissen. Ein Beispiel für eine solche Darstellung wurde von „Licht-Blicke“ in Zusammenarbeit mit der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR) für den Bezirk Lichtenberg erarbeitet. Eine weitere stadträumliche Darstellung existiert für Pankow.⁸³

Reach Out und Apabiz haben für das Jahr 2005 in Friedrichshain die meisten gewalttätigen Angriffe registriert, gefolgt von Lichtenberg, Köpenick und Treptow.⁸⁴ Den Darstellungen ist zu entnehmen, dass sich in Lichtenberg im Jahr 2005 die Gewalttätigkeiten in Neu-Hohenschönhausen, im Bereich des Bahnhofs Lichtenberg und um den S-Bahnhof Karlshorst konzentrierten.⁸⁵ Im Jahr 2006 lagen die Schwerpunkte der Gewalttaten am Bahnhof Lichtenberg und am S-Bahnhof Karlshorst, während sie in Hohenschönhausen zurückgegangen waren.⁸⁶

Im Winter 2006/ 07 werden von politischen Beobachtern die folgenden Berliner Altbezirke als Schwerpunkte von Gewalttätigkeiten benannt: An erster Stelle liege Friedrichshain, dann Lichtenberg, Prenzlauer Berg und schließlich das südliche Neukölln.⁸⁷ In Friedrichshain soll sich die Zahl der Übergriffe von 2005 auf 2006 nahezu verdoppelt haben.⁸⁸

⁷⁹ Vgl. die Presseerklärung von „Licht-Blicke“ / MBR / Bezirksamt Lichtenberg vom 12.5.2006. Vgl. <http://www.licht-blicke.org/HTML/register.html> (3.4.2007).

⁸⁰ Vgl. <http://www.pfefferwerk.de> (31.3.2007).

⁸¹ Vgl. <http://www.puk.de/antifah/chronik/chaup2006.htm> (31.3.2007).

⁸² Vgl. <http://www.puk.de/antifah/chronik/chaup2006.htm> (31.3.2007).

⁸³ Vgl. http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=RegisterPankow2005Karte.pdf (31.3.2007).

⁸⁴ Apabiz/ Reach Out: Rechte Angriffe dokumentiert (Stand: 3.2.2006).

⁸⁵ Vgl. Licht-Blicke/ MBR: Kartendarstellung „Rechtsextreme Vorfälle in Lichtenberg 2005“;

⁸⁶ Vgl. <http://www.licht-blicke.org/HTML/register.html> (31.3.2007).

⁸⁷ Vgl. die Informationen von Reach Out, zitiert nach Mirko Heinemann: Spirale der Gewalt, in: Zitty, 2007, Nr. 1, S. 24f.; vgl. die Pressemitteilung der „Beratungsstellen für Opfer rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten“ zur Jahresstatistik 2006 vom 1.4.2007; diese Statistik stützt sich auf die Erhebung von Reach Out.

⁸⁸ Vgl. Tagesspiegel, 13.1.2007, S. 11.

2.3.1.6 Fazit

Die Beobachtungen staatlicher Behörden wie auch zivilgesellschaftlicher Träger lassen sich darin zusammenfassen, dass rechte Gewaltakte zwar in allen Ortsteilen zu registrieren sind, sich aber in bestimmten Stadtregionen konzentrieren. Insgesamt wurden mehr Gewaltstraftaten in den östlichen Bezirken als in den westlichen Stadtteilen registriert.

Diese Beobachtungen lassen sich zugleich als Hinweise lesen, in welchen Stadtregionen in Zukunft die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in verstärkter Weise stattfinden sollte.

Zwar weichen - wie oben dargestellt - die absoluten Fallzahlen der staatlichen und der gesellschaftlichen Beobachter voneinander ab. Dessen ungeachtet stimmen sie aber weitgehend darin überein, in welchen Ortsteilen die relativ meisten rechten Gewalttaten begangen wurden. Für das Jahr 2006 besteht Übereinstimmung, dass in den Ortsteilen Friedrichshain (zum Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg), Prenzlauer Berg (zum Bezirk Pankow), Niederschöneweide (zum Bezirk Treptow - Köpenick) und dem Bezirk Lichtenberg die relativ stärksten Belastungen zu verzeichnen waren. Übereinstimmung besteht hinsichtlich einer mittleren Belastung der Bezirke Mitte, Marzahn-Hellersdorf und einer schwachen Belastung der Bezirke Neukölln (relativ starke Belastung im Ortsteil Rudow), Spandau, Charlottenburg - Wilmersdorf, Steglitz - Zehlendorf, Reinickendorf, Tempelhof - Schöneberg.⁸⁹

2.3.2 Wahlergebnisse

Im Folgenden werden auf Grundlage veröffentlichter Wahlergebnisse, statistischer Erhebungen und qualitativer Bewertungen Aussagen zur regionalen Verteilung und sozialen Struktur der Wähler rechtsextremer Parteien in Berlin getroffen. Der Schwerpunkt liegt bei den Berliner Wahlen im Jahr 2006 und Wählern der NPD.

Die dargestellten Ergebnisse zeigen, dass auch hinsichtlich der Wahlergebnisse stadträumliche Schwerpunkte existieren. Rechtsextreme Parteien werden überall gewählt, aber in einzelnen, benennbaren Regionen eben stärker als in anderen.

2.3.2.1 Ergebnisse 2006

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. September 2006 erhielten die NPD 2,6% und die Republikaner 0,9% der abgegebenen Zweitstimmen. Beide Parteien blieben deutlich unter 5%, für die NPD war dies dennoch das bislang beste Ergebnis in Berlin.⁹⁰

Bei den gleichzeitigen Wahlen zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) zogen die NPD in Neukölln (3,9%), Treptow - Köpenick (5,3%), Marzahn - Hellersdorf (6,4%) und Lichtenberg (5,9%), die Republikaner in Pankow (3,1%) in die BVV ein.⁹¹ Die NPD war in dieser Hinsicht in vier der fünf Bezirke, in denen sie antrat, erfolgreich. Wo sie antrat, erreichte sie bessere Ergebnisse als bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus.⁹² Zu berücksichtigen ist zwar, dass Republikaner und NPD bei den BVV - Wahlen nicht konkurrierend antraten, die NPD erreichte rechnerisch in den genannten vier Bezirken aber auch mindestens so viele Stimmen für die BVV, wie beide Parteien zusammen bei der Abgeordnetenhauswahl.

⁸⁹ Der Ortsteil Mitte nimmt eine gewisse Sonderrolle ein, da dort häufiger Demonstrationen stattfinden als in anderen Ortsteilen; dadurch kann die Statistik möglicherweise verzerrt werden.

⁹⁰ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport Abgeordnetenhauswahl in Berlin 17. September 2006, Berlin 2006. S. 19.

⁹¹ Vgl. Der Landeswahlleiter: Wahlergebnisse im Überblick. <http://www.berlin.de/wahlen/index.php/aghb-vwahl-2006/ergebnis/ueberblick/ueberblick.htm>.

⁹² Vgl. Infratest dimap (Anm. 90), S. 59.

Tendenzen

Ein Vergleich der Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl 2006 mit denen von 2001 ist möglich, aber nur begrenzt aussagefähig. Die Wahl 2001 fiel in den Zeitraum des NPD - Verbotsverfahrens. Die Entwicklung der Berliner NPD ist zudem von personeller Unstetigkeit geprägt.⁹³ Beim Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 müssen die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Die Zahlen zeigen für die NPD Zugewinne seit 2001, ein Plus von 1,7% gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 2001 und 1,0% gegenüber der Bundestagswahl 2005.⁹⁴ Die Republikaner haben im selben Zeitraum deutlich an Stimmen und Bedeutung verloren.

2.3.2.2 Stadtregionale Verteilung

Bezirke

Die NPD - Werte der Abgeordnetenhauswahl korrelieren mit denen der BVV - Wahlen. Am erfolgreichsten war die NPD in Marzahn - Hellersdorf (5,4 %), Treptow - Köpenick (4,6 %), Lichtenberg (5,1 %), Pankow (3,1 %) und Neukölln (3,0 %).

Tabelle 2.6 Berliner Wahlen 2006, Gültige Stimmenanteile, REP / NPD, nach Bezirken⁹⁵

	Abghs. Zweitst.		BVV-Wahlen	
	REP	NPD	REP	NPD
Berlin insgesamt	0,9	2,6		
Mitte	1,2	1,7	2,4	0,0
Friedrichshain - Kreuzberg	0,6	1,3	1,6	0,0
Pankow	1,1	3,1	3,1	0,0
Charlottenburg - Wilmersdorf	0,5	1,1	0,0	0,0
Spandau	1,2	1,9	2,3	0,0
Steglitz - Zehlendorf	0,8	1,0	1,5	0,0
Tempelhof - Schöneberg	0,7	1,7	0,0	2,1
Neukölln	0,9	3,0	0,0	3,9
Treptow - Köpenick	0,5	4,6	0,0	5,3
Marzahn - Hellersdorf	0,8	5,4	0,0	6,4
Lichtenberg	0,6	5,1	0,0	5,9
Reinickendorf	1,4	1,8	2,5	0,0

Ost / West

Ein deutlicher Unterschied der Zweitstimmen für die NPD zeigt sich beim Vergleich zwischen den West- und den Ostbezirken. Während die NPD im Westteil der Stadt im Durchschnitt 1,7 % der Stimmen erhielt, waren es im Osten 4,0 % der Zweitstimmen zur Abgeordnetenhauswahl. Analog blieben die NPD-Ergebnisse bei den BVV - Wahlen in den beiden Westbezirken (Tempelhof - Schöneberg und Neukölln) hinter denen der Ostbezirke zurück.

⁹³ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres / Abt. Verfassungsschutz: Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin. Berliner Wahlen 2006. Berlin, 2006. S. 10.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Vgl. Der Landeswahlleiter, Wahlergebnisse (Anm. 91).

Tabelle 2.7 Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006, Gültige Stimmenanteile, Republikaner/ NPD, Ost/ West⁹⁶

	Abghs. Zweitst.	
	REP	NPD
Berlin insgesamt	0,9	2,6
Berlin Ost	0,8	4,0
Berlin West	0,9	1,7

Innere/ äußere Stadt

Anhand einer Zuordnung der Wahlkreise zum inneren und äußeren Stadtbereich ist ersichtlich, dass der Schwerpunkt im Osten, in Wahlkreisen außerhalb des S-Bahn-Rings liegt. Dort erzielte die NPD bei der AGH - Wahl in elf Wahlkreisen über 5 % der Zweitstimmen, mit der Spitze von 7,6 % im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 1. In der inneren Stadt und im Westteil blieb sie unter 3 % - mit Ausnahme von Wahlkreisen in Neukölln.⁹⁷

Tabelle 2.8 Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006, Gültige Stimmenanteile, NPD, Innere / äußere Stadt⁹⁸

	Abghs., NPD
Berlin insgesamt	2,6
Innere Stadt (19 WKr)	1,4
Äußere Stadt (59 WKr)	2,9
Inneres Ostberlin (6 WKr)	1,7
Äußeres Ostberlin (25 WKr)	4,8

Wahlkreise

Zu berücksichtigen sind außerdem Stimmenverteilungen innerhalb der Bezirke. So erzielte die NPD in den Bezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf insbesondere in den nördlichen Wahlkreisen, das heißt in den Großsiedlungen Hohenschönhausen und Marzahn, hohe Ergebnisse.

Tabelle 2.9 Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006, Wahlkreise mit höchsten Anteilen der NPD⁹⁹

Wahlkreis	Abghs., NPD
2101 Marzahn - Hellersdorf 1	7,6
2111 Lichtenberg 1	7,3
2107 Marzahn - Hellersdorf 7	6,8
2102 Marzahn - Hellersdorf 2	6,7
2103 Marzahn - Hellersdorf 3	6,0
2115 Lichtenberg 5	5,9
2106 Marzahn - Hellersdorf 6	5,5
2095 Treptow - Köpenick 5	5,3
2092 Treptow - Köpenick 2	5,3
2093 Treptow - Köpenick 3	5,2
2113 Lichtenberg 3	5,2
2112 Lichtenberg 2	4,9
2114 Lichtenberg 4	4,7
2035 Pankow 5	4,5
2094 Treptow - Köpenick 4	4,5

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport (Anm. 90), S. 56.

⁹⁸ Ebd., WKr 2.01 Gruppierung nach regionalen, sozialstrukturellen und politischen Merkmalen.

⁹⁹ Ebd., WKr 3.01 15 Berichtsgebiete mit den höchsten und niedrigsten Anteilen der NPD.

2.3.2.3 Verteilung nach sozialen Merkmalen: Alter und Geschlecht

Auf Basis einer Stichprobe hat das Statistische Landesamt Angaben zur Wählerstruktur hinsichtlich Alter, Geschlecht und Region (im Sinne von Ost/ West) ermittelt. Demnach sind bei den Wählern der NPD – neben der Region – Zusammenhänge mit Alter und Geschlecht zu erkennen:

„Sie erreichte in der Stichprobe 2,4 % und wurde überproportional gewählt von den jungen Wählern (5,1 %), von den Männern (3,8 %) und im Ostteil (3,8 %). Die höchsten Anteile erzielte diese Partei so auch bei den jungen Männern im Ostteil der Stadt mit 9,8 %.“¹⁰⁰

Tabelle 2.10 Erhebung zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006, Stimmen für REP/ NPD, Alter und Geschlecht¹⁰¹

Alter	Abghs. 2006	
	REP	NPD
Berlin		
18 bis unter 25	0,7	5,1
25 bis unter 35	0,6	3,4
35 bis unter 45	1,0	2,9
45 bis unter 60	1,0	2,3
60 und mehr	0,6	1,3
Insgesamt	0,8	2,4
Berlin: Frauen		
18 bis unter 25	0,5	2,9
25 bis unter 35	0,3	2,0
35 bis unter 45	0,7	1,2
45 bis unter 60	0,7	1,2
60 und mehr	0,3	0,7
Insgesamt	0,5	1,2
Berlin: Männer		
18 bis unter 25	0,8	7,3
25 bis unter 35	0,8	5,0
35 bis unter 45	1,3	4,7
45 bis unter 60	1,4	3,5
60 und mehr	1,0	2,2
Insgesamt	1,1	3,8

2.3.2.4 Fazit

Wie bereits bei der Darstellung der stadtgeographischen Verteilung rechter Gewalt zeigt sich auch bei den Wahlerfolgen von rechtsextremen Parteien eine deutliche Konzentration in bestimmten Ortsteilen und Bezirken. Wahlergebnisse zugunsten von rechtsextremen Parteien werden als Indikator für eine Unterstützung rechtsextremer Politik verstanden. Rechtsextreme Politiker sind 2006 in fünf Bezirksverordnetenversammlungen gewählt worden (Lichtenberg, Marzahn - Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Treptow - Köpenick).

Rechtsextreme Parteien werden von einzelnen Wählergruppen in besonders starkem Maße gewählt: Ähnlich wie bei den Urhebern rechter Gewalt sind junge Männer unter 25 Jahren aus den östlichen Bezirken diejenigen, die am stärksten rechtsextrem gewählt haben.

¹⁰⁰ Statistisches Landesamt: Statistischer Bericht B VII 2. Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006. Berlin, 2006. S. 6, 15.

¹⁰¹ Ebd., S. 15.

Der Vergleich zwischen Wahlbezirken mit guten Ergebnissen für rechtsextreme Parteien und den Ortsteilen mit einer hohen Belastung durch rechte Gewalt spricht dafür, die Wahl einer rechtsextremen Partei und die rechte Gewaltpraxis als zwei Dimensionen des Rechtsextremismus zu verstehen, die nicht notwendigerweise zusammenhängen. Deutlich lässt sich dies anhand des Ortsteils Friedrichshain zeigen, der zu den am stärksten gewaltbelasteten Stadtregionen gehört. In den Abgeordnetenhaus-Wahlkreisen Friedrichshain-Kreuzberg 4 und 5, die beide vollständig im Ortsteil Friedrichshain liegen, erzielte die NPD stark unterdurchschnittlich Ergebnisse bei den Abgeordnetenhauswahlen.¹⁰² In anderen Fällen, etwa den Abgeordnetenhaus-Wahlbezirken Lichtenberg 3, 4, und 5 überlagern sich die überdurchschnittlichen NPD-Wahlergebnisse mit der Gewaltbelastung (vgl. Tabelle 2.9). Dies lässt die Vermutung zu, dass rechte Gewalt sowohl aus ortsansässigen Milieus im Umfeld ihrer Wohnorte wie von mobilen Akteuren ausgeht, die ihre Gegner und Opfer auch außerhalb ihres weiteren Wohnumfeldes aufsuchen.

Im Hinblick auf die im engeren Sinne politisch aktiven Rechtsextremen weist der Berliner Verfassungsschutz darauf hin, dass 80 % der „ideologisch gefestigten Berliner Neonazis“ bzw. 85 % der „ideologisch gefestigten und gewaltbereiten Neonazis“ in östlichen Stadtbezirken leben.¹⁰³ „Schwerpunkte der Neonazi-Szene sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow - Köpenick. Allein in diesen Bezirken leben 75 Prozent der ideologisch gefestigten Neonazis und befinden sich 80 Prozent der von der Neonazi-Szene genutzten Trefforte.“

2.3.3 Resümee

Die Darstellung der Facetten des Problemfeldes Rechtsextremismus in Berlin (Kapitel 2.3) führt zu mehreren Ergebnissen.

Für die Frage nach praktischen Interventionen muss das Problemfeld Rechtsextremismus differenziert betrachtet werden, der „Tonnenbegriff“ (Manfred Funke) Rechtsextremismus muss operationalisiert werden. Unter der für diese Studie maßgeblichen Perspektive, das Spektrum bestehender Maßnahmen auf mögliche Verbesserungsfähigkeit hin zu betrachten, wurde „Rechtsextremismus“ in zwei Dimensionen näher betrachtet: Rechte Gewalt und die Wahl rechtsextremer Parteien standen im Zentrum der Analyse.

Zu den zentralen Ergebnissen gehört die Einsicht in die für beide Dimensionen charakteristische ungleiche stadtgeographische Verteilung. Rechte Gewalt und die Wahl von rechtsextremen Parteien lassen sich in ganz Berlin beobachten, sie sind in bestimmten Ortsteilen und Kiezen aber deutlich stärker als in anderen verbreitet. Die längerfristigen Beobachtungen sowohl der Behörden wie von freien Trägern zeigen, dass sich die Schwerpunkte rechter Gewalt stadträumlich verändern können. Die Gebiete mit einer hohen Belastung durch rechte Gewalt sind nicht immer identisch mit den Wahlbezirken, in denen rechtsextreme Parteien überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten haben. Weitere Planungen von Prävention und Intervention sollten diese stadträumliche Grundstruktur des Problemfeldes nicht übergehen.

Zu den weiteren wesentlichen Ergebnissen gehört die Eingrenzung von Akteuren. Betrachtet man sich das Problemfeld Rechtsextremismus genauer, so wird rasch deutlich, dass man es - jedenfalls bezogen auf Wahlverhalten und Gewaltverhalten - keineswegs mit einer (wie immer auch verstandenen) „Mitte der Gesellschaft“ zu tun hat. Die Urheber von rechter Gewalt sind in relativ starkem Maße junge Männer unter 25 Jahren mit niederen Bildungsabschlüssen, die eher im Osten als im Westen Berlins zu Hause sind.

¹⁰² Infratest dimap: Wahlreport (Anm. 90), WKr 3.01 15 Berichtsgebiete mit den höchsten und niedrigsten Anteilen der NPD.

¹⁰³ Senatsverwaltung für Inneres/ Abt. Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin, 2006. S. 214.

Rechtsextreme Parteien wurden in besonders starkem Maße, nämlich von knapp 10 Prozent von den jungen Männern unter 25 Jahren in den östlichen Bezirken gewählt.

Auch die Ergebnisse von Einstellungsforschungen können - bei allen methodischen Vorbehalten (vgl. Abschnitt 2.2.2) - den Befund stärken, dass sich radikale Haltungen zu einigen ausgewählten politisch-sozialen Themen nicht gleichmäßig über die Bevölkerung verteilen, sondern in finanzschwachen, bildungs- oder statusarmen Schichten stärker ausgeprägt sind als in anderen Bevölkerungsteilen. Deutlich geht aus diesen Forschungen auch hervor, dass es neben den Gruppen am unteren Ende der sozialen Pyramide auch die Besitzstandsverteidiger sind, die überdurchschnittlich stark zu rechtsextremen Einstellungen neigen.

Für die Region Berlin-Brandenburg als Ganze ermittelten Forscher für die Bevölkerung ab 14 Jahren einen Anteil von 17 %, der rechtsextrem eingestellt ist.¹⁰⁴ Welche Bevölkerungsgruppen liegen nun deutlich über diesem Durchschnitt? Zu diesen Gruppen gehören die Altersgruppen der 14- bis 17-Jährigen (20 %) und die über 75-Jährigen (27 %).

Bezogen auf die Stellung im Arbeitsleben war der Anteil der rechtsextrem Eingestellten bei den Arbeitslosen (21 %), bei den einfachen Arbeitern (24 %) und den Facharbeitern (28 %) deutlich über dem Durchschnitt von 17 Prozent. Personen mit niedrigen formellen Bildungsabschlüssen (24 %), mit niedrigem Einkommen (22 %) und aus der Unterschicht (24 %) sind weitere Gruppen mit einem erhöhten Anteil von rechtsextrem Eingestellten.

¹⁰⁴ Oskar Niedermayer/ Richard Stöss: Berlin - Brandenburg - BUS 2002. Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin 2002 (Vervielfält. Ms.), S. 5, 25.

3 Anlage und Ergebnisse der empirischen Erhebung

Das Ziel der empirischen Erhebung war, einen Überblick über die im Land Berlin durchgeführten Projekte gegen Rechtsextremismus der Jahre 2005 und 2006 zu gewinnen.

Auf die Ergebnisse der Untersuchung stützen sich die im letzten Teil der Studie formulierten Empfehlungen für die künftige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (Kapitel 4).

Es ist wichtig, diese Art der empirischen Erhebung deutlich von einer Programm- oder Projektevaluation zu unterscheiden. Evaluationen erfassen die Folgen von Projektarbeit unter dem Gesichtspunkt, inwieweit diese Folgen mit den vom Programm bzw. vom Projekt beabsichtigten Zielen übereinstimmen.¹⁰⁵ Eine solche zielbezogene Folgenabschätzung war mit der hier durchgeführten Erhebung nicht beabsichtigt.

Ausgangspunkt waren die Eigendefinitionen der Träger im Hinblick auf die Darstellung ihrer Projekte. Die Untersuchung differenziert darum nicht zwischen intendierten, deklarierten und faktisch gegen Rechtsextremismus arbeitenden Projekten.

(1) Es gibt Projekte, die als Projekte gegen Rechtsextremismus intendiert sind, d.h. Projekte, die ihre Zwecksetzung selbst in dieser Weise formulieren.

(2) Es gibt Projekte, die eine Förderung aus einem der Bundes- oder Landesprogramme gegen Rechtsextremismus erhalten und dadurch automatisch als Projekte gegen Rechtsextremismus deklariert werden.

(3) Es gibt Projekte, die soziales Lernen betreiben oder die beabsichtigen, die politische Urteilsfähigkeit bei den Teilnehmer/innen zu fördern. Solche Projekte arbeiten de facto dem Rechtsextremismus entgegen, auch wenn sie sich ggf. nicht in dieser Weise nach außen darstellen und keine Förderung aus den Anti-Rechtsextremismus-Programmen erhalten.

Mit der Erhebung sollte ermittelt werden, welche Arbeitsansätze verwendet werden, wie sich die Zielgruppen zusammensetzen und in welchen Stadtregionen die Projekte arbeiten. Die empirische Erhebung war damit als eine Vermessung aus der Vogelperspektive angelegt; im Mittelpunkt standen nicht einzelne Projekte, sondern die Projektlandschaft als Ganzes.

Für die Erhebung wurde in Abstimmung mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt ein Fragebogen entwickelt.¹⁰⁶

Die Fragen beziehen sich auf die folgenden Themenkomplexe: (1) Projekt und Träger, darunter auch Fragen zur Stadtregion, in der das jeweilige Projekt durchgeführt wurde, (2) Inhaltliche Projektausrichtung, (3) Schulprojekte, (4) Erreichte AdressatInnen, (5) Projektdauer, (6) Projektevaluation.

Bei der Formulierung der Items zur differenzierten Erhebung der Projektausrichtung (Themenkomplex 2) wurde auch die Fachliteratur herangezogen.¹⁰⁷

Aufgrund der oben skizzierten Zielstellung waren Fragen zur Finanzierung der Projekte nicht relevant. Infolgedessen können keine Aussagen gemacht werden, welche Projekte ganz oder teilweise aus Landesmitteln, aus Bundesmitteln oder von dritter Seite finanziert werden.

¹⁰⁵ Vgl. Helmut Kromrey: Evaluation - ein vielschichtiges Konzept. Begriff und Methodik von Evaluierung und Evaluationsforschung. Empfehlungen für die Praxis. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 24 (2001), Heft 2: 105-132; R. Stockmann (Hrsg.): Evaluationsforschung: Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen 2000. Vgl. als ein aktuelles Beispiel für eine Programmevaluation: Heinz Lynen von Berg/ Kerstin Palloks/ Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim, München 2007.

¹⁰⁶ Für wichtige Hinweise danken die Verfasser Ute Violet und Stephan Voß. Der Fragebogen ist vollständig im Anhang (Kapitel 6) wiedergegeben.

¹⁰⁷ Gestützt haben wir uns insbesondere auf die Ausführungen von Kurt Möller: Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vor dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegrationsprozessen (Expertise), Esslingen und Bielefeld 2002 (als Manuskript gedruckt)

Die Befragung erfolgte nicht anonym. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat die Erhebung mit einer Aktualisierung der Datenbank „PrävIS“ verbunden.¹⁰⁸ Infolgedessen war es erforderlich, den Namen des Projekts, Daten für eine Kontaktaufnahme zum Projekt sowie Name und Adresse des Trägers zu erheben (Fragen 1.1 bis 1.3, vgl. den Fragebogen im Anhang). Diese Daten werden - zusammen mit einer Selbstdarstellung des Projektes - in die Datenbank „PrävIS“ übernommen.

Die exakte Zahl der Projekte, die sich gemäß ihrer Eigendefinition gegen Rechtsextremismus richten, und die in den Jahren 2005 und 2006 im Land Berlin durchgeführt wurden, ist unbekannt. Da die Grundgesamtheit unbekannt ist, lassen sich auch keine quantitativen Angaben zum Verhältnis zwischen den in die Untersuchung eingegangenen und den existierenden Projekten machen.

Im Rahmen der Erhebung wurden 407 freie und öffentliche Träger, darunter die Berliner Projekte aus den drei Bundesprogrammen „Xenos“, „Civitas“ und „Entimon“ angeschrieben. Darüber hinaus wurden die zwölf Bezirksämter und alle Berliner Schulen einbezogen. Wir gehen davon aus, dass rd. 1.000 Schulen einen Bogen erhalten haben.¹⁰⁹

Für den vorliegenden Bericht wurden alle Bögen ausgewertet, die bis zum 19.1.2007 eingegangen waren. Dies waren insgesamt 319 Bögen. Knapp die Hälfte davon waren Fehlanzeigen (153 Bögen bzw. 48 % des Rücklaufs).

Vermutlich haben nicht alle der angeschriebenen Projektträger die Erhebungsbögen an die in ihrem Zuständigkeitsbereich arbeitenden Projekte weitergeleitet. Der Umfang des Rücklaufs erklärt sich weiter aus der Tatsache, dass sich nicht alle erreichten Projekte an einer solchen Untersuchung beteiligen wollten. Insbesondere wollten einige Projekte, die sich in starkem Maße als staats- und/ oder gesellschaftskritisch verstehen und ihren autonomen Status betonen, aufgrund von Kontrollbefürchtungen nicht teilnehmen.¹¹⁰ Für die folgende Auswertung wurden die 166 ausgefüllten Bögen zugrunde gelegt. Unter diesen 166 Projekten waren 75 Schulprojekte, d.h. Projekte, die an Schulen durchgeführt wurden.

Die Eingabe der Daten und ihre Auswertung erfolgte unter Nutzung des Statistik-Programms „SPSS“, Version 14.0. Für die nachfolgende Darstellung der Ergebnisse ist zu beachten, dass auch bei ausgefüllten Bögen nicht immer alle Fragen beantwortet wurden und somit die Zahl der auswertbaren Bögen je nach Frage variiert, sich aber durchschnittlich im Bereich um 160 bewegt.¹¹¹ Da bei vielen Fragen Mehrfachnennungen zugelassen waren, addieren sich die Prozentwerte auf eine Summe von über 100 Prozent.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Erhebung in der Reihenfolge dargestellt, wie sie im Fragebogen erhoben wurden.

¹⁰⁸ <http://www.praevis.de/> (1.4.2007).

¹⁰⁹ Der Versand der Fragebögen erfolgte durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Wir danken Anne Elsner für die organisatorische Durchführung.

¹¹⁰ Mündliche Mitteilungen an die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus.

¹¹¹ Die Frage nach sozialräumlichen Arbeitsschwerpunkten, dargestellt in Postleitzahl-Bezirken wurde lediglich für 89 Projekte beantwortet.

3.1 Allgemeine Auswertung

3.1.1 Träger und Projekte

Angeschrieben wurden potentielle Träger von Projekten gegen Rechtsextremismus. Die Träger wurden gebeten, für jedes einschlägige Projekt einen Erhebungsbogen auszufüllen. Von den wenigen im Abschnitt 3.1.1 dargestellten Ergebnissen abgesehen, beziehen sich die Auszählungen auf die durchgeführten Projekte.

Sieht man von den Schulen ab, die für 43 Projekte Träger waren, so lässt sich folgende Rangliste zusammenstellen: Die meisten Projekte werden von gemeinnützigen Vereinen durchgeführt (67 von 165 Fällen), gefolgt von der öffentlichen Verwaltung mit 28 Projekten und von Bildungs- oder Fortbildungsträgern mit 25 Projekten. Sechs Träger verstehen sich als Migrantenorganisationen (3,8 % von 160 Fällen). 13 Projekte gelten als Fortbildungsprojekte im Sinne einer definierten beruflichen Weiterbildung (7,8 % von 158 Fällen).

Wo werden die Projekte durchgeführt?

Für eine genauere stadtgeographische Ermittlung der Durchführungsorte wurden die alten Bezirkseinteilungen verwendet. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Projekte verteilen sich ungleichmäßig auf die Stadt: Die Altbezirke Spandau und Wilmersdorf bilden mit jeweils drei Nennungen die Schlusslichter, während Mitte, Neukölln mit jeweils 23 Nennungen von 162 und Pankow mit 22 Nennungen an der Spitze liegen. Ein gutes Viertel der Projekte arbeitet berlinweit (46 bzw. 28,4 %).

Tabelle 3.1 Stadtgeographische Schwerpunkte der Projektdurchführung nach Alt-Bezirken

N = 162	Total
Mitte	23
Neukölln	23
Pankow	22
Lichtenberg	18
Kreuzberg	17
Prenzlauer Berg	16
Weißensee	16
Köpenick	15
Schöneberg	14
Wedding	14
Friedrichshain	13
Marzahn	12
Tiergarten	11
Reinickendorf	10
Treptow	10
Zehlendorf	10
Steglitz	8
Charlottenburg	7
Hellersdorf	7
Tempelhof	6
Hohenschönhausen	5
Spandau	3
Wilmersdorf	3
Berlinweit	46

Zu den kleinräumigen stadtgeographischen Schwerpunkten der Projektdurchführung mittels Postleitzahnnennung geben nur 89 Bögen Auskunft. Dabei treten drei Stadtgebiete hervor: Im Postleitzahl-Bereich 13086 (im Altbezirk Weißensee) werden neun Projekte durchgeführt, acht Projekte laufen im Bezirk 13187 (in Pankow) und sieben Projekte im Bereich der Postleitzahl 10405 (in Prenzlauer Berg).

3.1.2 Inhaltliche Projektausrichtung

Zur Auswahl standen 20 inhaltliche Beschreibungen, Mehrfachnennungen waren möglich.

Tabelle 3.2 Projektinhalte

N = 162		Total
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	60
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	42
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflexion eigener Fremderfahrungen etc.)	47
4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Betzavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	32
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	65
6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliques etc.)	42
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	12
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	27
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	7
10	Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	13
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	8
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	22
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	20
14	Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	14
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften)	38

16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. <i>Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes</i>)	11
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	11
18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	10
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	29
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)	25

Lesebeispiel: Von 162 Projekten gaben 60 „historische Bildung“ als Projektinhalt an.

Insgesamt wird am häufigsten die allgemeine „Kompetenzförderung“ als Projektansatz genannt, wie sie in Frage 2.1.5 des Fragebogens angesprochen worden war (65 Nennungen).

An zweiter Stelle liegt der Ansatz „historische Bildung“ mit insgesamt 60 Nennungen. Die dritthäufigste Nennung war die „Reflexion von Erfahrungen“ mit 47 Projekten. Es folgen Projektansätze zu „Deeskalationsmaßnahmen“ (42), „Vermittlung von Informationswissen“ (42) und „interkulturelle Projekte“ (38), „Demokratieerziehung“ (32), „Materialerstellung“ (29), „Kultur- und medienpädagogische Konzepte“ (27) und „Sozialraum-Projekte“ (25).

Abschnitt 2.3 hat als eine wesentliche Facette des Problemfeldes Rechtsextremismus die „rechte Gewalt“ (PMK-rechts) behandelt. Hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte der untersuchten Projekte, fällt auf, dass nur sieben Projekte angeben, mit gewalttherapeutischen Ansätzen zu arbeiten.

3.1.3 Schulprojekte

Schulprojekte wurden in Frage 3 des Fragebogens als Projekte erläutert, „bei denen als Teilnehmerinnen und Teilnehmer primär Angehörige einer bestimmten Schule (ggf. auch deren Freunde oder Verwandte) angesprochen werden/wurden. Schulprojekte können von Schülern oder von externen Trägern durchgeführt werden.“

75 Projekte wurden in diesem Sinne als Schulprojekte durchgeführt. Von diesen 75 an Schulen durchgeführten Projekten, wurden 43 von Schulen selbst organisiert, häufig in Kooperation mit anderen Trägern. 32 Projekte wurden von externen Trägern durchgeführt.

Die Projekte verteilten sich folgendermaßen auf die Schultypen:

- Gymnasium und Gesamtschule (jeweils 25)
- Grundschule und Hauptschule (jeweils 19)
- Realschulen (10)
- Berufsschule (7)
- Andere (6)
- Schulen mit Förderschwerpunkt (3)
- Sonderberufsschule (2)

Bei den Durchführungsorten liegen die Altbezirke Mitte und Neukölln mit jeweils zehn Schulprojekten an erster Stelle, gefolgt von Friedrichshain, Köpenick und Kreuzberg (jeweils 8) sowie Lichtenberg, Schöneberg und Zehlendorf (jeweils 7). 14 Projekte finden berlinweit statt.

Über die behandelten Projektinhalte gibt die folgende Tabelle Auskunft:

Tabelle 3.3 Inhalte der Projekte an Schulen

N = 72		Total
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	43
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	20
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflexion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	28
4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Betzavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	21
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	35
6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliques etc.)	25
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	5
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	16
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	6
10	Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	6
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	2
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	9
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	5
14	Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	3
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften)	11
16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes)	4
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	2
18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	5
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	12
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)	12

Lesebeispiel: 72 Projekte gaben Auskunft zu der Frage nach den behandelten Inhalten. Davon nannten 43 „Historische Bildung“ als Projekthalt.

Bei den Schulprojekten ist eine etwas andere Häufigkeitsverteilung der praktizierten Ansätze zu beobachten als bei den untersuchten Projekten insgesamt (vgl. Tabelle 3.2). An erster Stelle finden sich hier mit 43 Nennungen Projekte zur historischen Bildung, der zweithäufigste Ansatz (mit 35 Nennungen) betrifft die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und an dritter Stelle steht die teilnehmerorientierte Erfahrungsreflexion zum Themenkomplex (28). Es folgen: Deeskalationsmaßnahmen (25), Anwendung ausgearbeiteter Modelle zur Demokratie- und Toleranz-erziehung (21) und Vermittlung von einschlägigem Informationswissen (20).

Projekte zur historischen Bildung und zum allgemeinen sozialen Lernen führen hier (wie bei den untersuchten Projekten insgesamt) das Feld an, wobei die historische Bildung bei den Schulen der am häufigsten genannte Ansatz ist. Betrachtet man alle untersuchten Projekte, so steht - wie oben dargestellt - das soziale Lernen an erster Stelle.

Die Projekte richteten sich vor allem an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (51 Nennungen), gefolgt von der Sekundarstufe II (32) und der Primarstufe (19). Insgesamt wurden dabei mit offenen Maßnahmen rund 23.400 Schülerinnen und Schüler erreicht, an Projektarbeit in festen Gruppen beteiligten sich ca. 7.200 Personen (vgl. auch Abschnitt 3.2.3).

3.1.4 Erreichte Adressatinnen und Adressaten

Wer sind die tatsächlich erreichten Adressatinnen und Adressaten der Projekte?¹¹²

Am häufigsten wurden Schülerinnen und Schüler als Zielgruppe genannt (92 Projekte), gefolgt von Jugendlichen (65 Projekte). Da diese beiden verwendeten Fragekategorien teildientische Gruppen definieren, lässt sich festhalten, dass in ganz überwiegendem Maße mit jungen Leuten gearbeitet wurde. An dritter Stelle steht die Zielgruppe der Pädagogen (56 Projekte).

Lediglich 17 Projekte nennen Auszubildende als Zielgruppe, bei gerade mal sechs Projekten stehen sie als Zielgruppe an erster Stelle. Nur elf Projekte befassen sich mit gewaltorientierten Jugendlichen. Sie bilden nur für drei Projekte die Zielgruppe mit der höchsten Priorität. Mit „Aussteigern“ aus rechtsextremen Kreisen arbeitete kein Projekt, das an der Erhebung teilgenommen hat. Bei insgesamt sieben Projekten wurden Opfer von rechter Gewalt oder von Diskriminierungen als Zielgruppe angegeben. 36 Projekte gaben (mit unterschiedlicher Priorität) an, dass zu den von ihnen erreichten Adressaten Migranten gehören.

An dieser Stelle lässt sich ein Bezug zu den Befunden herstellen, wie sie in Abschnitt 2.3.1.5 zu den Urhebern und den Opfern von rechter Gewalt dargestellt worden sind. Der Komplex rechter Gewalt spielt bei der Zielgruppenausrichtung der Projekte insgesamt eine vergleichsweise geringe Rolle. Sowohl die Tätergruppen, also bildungsarme und gewaltorientierte junge Leute, wie die Opfergruppen werden von relativ wenigen Projekten angesprochen.

¹¹² Zu dieser Frage waren Mehrfachnennungen und die Angabe einer Rangfolge möglich. Beantwortet haben diese Frage insgesamt 163 Projekte. Allerdings haben nur wenige die erbetenen Priorisierungen vorgenommen. Deshalb wurde bei der Darstellung auf diese Differenzierung verzichtet und stattdessen alle Nennungen unabhängig von einer Rangeinstufung der Befragten addiert.

Tabelle 3.4 Adressatinnen und Adressaten

N = 163		Total
1	bestehende Initiativen, Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus	36
2	Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich in der Auseinandersetzung mit dem Problemkomplex Rechtsextremismus engagieren	26
3	Vereine, VereinsmitarbeiterInnen	18
4	PolitikerInnen (Bund, Land, Bezirk)	15
5	JournalistInnen, PR-Beauftragte etc.	9
6	Angehörige pädagogischer Berufe (Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen)	56
7	Eltern und Erziehungsberechtigte	33
8	jugendliche MultiplikatorInnen	43
9	rechtsextrem bzw. gewaltorientierte junge Leute	11
10	AussteigerInnen aus der rechtsextremen Szene	0
11	Jugendliche	65
12	SchülerInnen	92
13	Auszubildende/ TeilnehmerInnen an Maßnahmen der Berufsvorbereitung	17
14	Opfer rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer oder antisemitischer Gewaltakte oder Diskriminierungen	7
15	Beschäftigte bei der Justiz	3
16	Beschäftigte bei der Polizei	7
17	Beschäftigte in der Öffentlichen Verwaltung	11
18	Arbeitgeberverbände	0
19	Gewerkschaften	0
20	Religionsgemeinschaften	5
21	Kulturgemeinschaften	4
22	Migranten	36

Lesebeispiel: 36 von 163 Projekten gaben „bestehende Initiativen“ als eine ihrer Adressatengruppen an.

Alter der Zielgruppen

160 Projekte haben Angaben zum Alter der Zielgruppen gemacht. Die hierbei meistgenannte Zielgruppe sind die Jugendlichen, also die 14- bis 18-Jährigen, gefolgt von den Heranwachsenden, den 18- bis 21-Jährigen. An dritter Stelle wurden die 10- bis 14-Jährigen angeführt, also die älteren Kinder. Die nachfolgende Tabelle listet die Angaben zu den einzelnen Altergruppen auf:

Tabelle 3.5 Zielgruppen nach Alter

N = 160	
unter 10 Jahren	20
10-14 Jahre	58
14-18 Jahre	109
18-21 Jahre	75
21-25 Jahre	46
25-60 Jahre	43
über 60 Jahre	19
altersunabhängig	30

Feste Gruppe oder offenes Publikum und Teilnehmerzahlen

Mit festen Gruppen arbeiten 102 Projekte, ohne feste Gruppen arbeiten 64 Projekte (n=162). Vier Projekte gaben an, sowohl mit als auch ohne feste Gruppen zu arbeiten.

87 Bögen geben über die Anzahl der festen Gruppen Auskunft, mit denen das Projekt jeweils arbeitet. Mit einer oder zwei festen Gruppen arbeiten 40 Projekte (46 %), mit drei bis zehn festen Gruppen arbeiten 33 Projekte (37,9 %), mit elf bis 20 Gruppen arbeiten acht Projekte (9,2 %). Mit über 20 festen Gruppen arbeiten sechs Projekte (6,9 %). Dabei sind die Gruppengrößen mit elf bis 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (15 Nennungen, 35,7 %) und 21 bis 30 Personen (33,3 %) am häufigsten vertreten.

Die Teilnehmerzahl an Projekten mit fester Gruppenarbeit wurde im Fragebogen nicht direkt abgefragt. Die Multiplizierung der genannten Gruppenanzahl mit der durchschnittlichen Gruppengröße ergibt für die Jahre 2005 und 2006 eine Teilnehmerzahl von insgesamt 16.545.

Mit offenen Maßnahmen wurden in den beiden Untersuchungsjahren 166.927 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

Geschlechtszusammensetzung der Zielgruppe

94,9 % (150 von 158 Fällen) gaben an, mit einer geschlechtsgemischten Zielgruppe zu arbeiten, 3,2 % (5) richteten sich an Mädchen bzw. Frauen und nur 1,9 % (3) an Jungen bzw. Männer.

Geschlechtsreflektierender Ansatz

Von 156 Projekten behandelt ein knappes Drittel (30,8 %) in der Projektarbeit ausdrücklich geschlechtsspezifisches Rollenverhalten.

Mehrheit-/Minderheiten in den Zielgruppen

Von 153 Projekten rechnen 24 Projekte (14,5 %) vor allem Angehörige von gesellschaftlichen Minderheiten zu ihren Zielgruppen; 27 Projekte (16,3 %) arbeiten mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Die weit überwiegende Zahl der Projekte arbeitet mit Zielgruppen, die hinsichtlich der Mehrheit - Minderheitenfrage gemischt zusammengesetzt sind (102 bzw. 61,4 %).

Benachteiligte Teilnehmer

47 von 153 Projekten (30,7 %), die diese Frage beantwortet haben, arbeiten mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die im rechtlichen Sinne als sozial benachteiligt und individuell beeinträchtigt gelten; 106 Projekte (69,3 %) haben diese Frage verneint.

3.1.5 Anzahl der Projekte und Projektdauer

Projekte im Erhebungszeitraum

Die Frage nach den Durchführungszeiträumen unterschied zwischen Projekten, die an Schulen durchgeführt wurden und anderen Projekten. Insgesamt äußerten sich 158 Projekte.

In den Schuljahren 2004/2005, 2005/2006 und 2006/2007 liefen 47, 60 und 47 Projekte an Schulen. 76 andere Projekte wurden im Kalenderjahr 2005 durchgeführt, 81 Projekte im Jahr 2006.

Projektdauer

Über die Gesamtdauer des jeweiligen Projektes gaben 138 Bögen Auskunft. Die folgende Tabelle zeigt die große Bandbreite der Gesamtlauzeit.

Tabelle 3.6 Gesamtprojektlauzeit

N = 138	
bis zu 1 Woche	17
bis zu 4 Wochen	12
bis zu 1/2 Jahr	14
bis zu 1 Jahr	14
bis zu 5 Jahren	52
länger als 5 Jahre	29

Zum Zeitpunkt der Erhebung liefen 119 Projekte weiterhin, nur 41 Projekte waren bereits abgeschlossen.

3.1.6 Projektevaluation

162 Projekte haben auf die Frage geantwortet, ob sie evaluiert werden bzw. bereits evaluiert wurden. Dies trifft auf 122 Projekte zu. Von diesen unterziehen sich 102 Projekte einer internen und 37 einer externen Evaluation. Dabei werden 18 Projekte sowohl intern wie extern evaluiert. 40 Projekte wurden nicht evaluiert (24,7 %).

Gefragt wurde auch nach dem Evaluationstyp. 76 Projekte geben an, es handle sich um eine Wirkungsevaluation, bei 78 Projekten wird der Prozessverlauf des Projektes evaluiert. Wie bei der ersten Frage gab es auch hier Projekte, die unter beiden Perspektiven evaluiert wurden (insgesamt 33).

3.2 Auswertungen zu speziellen Aspekten

Der folgende Auswertungsteil analysiert die Daten hinsichtlich mehrerer Zielgruppen, die von den Projekten in der Frage 4.1 („Welche Adressatinnen und Adressaten werden bzw. wurden durch ihr Projekt tatsächlich erreicht?“) genannt wurden. Hier interessiert vor allem die Frage, welche Projekt- und Inhaltsformen für diese Gruppen angeboten wurden, wo diese Projekte durchgeführt wurden und welche Gruppenzusammensetzungen sie ansprachen. In den meisten Fällen liegen allerdings nur geringe Fallzahlen vor, die kaum inhaltvolle Aussagen erlauben.

3.2.1 Zielgruppe Auszubildende

Zunächst zu einigen Ergebnissen zu den Projekten, die mit Auszubildenden arbeiteten. Insgesamt 17 Projekte gaben an, mit Auszubildenden als Zielgruppe zu arbeiten (vgl. oben Abschnitt 3.1.4).¹¹³

Die stadtgeographische Verteilung zeigt, dass in den Altbezirken Mitte (5), in Köpenick (4) und Lichtenberg (4) und in Pankow (3) die meisten dieser Projekte angesiedelt waren; berlinweit arbeiteten vier Projekte.

Auch bei den Angaben zu den inhaltlichen Schwerpunkten waren Mehrfachnennungen möglich. Die meisten Nennungen entfielen auf „Förderung allgemeiner Kompetenzen“ (11), „Reflexion von Erfahrungen“ (10) und „Demokratieerziehung“ (7).

Das Alter dieser Teilnehmergruppe liegt mehrheitlich zwischen 14 und 21 Jahren (jeweils 14), gefolgt von der allgemein drittstärksten Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen (10).

Geschlechtsgemischte Teilnehmergruppen dominierten hier mit 15 Nennungen, ein Projekt arbeitete geschlechtshomogen mit jungen Frauen, ein weiteres nur mit jungen Männern.

In ihrer Arbeit behandelten sieben Projekte geschlechtsspezifisches Rollenverhalten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von zehn Projekten galten als sozial benachteiligt. Nicht benachteiligte Lehrlingsgruppen spielten damit bei den Zielgruppen eine geringere Rolle. Der „durchschnittliche Auszubildende“ als Teilnehmer stand eher neben dem hauptsächlichen Wirkungsfeld der untersuchten Projekte.

Über die Hälfte der 17 Projekte hatten eine Laufzeit zwischen ein und fünf Jahren (9), zwei Projekte liefen länger als fünf Jahre.¹¹⁴

3.2.2 Zielgruppe rechtsextrem und gewaltorientierte Jugendliche und junge Erwachsene

Mit dieser Zielgruppe arbeiteten insgesamt 11 Projekte (vgl. Tabelle 3.4).

In den Altbezirken Neukölln liefen drei Projekte, die als Zielgruppe rechtsextrem bzw. gewaltorientierte junge Leute benennen, in Kreuzberg, Lichtenberg, Mitte und Schöneberg jeweils zwei Projekte. Zwei weitere Projekte arbeiteten bezirksübergreifend.¹¹⁵

¹¹³ Zu vielen Fragen des Fragebogens war Mehrfachantworten möglich, so dass sich die Zahlenangaben auf eine höhere Summe als die Ausgangszahl von 17 Projekten addieren.

¹¹⁴ Die Angaben der Projekte zu den Laufzeiten übersteigen teilweise die Dauer von regulären Ausbildungen. Das lässt die Vermutung zu, dass von den befragten Projekten unter „Laufzeit“ nicht die Dauer der kontinuierlichen Arbeit mit einer identischen Personengruppe verstanden wurde, sondern die Laufzeit von gewissermaßen institutionalisierten Projekten als solchen, die mit wechselnden Teilnehmern arbeiteten.

¹¹⁵ Bei den stadtgeographischen Angaben waren Mehrfachnennungen möglich, so dass sich eine höhere Summe als die elf Projekte ergibt.

Sechs Nennungen entfielen jeweils auf die „Förderung allgemeiner Kompetenzen“ und die „Historische Bildung“, gefolgt von der „Reflexion von Erfahrungen“, „Körperorientierten Konzepten“ und „Interkulturellen Projekten“ mit jeweils fünf Nennungen.¹¹⁶

Das Alter der Teilnehmer lag hauptsächlich zwischen 14 und 18 Jahren (11) und 18- bis 21 Jahren (9).

Zehn von elf Projekten beantworteten die Frage nach der Zusammensetzung der Teilnehmergruppen; davon arbeiteten acht mit geschlechtsgemischten Teilnehmergruppen und zwei geschlechtshomogen nur mit jungen Männern.

Geschlechtsspezifische Rollenbilder berücksichtigten sechs von elf Projekten.

Acht Projekte arbeiteten mit Teilnehmern, die im rechtlichen Sinne als sozial benachteiligt galten.

Drei der elf Projekte haben eine Laufzeit von ein bis fünf Jahren, zwei Projekte laufen über fünf Jahre.¹¹⁷

3.2.3 Die meistgenannte Zielgruppe: Jugendliche (inkl. und exkl. der Schulprojekte)

Die am häufigsten genannte Zielgruppe sind Jugendliche. Dies führt zu den Fragen, wer wo und wie mit dieser Gruppe gearbeitet hatte.

Bei den Trägertypen, die Jugendliche allgemein ansprachen, überwiegen gemeinnützige Vereine mit 29 Nennungen von 65 deutlich vor der öffentlichen Verwaltung mit 16 Projekten. Lässt man die Schulprojekte außer Acht, verstärkt sich dieses Bild: Von 44 Projekten werden 27 von gemeinnützigen Vereinen durchgeführt.

Projekte mit Jugendlichen wurden in nördlichen und östlichen Altbezirken relativ am häufigsten durchgeführt.

¹¹⁶ Auch bei den Angaben zu den inhaltlichen Schwerpunkten waren Mehrfachnennungen möglich.

¹¹⁷ Die teilweise relativ langen Laufzeiten der Projekte lassen auch hier vermuten, dass von den befragten Projekten unter „Laufzeit“ nicht die Dauer der kontinuierlichen Arbeit mit einer identischen Personengruppe verstanden wurde, sondern die Existenzdauer von gleichsam institutionalisierten Projekten als solchen, die im Laufe der Zeit mit wechselnden Teilnehmern arbeiteten.

Tabelle 3.7 Projekte nach Stadtregionen

Stadtregionen	Jugendliche inkl. Schulproj.	Jugendliche exkl. Schulproj.
N =	65	44
Charlottenburg	3	1
Friedrichshain	5	4
Hellersdorf	3	2
Hohenschönhausen	2	3
Köpenick	8	2
Kreuzberg	5	5
Lichtenberg	5	9
Marzahn	6	3
Mitte	12	4
Neukölln	9	6
Pankow	12	6
Prenzlauer Berg	12	3
Reinickendorf	5	1
Schöneberg	7	4
Spandau	2	0
Steglitz	3	1
Tempelhof	3	3
Tiergarten	7	1
Treptow	6	2
Wedding	5	4
Weißensee	13	2
Wilmerdorf	1	0
Zehlendorf	2	2
Berlinweit	17	19

Lesebeispiel: Von 65 Projekten (inkl. der Schulprojekte), die Jugendliche als eine Zielgruppe nennen, werden drei Projekte u.a. in Charlottenburg durchgeführt.

Als Projektinhalt bei Schulprojekten führt die historische Bildung mit Abstand (Tabelle 3.8). Für Jugendliche außerhalb von Schulen werden interkulturelle Austauschprojekte am häufigsten genannt (13 von 44 Nennungen); jeweils 11 Projekte nannten auch die Erstellung von Lehrmaterialien und die Vermittlung von Informationswissen.

Tabelle 3.8 Inhaltliche Projektausrichtung für die Zielgruppe „Jugendliche“ inkl. bzw. exkl. der Projekte an Schulen

		Jugendliche inkl. Schulproj.	Jugendliche exkl. Schulproj.
N =		65	44
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	32	7
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	14	11
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflexion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	21	8

4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. <i>Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus</i> , <i>"Betzavta"</i> , <i>"Achtung + Toleranz"</i> etc.)	17	3
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. <i>Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme</i> etc.)	28	9
6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. <i>konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliquen</i> etc.)	16	7
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	9	1
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. <i>Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen</i>)	17	2
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. <i>Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich</i> etc.)	3	1
10	Partizipationsförderung (z.B. <i>Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen</i>)	6	3
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. <i>Plakataktionen, Unterschriftenaktionen</i> etc.)	5	2
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	11	6
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	9	9
14	Beratungsprojekte (<i>Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern</i>)	4	9
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. <i>Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften</i>)	20	13
16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. <i>Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes</i>)	4	6
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	5	5
18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	3	3
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	12	11
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. <i>Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement</i> etc.)	16	3

Lesebeispiel: Von 65 Projekten (inkl. der Schulprojekte), die Jugendliche als eine Zielgruppe nennen, geben 32 Projekte an, historische Bildungsangebote zum Nationalsozialismus zu machen.

Tabelle 3.3 („Inhalte der Projekte an Schulen“) stellt Ergebnisse auf Basis von 72 Schulprojekten dar. In Tabelle 3.8 werden hingegen nur 21 Schulprojekte (65 inklusive Schulprojekte abzüglich 44 ohne Schulprojekte) erfasst. Dieser Unterschied entsteht, weil Tabelle 3.3 die Projektdurchführung an Schulen wiedergibt und Tabelle 3.8 nur die Angaben der Projekte erfasst, die als Zielgruppe „Jugendliche“ benannt haben.

Vergleicht man die Projekte für die Zielgruppe Jugendliche inklusive der Schulprojekte mit den Projekten ohne die Schulprojekte hinsichtlich des Alters der jeweiligen Zielgruppen, zeigt sich ein leichter Unterschied. Erstgenannte geben eine Altersspanne von 10 bis 25 Jahren an. Hier dominiert die Gruppe der 14- bis 18-Jährigen mit 56 Nennungen. Bei den Projekten ohne Schulprojekte liegt die Altersspanne der Zielgruppen bei 14 bis 60 Jahren mit einem Schwergewicht auf der Altersgruppe der 25- bis 60-Jährigen. Diese große Spanne ergibt sich daraus, dass die Projekte mehrere Zielgruppen genannt haben und sich die Altersangaben auf alle genannten Zielgruppen beziehen. Zielgruppenspezifische Aussagen waren hier nicht möglich.

Dagegen ist die Verteilung bezüglich der Zielgruppenzusammensetzung nach Geschlecht ähnlich: 91,9 % (57 von 62) aller Projekte für Jugendliche und 90,7 % (39 von 43) der Projekte außerhalb von Schulen arbeiten mit geschlechtsgemischten Zielgruppen. Auch kommt der überwiegende Teil der Jugendlichen sowohl aus der gesellschaftlichen Mehrheit als auch aus der Minderheit (71,2 % bzw. 64,3 %). Mit sozial benachteiligten Teilnehmerinnen und Teilnehmern arbeiten 24 von 60 Projekten und nur 9 von 41 Projekten außerhalb von Schulen.

Über die Laufzeiten der Projekte mit der Zielgruppe Jugendliche gibt die folgende Tabelle Auskunft.¹¹⁸

Tabelle 3.9 Anzahl der Projekte nach Laufzeit

Anzahl der Projekte nach Laufzeit N =	Jugendliche inkl. Schulproj. 60	Jugendliche exkl. Schulproj. 37
bis eine Woche	6	1
1 Woche bis 1 Monat	8	2
1 Monat bis 1/2 Jahr	8	2
1/2 Jahr bis 1 Jahr	9	2
1 bis 5 Jahre	17	20
über 5 Jahre	12	10

Lesebeispiel: 6 von 60 Projekten (inkl. der Schulprojekte), die Jugendliche als eine Zielgruppe nennen, geben eine Projektlaufzeit von bis zu einer Woche an (10 %).

Die unterschiedlichen Angaben zu den Laufzeiten der Projekte spiegeln das weite Spektrum der Projektkonzeptionen: Manche Projekte sind als Tagesveranstaltungen konzipiert, andere arbeiten über einen längeren Zeitraum. Offensichtlich sind nicht wenige Projekte regelrecht institutionalisiert und existieren seit Jahren.

3.2.4 Zielgruppe Opfer

Nur sieben Projekte richteten sich an „Opfer rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer oder antisemitischer Gewaltakte oder Diskriminierungen“. Diese Projekte wurden von gemeinnützigen Vereinen (2), Schulen, der öffentlichen Verwaltung oder einer Stiftung (je eine Nennung) durchgeführt. Bei der inhaltlichen Ausrichtung zeichnete sich keine Tendenz ab, bis auf „körperorientierte Konzepte“ erhielt jede der Kategorien eine bis vier Nennungen.

¹¹⁸ Auch hier gilt die Erläuterung der Fußnote 12.

Tabelle 3.10 Inhalte von Projekten für Opfer

N = 7		Opfer
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	1
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	2
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflektion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	3
4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Betzavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	4
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	3
6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliquen etc.)	2
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	0
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	2
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	1
10	Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	2
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	1
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	2
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	3
14	Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	4
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften)	3
16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes)	2
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	1
18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	2
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	2
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)	3

Lesebeispiel: Eines von 7 Projekten für die Zielgruppe Opfer behandelt „Historische Bildung“.

3.2.5 Zielgruppe Migranten

Der stadtgeographische Schwerpunkt der Projektdurchführung für Migranten lag mit acht von insgesamt 36 Nennungen im Altbezirk Neukölln, gefolgt von Köpenick, Kreuzberg und Weißensee mit jeweils sechs Nennungen; berlinweit agierten elf Projekte. Hierbei engagierten sich mit Abstand vor allem gemeinnützige Vereine (18).

Tabelle 3.11 Inhalte der Projekte für Migrantinnen und Migranten

N = 36		Migrantinnen und Migranten
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	6
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	10
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflektion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	14
4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Bet-zavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	11
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	19
6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliques etc.)	12
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	5
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	7
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	4
10	Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	6
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	3
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	10
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	8
14	Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	9
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften)	15
16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes)	4
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	6

18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	3
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	13
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)	13

Lesebeispiel: Von 36 Projekten für Migrantinnen und Migranten lassen sich sechs Projekte inhaltlich u.a. der historischen Bildung zuordnen.

Bei den Projekthaltungen überwiegt die Förderung allgemeiner Kompetenzen (19 Nennungen von 36 Fällen), gefolgt von der Thematisierung von Interkulturalität (15) und der Reflexion von Erfahrungen (14). Auch gaben 13 Projekte an, sozialraumorientiert zu arbeiten.

3.2.6 Arbeitsansatzbezogene Auswertung

Neben der Frage nach den Zielgruppen als solchen ist die Frage von Interesse, welche Projektinhalte in der Arbeit mit Zielgruppen angeboten werden, die für das interventionsbedürftigste Problem des Rechtsextremismus, nämlich die rechte Gewalt, in besonderer Weise relevant sind. Die folgende Tabelle 3.12 zeigt, welche Inhalte die Projekte behandeln, die mit vier besonderen Zielgruppen, nämlich mit relativ bildungsarmen Zielgruppen (Hauptschüler, Auszubildende und Berufsschüler) sowie mit gewaltorientierten Jugendlichen arbeiten. Diese Zielgruppen wurden ausgewählt, da auf diese Bevölkerungsgruppen die Akte rechter Gewalt in einem überdurchschnittlichen Maße zurückgehen.

Tabelle 3.12 Projekte für spezielle Zielgruppen nach Inhalten

N =		Gewaltorient. Jugendl.	Auszubildende	Berufsschüler	Hauptschüler
		11	17	7	18
1	Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	6	5	2	7
2	Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	4	5	3	6
3	Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflexion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	5	10	5	9
4	Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzförderung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Betzavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	4	7	4	7
5	Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	6	11	3	7

6	Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliquen etc.)	4	5	2	3
7	Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	5	2	0	1
8	Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	3	5	3	6
9	Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	2	1	1	3
10	Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	1	2	1	2
11	Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	0	1	0	0
12	Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	3	2	2	5
13	Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	1	1	1	4
14	Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	2	0	1	2
15	Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nicht-christlichen Religionsgemeinschaften)	5	5	2	5
16	Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes)	2	1	1	1
17	Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	1	1	0	0
18	Politische Antidiskriminierungsarbeit	1	0	0	1
19	Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien	5	5	2	6
20	Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)	4	4	2	5

Lesebeispiel: Von elf Projekten, die mit gewaltorientierten Jugendlichen arbeiten, bieten sechs Projekte u.a. historische Bildung an.

Aus der Außensicht auf das Problemfeld und auf das Spektrum der verschiedenen Projektansätze sind - ausgehend von dem besonderen faktischen und symbolischen Stellenwert des Gewaltproblems - die folgenden inhaltlichen Arbeitsansätze in besonderer Weise sachdienlich:

Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (Item 6)

Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik (Item 7)

Gewalttherapeutische Ansätze mit auffällig oder straffällig gewordenen Personen (Item 9)

Beratungsprojekte (hier: Arbeit mit potentiellen Aussteigern) (Item 14)

Sozialraumbezogenes Projekt (Item 20)

Darüber hinaus sind zwei weitere Ansätze in der Arbeit mit den genannten Zielgruppen für das Themenfeld Rechtsextremismus spezifisch:

Vermittlung von Informationswissen (Item 2)

Teilnehmerorientierte offene Reflexion von Erfahrungen (Item3)

Die tabellarische Übersicht verdeutlicht, dass die mit den jeweiligen Zielgruppen am häufigsten praktizierten Ansätze in zwei Fällen tatsächlich themenspezifisch ausgerichtet sind: Für die Arbeit mit der Zielgruppe Berufsschüler und mit der Zielgruppe Hauptschüler wird die teilnehmerorientierte offene Reflexion von einschlägigen Erfahrungen am häufigsten angegeben (5 bzw. 9 Nennungen). Für die Zielgruppen der gewaltorientierten Jugendlichen werden als häufigste Projektinhalte die historische Bildung zum Nationalsozialismus und die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen (jeweils sechs Nennungen) angegeben. Für die Gruppe der Auszubildende steht gleichfalls die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen an erster Stelle (11 Nennungen); an zweiter Stelle folgt für diese Zielgruppe mit 10 Nennungen die themenspezifische offene Teilnehmerreflexion.

Diese Übersicht ruft einmal in Erinnerung, dass bestimmte Zielgruppen von den Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus deutlich weniger erreicht werden als andere. Gewaltorientierte Jugendliche und relativ bildungsarme Zielgruppen (Auszubildende, Berufsschüler und Hauptschüler) werden relativ wenig erreicht.

Wenn sie erreicht werden, werden sie teilweise stärker mit Arbeitsansätzen erreicht, die für das Thema Rechtsextremismus nicht spezifisch sind, also etwa mit Projekten, die sich der Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen widmen (Item 5) oder sich mit der Bewertung vergangener Geschichte befassen (Item 1) (vgl. dazu auch den Exkurs in Abschnitt 4.2).

Inhaltliche Projektansätze, die sich speziell einer Bearbeitung der Gewaltproblematik widmen, werden durchaus praktiziert; sie haben jedoch teilweise eine geringere Relevanz als man dies bei der Arbeit mit diesen Zielgruppen erwarten könnte, die am stärksten als Urheber rechter Gewalt in Erscheinung treten.

Betrachtet man die stadtgeographische Verteilung der Projekte für diese vier Zielgruppen und vergleicht diese Ergebnisse mit der tatsächlich ermittelten Gewaltbelastung der einzelnen Stadtregionen, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 3.13 Projekte für spezielle Zielgruppen nach Stadtregion und Gewaltbelastung

	gewaltorient. Jugendliche	Auszubildende	Berufsschüler	Hauptschüler
N =	10	17	7	19
Charlottenburg	0	1	1	2
Friedrichshain	0	2	0	0
Hellersdorf	0	2	0	3
Hohenschönhausen	0	1	0	0
Köpenick	0	4	0	1
Kreuzberg	2	1	0	2
Lichtenberg	2	4	0	4
Marzahn	1	2	0	2
Mitte	2	5	0	3
Neukölln	3	2	1	3
Pankow	0	3	0	5
Prenzlauer Berg	1	1	0	1
Reinickendorf	0	2	0	0
Schöneberg	2	2	2	2
Spandau	0	0	0	1
Steglitz	0	1	1	1
Tempelhof	1	1	0	1
Tiergarten	1	2	0	0
Treptow	1	1	0	1
Wedding	1	1	0	2
Weißensee	0	1	0	2
Wilmerdorf	0	0	0	1
Zehlendorf	0	0	0	3
Berlinweit	2	4	5	5

Lesebeispiel: Keines der 10 Projekte mit gewaltorientierten Jugendlichen, die auf die Frage nach dem Durchführungsort geantwortet haben, wird im Altbezirk Charlottenburg durchgeführt.

Obwohl die Stadtregionen Prenzlauer Berg und Friedrichshain mit die meisten Tatorte rechter Gewalt in den letzten Jahren aufweisen, schlägt sich dieser Befund nicht in einem dem Problem entsprechenden Maße auf die Angebote für die problemrelevanten Zielgruppen nieder. Die ebenfalls stark belasteten Stadtregionen Lichtenberg und Neukölln orientieren sich hinsichtlich der Projektausrichtung etwas stärker an diesen Zielgruppen.

3.3 Bewertung der Ergebnisse

Die Ergebnisse des empirischen Teils gelten für die Projekte, die an der Erhebung teilgenommen haben. Diese Teilnahme war freiwillig und - wie dargestellt - nicht anonym. Von einigen Projekten ist bekannt, dass sie sich aus grundsätzlichen Erwägungen oder aus der Furcht vor förderungsrelevanter Kontrolle nicht an der Erhebung beteiligen wollten. Einzelne Hinweise lassen vermuten, dass nicht von allen angeschriebenen Bezirksämtern und Trägern die Erhebungsunterlagen an die in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich in Frage kommenden Projekte weitergeleitet wurden.

Die fehlende Anonymisierung wie die Verteilung der Fragebögen über die Bezirksämter, die großen Träger und Institutionen hatten Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft und den Umfang des Rücklaufs: Nicht alle Projekte konnten erreicht werden, nicht alle Projekte wollten sich beteiligen.

Die hier vorgelegte Vermessung der Berliner Projektlandschaft in den Jahren 2005 und 2006 lässt sich insgesamt charakterisieren als eine vielgestaltige und bunte Informations- und Bildungsarbeit zum Themenfeld Rechtsextremismus. Die beeindruckende Breite der Arbeitsansätze ist der Tabelle 3.2 zu entnehmen. Zwei Arbeitsansätze werden indes relativ wenig genannt: (1) Körper- und bewegungsorientierte Konzepte innerhalb von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik und (2) gewalttherapeutische Ansätze. Diese Ansätze zielen auf das Gewaltproblem und damit auf das zentrale Problem des Rechtsextremismusfeldes. Sie rangieren gleichwohl unter den am wenigsten genannten Arbeitsansätzen. Als Indikator eines besonderen Veränderungsbedarfes ist die Tatsache zu werten, dass hierbei gewalttherapeutische Arbeitsansätze mit lediglich sieben Nennungen an letzter Stelle stehen.

Der Eindruck einer großen Fülle von Projekten und Ansätzen bei gleichzeitiger Vernachlässigung hochrelevanter Komplexe verstärkt sich, wenn man die Angaben zu den Adressaten der Projekte heranzieht (Tabelle 3.4):

Einmal geht aus dieser Tabelle hervor, dass wiederum der Gewaltkomplex relativ wenig vertreten ist: Sieben Mal geben Projekte an, mit Opfern von physischer Gewalt bzw. von Diskriminierung zu arbeiten, in elf Projekten (von 163) arbeitet man mit rechtsextrem bzw. gewaltorientierten jungen Leuten. Sie bilden nur für drei Projekte die Zielgruppe mit der höchsten Priorität.

Hinsichtlich der Zielgruppen von Projekten gegen Rechtsextremismus gilt für Berlin, dass die relativ bildungsarmen Gruppen zu wenig erreicht werden. Von den 163 Projekten geben 17 an, mit Auszubildenden oder Teilnehmern an berufsvorbereitenden Maßnahmen zu arbeiten. Bei lediglich sechs Projekten stehen sie als Zielgruppe an erster Stelle.

Nur elf Projekte befassen sich mit „rechtsextrem bzw. gewaltorientierten jungen Leuten“. Keines der an der Untersuchung beteiligten Projekte arbeitet mit Personen, die aus rechtsextremen Kreisen aussteigen möchten.

Nicht zuletzt die innovative Studie des Berliner Verfassungsschutzes zu rechter Gewalt in Berlin hat verdeutlicht, dass rechte Gewalt (wie alle körperbezogenen Delikte) ein territoriales Phänomen darstellt: Einmal wurden Gewaltdelikte im Umkreis von Wohnorten der Tatverdächtigen und der Täter begangen, zum anderen waren bestimmte Stadtregionen deutlich stärker belastet als andere. Vor dem Hintergrund der Existenz derartiger stadtgeographischer Problemzonen fällt es auf, dass von 162 Projekten lediglich 25 einen Sozialraumbezug aufweisen und damit einen festen Bezug zu Kiezen und Quartieren haben.

Von zehn Projekten, die mit gewaltaffinen jungen Leuten arbeiten, liegen Angaben zum stadtgeographischen Ort der Durchführung vor (Tabelle 3.13). Hier fällt auf, dass etwa in Friedrichshain kein Projekt und im Prenzlauer Berg lediglich ein Projekt genannt wird. Beide Altbezirke gehören zu den mit am stärksten gewaltbelasteten Bezirken. Etwas besser stellt sich die Situation in Lichtenberg (zwei Projekte) und in Neukölln (drei Projekte) dar:

Aus den im dritten Teil der vorliegenden Studie dargestellten Schwerpunkten der bisherigen Projektarbeit und den in zweiten Teil erarbeiteten Problemdiagnosen lassen sich nun Empfehlungen für eine künftige problemspezifische Förderungspolitik formulieren.

4 Empfehlungen

Den Empfehlungen wird zunächst eine Diagnose vorangestellt, die sich auf vier Ebenen bezieht: Einmal die inhaltliche Seite der Projekte, wie sie für die Studie erhoben worden ist. Zum zweiten wird auf Spannungen eingegangen, die zwischen dem Programmanspruch einer Rechtsextremismusbekämpfung und einer großen Zahl der Projekte bestehen, deren Arbeitsansätze für eine Bekämpfung des Rechtsextremismus unspezifisch sind. Drittens wird auf die institutionell-organisatorische Seite hingewiesen und damit das Verhältnis der Projekte im Berliner Landesprogramm zu den Projekten thematisiert, die aus dem Bundesprogramm gefördert werden, sowie zu den Angeboten, die als Regelangebote der Jugendförderung und der Schulen existieren. Abschließend werden einige Aufgaben formuliert, die auch in Zukunft aus Landesmitteln gefördert werden sollten.

4.1 Gegenwärtige Projektlandschaft und Veränderungsmöglichkeiten

In den Ergebnissen der empirischen Erhebung dokumentiert sich ein breites Angebot an Projekten und inhaltlicher Ansätzen. In Berlin haben die „Projekte gegen Rechtsextremismus“ nach eigenen Angaben in den Jahren 2005 und 2006 mehr als 180.000 Personen erreicht.

Betrachtet man die Verteilung der Projekte auf verschiedene Zielgruppen, so bestätigen sich die Diagnosen, die von verschiedenen Beobachtern auch für andere Programme erstellt wurden.¹¹⁹

Mit bildungsärmeren Zielgruppen wird relativ wenig gearbeitet (Tabelle 3.4). Mit rechtsextrem orientierten und gewaltaffinen Gruppen wird relativ wenig gearbeitet. Rechtsextremismus hat in Berlin, das war ein Ergebnis des zweiten Kapitels, deutliche stadtregionale Schwerpunkte. Auf Basis der untersuchten Projekte kann festgestellt werden, dass für einige Ortsteile und Bezirke die Zahl der Projekte in einem asymmetrischen Verhältnis zur Problemdichte steht.

Dies gilt etwa für Friedrichshain, wo (jedenfalls auf Basis der durchgeführten Erhebung) kein Projekt mit gewaltaffinen jungen Leuten arbeitet, und für Prenzlauer Berg. Obwohl dieser Altbezirk zu den am stärksten gewaltbelasteten Stadtregionen gehört, wird dort (jedenfalls auf Basis der durchgeführten Erhebung) lediglich ein Projekt mit gewaltorientierten Jugendlichen durchgeführt (vgl. Tabelle 3.13).

Die Veränderungsmöglichkeiten bei den Zielgruppen, bei den praktizierten Arbeitsansätzen und bei der sozialräumlichen Schwerpunktsetzung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus werden im Folgenden anhand einer Differenzierung von Präventionskonzepten dargestellt. Wie im zweiten Teil begründet, stellt der Komplex rechter Gewalt die gravierendste Provokation staatlicher Politik dar. Das Gewaltproblem formuliert gleichsam die intensivste Handlungsaufforderung. Mit dem deutlichen Anstieg der rechten Gewalt vom Jahr 2005 zum Jahr 2006 hat sich dieser Interventionsimperativ verstärkt.

4.1.1 Präventionstypen

In den Fachdiskussionen zur Prävention wird häufig die Unterscheidung zwischen drei Typen oder Stufen der Prävention verwendet. In einer griffigen Formel lassen sich die drei Funktionen und Zielgruppen mit Peter Friese folgendermaßen unterscheiden:

„1. *Primäre* Prävention. Hierbei versucht man direkt, grundlegend ursächliche Faktoren sozialer Probleme anzugreifen. Man versucht, die generellen Lebensbedingungen einer Teilbevölkerung oder eines lokalen Gemeinwesens zu beeinflussen. Dieser Einsatz zielt auf *alle* ab.

¹¹⁹ Vgl. auch die gleichen Befunde aus der Evaluation des Civitas - Programms Heinz Lynen von Berg/Kerstin Palloks/ Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim München 2007, S. 327, 340.

2. *Sekundäre* Prävention. Wenn es nicht gelingt, günstige Lebensbedingungen für alle zu schaffen (primäre Prävention), dann muss man versuchen, die Entwicklung sozialer Probleme bei besonders gefährdeten Gruppen oder in gefährdeten lokalen Milieus zu verhindern. Dieser Einsatz zielt auf *Risikogruppen* ab.

3. *Tertiäre* Prävention. Wenn es nicht gelingt, die Entstehung sozialer Probleme bei allen Individuen in einer Risikogruppe zu verhindern, dann muss man versuchen, die existierenden sozialen Probleme am Wachsen bzw. am Chronischwerden zu hindern. Dieser Einsatz zielt auf *Individuen oder Gruppen* ab.¹²⁰

Der formelle Charakter dieser Einteilung erlaubt es, sie für verschiedene Problembereiche zu verwenden: Rechtsextremismus, Drogen, Alkohol, Gesundheit etc.. Bezogen auf das Problemfeld Rechtsextremismus würde dies bedeuten:

Primäre Prävention zielt auf Personen und Gruppen ohne Auffälligkeiten, die man in einem allgemeinen, d.h. eben unspezifischen Sinne stärken möchte, um ihrem Auffälligwerden vorzubeugen.

Sekundäre Prävention bedeutet im Feld des Rechtsextremismus die Arbeit mit Gruppen, die als besonders problematisch gelten, also etwa mit rechtsextrem orientierten und gewalt-affinen jungen Männern mit relativ niedrigem Bildungsniveau.

Tertiäre Prävention wäre die Arbeit mit Personen, die bereits mit einschlägigen Straftaten aufgefallen sind und bei denen es nun um eine Vermeidung von Rückfällen geht.

Das Gros der Projekte praktiziert inhaltliche Arbeitsansätze, die sich der primären Prävention zuordnen lassen. So stehen soziales Lernen und die Stärkung von allgemeinen interkulturellen Kompetenzen in keinem spezifischen Verhältnis zum Rechtsextremismus. Auch die Bildungsarbeit zum historischen Nationalsozialismus wird systematisch missverstanden, wenn von ihr spezielle Effekte gegen Rechtsextremismus erwartet werden (vgl. Abschnitt 4.2).

Zu prüfen wäre für eine künftige Förderungspolitik, inwieweit die Arbeit im Sinne einer sekundären und tertiären Prävention auszubauen ist. Im derzeitigen Verhältnis von Projekten dominiert die Primärprävention.

4.1.2 Sekundäre Prävention

Im Rahmen einer dezidiert als sekundäre Prävention definierten Programmschiene wäre die Arbeit mit Gruppen von rechtsextrem und gewaltbereit orientierten jungen Männern zu fördern. Die empirische Untersuchung zeigt, dass bildungsarme Gruppierungen von jungen Leuten als Zielgruppen von Projekten bislang ebenso relativ wenig an Projekten gegen Rechtsextremismus teilnehmen wie Gruppen mit hoher Gewaltaffinität. Folgt man dem skizzierten Präventionsmodell mit seinen problemgruppenspezifischen Ansätzen, bestünde hier Veränderungsbedarf.

Die Befunde zu den Gewalttätigkeiten (vgl. Abschnitt 2.3.1.5) zeigen deutlich, dass rechte Gewalttaten in nahezu allen Bezirken und Ortsteilen registriert worden sind. Ebenso deutlich aber lassen sich zu gegebenen Zeiträumen stadtgeographische Schwerpunkte identifizieren. Dies ist das zentrale Argument für eine stärkere Förderung von sozialräumlich angelegten Projekten, die sich gezielt an die Klientel wendet, die eine hohe Nähe zu Gewaltpraktiken hat und stärker als andere als fremdenfeindlich gilt.

Es wird also zu prüfen sein, inwieweit sozialräumlich angelegte Projekte mit solchen Gruppen stärker als bisher gefördert werden können, die als rechtsextrem Orientierte identifizierbar sind wie auch mit solchen Gruppen, die darüber hinaus durch eine Gewaltpraxis charakterisiert sind. Auf der sozialräumlich lokalen Ebene, der Arbeit also in den Stadtteilen, sollte es darum gehen, den Zustrom weiterer Kinder und Jugendlicher in rechtsextrem orientierte Szenen zu verringern.

¹²⁰ Peter Friese: Milieuarbeit - Begriffe und Methoden, in: Kirsten Ebbe/ Peter Friese (Hrsg.): Milieuarbeit. Grundlage präventiver Sozialarbeit im lokalen Gemeinwesen, Stuttgart 1989, S. 39-63, S. 48.

Dies scheint nur möglich, wenn die offene Jugendarbeit und die aufsuchende Jugendarbeit Angebote machen, die selbst milieubildenden Charakter haben, d.h. wenn sie Sozialräumlichkeit als ein Arbeitsprinzip praktizieren. Lothar Böhnisch, Professor für Sozialpädagogik, hat in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit gesprochen, „offene Milieus“ zu fördern, in denen zwischen Individualität und Kollektivität eine Balance herrscht und der Respekt vor der Integrität aller Personen gewahrt wird.¹²¹

Auch in den wissenschaftlichen und fachlichen Bewertungen der mit dem Jahr 2006 zu Ende gegangenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus ist darauf hingewiesen worden, dass die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Gruppen nach wie vor viel zu wenig durchgeführt wird. „Ohne Berücksichtigung der Täter verlieren sich präventive und Bekämpfungsmaßnahmen in einem weiten Horizont gesellschaftspolitischer Betrachtungen.“¹²²

Im Vergleich mit den 1990er Jahren hat hier nach dem Jahr 2000 eine Entwicklung eingesetzt, die letztlich auf eine Entspezifizierung der Auseinandersetzung hinauszulaufen scheint: Bewusst hat man die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Gruppen zurückgestellt und stattdessen auf eine „Stärkung der Zivilgesellschaft“ gesetzt. Häufig wurde dieser Kurswechsel auch als ein Paradigmenwechsel bezeichnet. Letztlich haben zu dieser Schwerpunktverlagerung der Fördermittel aber nicht fachliche Einsichten geführt - dann könnte man wirklich von einem Paradigmenwechsel sprechen. In den Entscheidungen über die Verteilung der Fördermittel haben sich lediglich andere politische Kräfte durchgesetzt.

Die Arbeit mit jugendlichen rechtsextremen Szenen wird seit Jahren von verschiedener Seite kritisiert. Dabei lassen sich die öffentlichen, häufig polarisierenden Positionen von den in den fachlichen und wissenschaftlichen Arenen ausgetauschten Argumenten unterscheiden.

In den außerfachlichen Debatten (Stichwort: „Glatzenpflege auf Staatskosten“¹²³) wird vor allem aus Gründen einer politischen Feindschaft zum Rechtsextremismus die Arbeit mit rechtsextrem orientierten jungen Leuten weitgehend abgelehnt.¹²⁴ Nicht selten ist dabei auch der Denkfehler zu beobachten, dass man das Konzept der Arbeit unter Hinweis auf einzelne gescheiterte Fälle widerlegen zu können meint.

Die fachlichen und wissenschaftlichen Diskussionen verfahren differenzierter und machen zu Recht geltend, dass eine sozialpädagogische Arbeit ohne ein Arbeitsbündnis mit den Klienten kaum Aussichten auf Erfolg haben wird.¹²⁵

¹²¹ Lothar Böhnisch. Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung (1997) (2. Aufl.), Weinheim, München 1999, S. 280.

¹²² Werner Sohn: Rechtsextremismus als Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Eine kritische Einführung in die Dokumentation von Maßnahmen, Projekten und Konzepten, in: Kriminologische Zentralstelle KrimZ (Hrsg.): Bekämpfung des Rechtsextremismus. Konzepte, Programme, Projekte 2000-2005, Wiesbaden 2005, S. 5-23, S. 13.

¹²³ Diese polemische Formulierung geht auf eine Veröffentlichung zurück: Andreas Buderus: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn 1998. Vgl. aus fachlicher Sicht: Titus Simon/ Jürgen Elsässer: Glatzenpflege auf Staatskosten?! 10 Thesen zur akzeptierenden Jugendarbeit. in: Andreas Buderus/ Gerd Dembowski/ Jürgen Scheidle (Hrsg.): Das zerbrochene Fenster. Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr, Bonn 2001, S. 87-98.

¹²⁴ Vgl. als ein aktuelles Berliner Beispiel den Bericht: Musterbeispiel Weitlingkiez. Rechte Alltagskultur mitten in Berlin, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 72, 2006, H. 3, S. 28f.; erwähnt wird der „Sportjugendclub des Sozialarbeiters Peter Steger“, der „offensichtlich ohne Erfolg“ arbeite. Der Bericht belässt es bei derartigen pauschalen Behauptungen ohne sich der Frage zu stellen, wie der Sportjugendclub tatsächlich arbeitet und welche Erwartungen legitimerweise an Soziale Arbeit zu stellen sind. Die latente Vorstellung, dass die Arbeit eines einzigen Projektes den Charakter eines ganzen Stadtquartiers verändere, ist offensichtlich eine von außen herangetragene unrealistische Erwartung.

¹²⁵ Vgl. Peter Rieker: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit: Ansätze - Entwicklungen - Herausforderungen, in: Rudolf Egg (Hrsg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention, Wiesbaden 2006, S. 203-216.

Pointiert wurde der Unterschied zwischen einer politisch-gegnerischen und einer sozialpädagogischen - kooperativen Bearbeitung während einer Fachdiskussion von einem Praktiker auf den Punkt gebracht: „Ich plädiere also entschieden dafür, dass die Menschen mit diesen Jugendlichen arbeiten. Das geht nicht gegen ... Man kann nicht gegen Jugendliche arbeiten wie gegen einen 'Ismus'.“¹²⁶

Innerhalb der sozialpädagogischen Fachdiskussion ist nach wie vor unbestritten, dass ohne eine Anerkennung der Klienten und Maßnahmeteilnehmer eine Arbeit mit ihnen ebensowenig möglich ist wie eine Bearbeitung ihrer problematischen Haltungen und Verhaltensweisen. „Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Orientierungsmustern hat nur eine Chance, wenn sie dialogisch auf der Basis wachsender personaler Beziehungen zu den Jugendlichen erfolgt.“¹²⁷

Zudem lassen sich heute - auch aufgrund der zurückliegenden Debatten - mehrere, zwischenzeitlich entwickelte Ansätze in eine Arbeit mit den genannten Problemgruppen einbauen: Stefan Danner hat den missverständlichen Terminus der „akzeptierenden Jugendarbeit“ ersetzt durch die sachangemessene Bezeichnung einer „sozialräumlichen Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendcliquen“.¹²⁸ In diese Arbeit, die sich vor allem durch ihre indirekte und mittelfristige Anlage der Arbeit mit problematischen jungen Leuten auszeichnet, lässt sich etwa die „Verunsicherungspädagogik“ integrieren, wie sie von Eckart Osborg entwickelt worden ist.¹²⁹

Dazu können auch Elemente einer historisch-politischen Bildungsarbeit gehören, die vor- und nachbereitete, begleitete Besuche mit Gruppen junger Leute in den Lagern der NS-Diktatur mit einschließen kann.¹³⁰ Doch garantieren solche Exkursionen so wenig wie alle anderen Arbeitsansätze in der Pädagogik und der Sozialen Arbeit weder einen wie immer auch definierten „Erfolg“, noch sollten generell dem Besuch historisch belasteter Orte magische Wirkungen zugeschrieben werden.

Letztlich sind die politischen Entscheidungsträger hier gefordert, sich an den fachlichen und wissenschaftlichen Debatten zu der aufsuchenden Arbeit mit problematischen Gruppen zu orientieren und nicht an Bewertungen im öffentlichen Raum, die letztlich in politischer Gegner- und Feindschaft begründet sind.

4.1.3 Tertiäre Prävention

Im Rahmen einer Förderung von tertiärer Prävention sollte geprüft werden, inwieweit Projekte mit Verurteilten und im Jugendstrafvollzug einsitzenden Straftätern stärker gefördert werden können. Ziel wäre hier, bei den Tätern die Einsicht in ihre Verantwortung und in die Dynamiken des Zustandekommens von Gewaltstraftaten zu erreichen und auf diesem Wege die Rückfallquote zu reduzieren. Erfahrungen mit solchen Arbeitsansätzen wurden bereits auch in Berlin gemacht. In Brandenburg wird diese Arbeit seit 2002 durchgeführt.

¹²⁶ Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. (Hrsg.): Dokumentation der 1. Potsdamer Fachtagung: Ein Bündnis zwischen Bildung und Justiz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Berlin 2003, S. 132.

¹²⁷ Franz-Josef Krafeld: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/ Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz, Bonn 2001, S. 271-291, S. 288.

¹²⁸ Vgl. Stefan Danner: Was bedeutet "Akzeptanz" in der Pädagogik? in: Neue Sammlung 41 (2001), H. 3, S. 425-462.

¹²⁹ Vgl. u.a. Eckart Osborg: Akzeptierende Sozialarbeit mit Rechtsorientierten. Was kommt danach? in: Standpunkt: Sozial. Hamburger Forum für Soziale Arbeit 2002, H. 1, S. 34-41.

¹³⁰ Vgl. dazu die Erfahrungsberichte von Werner Nickolai zu Besuchen von Gedenkstätten des NS-Terrors: Werner Nickolai: Marko und die Folgen: ein Skinhead in Auschwitz, in: Neue Praxis 26 (1996), H. 2, S. 160-168; Werner Nickolai/ Henry Lehmann (Hrsg.): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen, Freiburg i.B. 2002.

Der Trägerverbund besteht dort aus der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Justizministerium Brandenburg, der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung und einem Freien Träger. Mittlerweile wird das Projekt auch in Mecklenburg - Vorpommern und in Sachsen - Anhalt durchgeführt.¹³¹

Grundsätzlich kommen hier sicherlich auch andere Arbeitsansätze in Frage.¹³² Entscheidend ist aber zunächst der politische Wille, die Arbeit mit den Zielgruppen sekundärer Prävention stärker und mit den Zielgruppen tertiärer Prävention intensiver zu fördern und dabei die Erfahrungen aus anderen Bundesländern nutzen zu wollen.

Die Prüfeempfehlungen dieses Abschnitts basieren auf der für diese Studie genutzten Datenzusammenstellung der Sicherheitsbehörden und der zivilgesellschaftlicher Träger sowie der eigenen Erhebung. Die auf dieser Datengrundlage erstellten internen Relationierungen zwischen verschiedenen Zielgruppen, Arbeitsansätzen und Stadtregionen sagen für sich allein genommen wenig aus über den tatsächlichen Bedarf, da die verwendeten Daten hinsichtlich der aktuellen konkreten Problemlagen nicht differenziert genug sind.

Für eine planungsbezogene Bedarfsermittlung und Bedarfsdefinition zu konkreten Sozialräumen sollten die Beobachtungen weiterer zivilgesellschaftlicher und institutioneller Akteure eingeholt werden (vgl. Abschnitt 4.4).

4.2 Negative Programmziele und ihre Implikationen

Abschnitt 2.1 hat deutlich gemacht, inwiefern Rechtsextremismus ein Thema ist, das aus historischen Gründen heute als ein besonderes Thema in der politischen Kultur Deutschlands behandelt wird. Realistisch betrachtet, dürfte es nach der Gewöhnung an die intensiven Programmaktivitäten nach „dem Aufstand der Anständigen“ im Jahre 2000 politisch kaum durchsetzbar sein, Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus als solche nicht weiter staatlich zu fördern. Mit einer solchen Anti-Ausrichtung von Programmen sind allerdings Implikationen, Erwartungen und schließlich auch Probleme verbunden, auf die im Folgenden kurz eingegangen wird.¹³³

Von Programmen, die als Gegenprogramme angelegt sind, die also ausdrücklich mit dem Ziel der Reduzierung von bestimmten Problemen aufgelegt werden, erwartet man im allgemeinen eine Spezifik der Problembearbeitung. Gegenprogramme sind damit als solche relativ eng an die jeweiligen Ausgangsprobleme gebunden, zu deren Reduzierung sie entwickelt worden sind. Von Gegenprogrammen erwartet man auf mittlere Sicht eine Reduzierung oder qualitative Abschwächung der Ausgangsprobleme.

¹³¹ Vgl. Ulrich Dovermann/ Ronald Hirschfeld: Lernort Knast. Ein Kooperationsprojekt zum Rechtsextremismus, in: Praxis Politische Bildung 9 (2005), H. 3, S. 188-194; Judy Korn/ Helmut Heitmann: Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt, hrsg. vom Archiv der Jugendkulturen, Berlin o.J. [2005]; Helmut Heitmann/ Judy Korn: Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt. Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Gewalttätern innerhalb des Jugendstrafvollzuges und Betreuung nach Haftentlassung, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) 17 (2006), H. 1, S. 38-44. Mittlerweile wurde das Projekt auch positiv evaluiert: Veronika Lukas/ Helmut Lukas: Evaluation des Modellprojekts "Präventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg". Abschlussbericht, Berlin 2007.

¹³² Vgl. etwa: Jürgen Körner: Wirksamkeit ambulanter Arbeit mit delinquenten Jugendlichen. Erste Ergebnisse einer vergleichenden Studie, in: ZJJ 17 (2006), H. 3, S. 267-275; Regine Drewniak/ Petra Peterich: Einige Anmerkungen zum so genannten Denkzeit-Training, in: ZJJ 17 (2006), H. 3, S. 275-278.

¹³³ Vgl. für Berlin: Günter Piening: Eindeutige Position des Berliner Senats gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus, in: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration (Hrsg.): Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Für eine Stadt der Vielfalt. Darstellung der Berliner Projekte des Landesprogramms (September 2006), Berlin 2006, S. 6f.

Ein gutes Beispiel für die Existenz solcher Erwartungen an Gegenprojekte (und darüber hinaus auch für deren Politisierung) ist die Diskussion um ein Projekt des Berliner Trägers „Olle Burg e.V.“ Die von diesem Träger praktizierte theaterpädagogische Arbeit mit deutsch-migrantisch gemischten Gruppen von jungen Leuten in Moabit wurde vom Träger wie von externen politischen Interessenvertretern explizit unter den Anspruch einer „Arbeit gegen Antisemitismus“ gestellt. Dabei dürften auch Gesichtspunkte einer Förderungswürdigkeit eine Rolle gespielt haben.

Nicht in allen Hinsichten schien das Projekt dem hohen Anspruch genügt zu haben, antisemitische Kommunikation unter den Teilnehmern nachhaltig zu reduzieren. Die politische Kritik, zu der auch eine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus gehörte, hatte sich aber genau auf diese weitgehende Erwartung gestützt: Als theaterpädagogisches Projekt einer regulären Jugendarbeit im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hätte das Projekt, wie einer der Kritiker formulierte, vermutlich keinen Anstoß erregt.¹³⁴

Mit der Auflage von Kontrastprogrammen verbinden sich fast notwendigerweise relativ enge und relativ hohe Erwartungen im Hinblick auf die Veränderungen der Ausgangsprobleme. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass man die Implikationen von Gegenprogrammen wirklich ernst nimmt. Soweit das Label „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt“ nur als ein politisches Signal gelten soll, kommen die spezifischen Implikationen von Gegenprogrammen nicht zur Geltung. Das Beispiel der Debatte um das Projekt von „Olle Burg“ hat indes gezeigt, dass der implizite Anspruch einer Wirksamkeit hinsichtlich der benannten Ausgangsprobleme für Interessierte aktivierbar ist. Evaluationen des bisherigen Landesprogramms bzw. der mit öffentlichen Mitteln geförderten Projekte würden vermutlich gleichfalls die Spannung zwischen dem Anspruch im Programmnamen und der Wirklichkeit der Projekte zu Tage fördern.

Das Beispiel „Olle Burg“ lässt sich verallgemeinern: Innerhalb der untersuchten Projekte gegen Rechtsextremismus überwiegen Projekte, deren Arbeitsansatz für das Ausgangsproblem unspezifisch ist. Dazu gehören insbesondere alle Ansätze, die individuelle Kompetenzen und soziales Lernen fördern, die auf die Befähigung zu einer gewaltreduzierten Konfliktaustragung ausgerichtet sind und darauf, den in der heutigen pluralisierten Gesellschaft gestiegenen Bedarf an Orientierungswissen zu erhöhen. Alle inhaltlichen Projektansätze, die sich auf die klassische Formel des Bildungstheoretikers Hartmut von Hentig bringen lassen „Die Menschen stärken, die Sachen klären“ gehören in diesem Sinne zu den Ansätzen, die für das Problemfeld Rechtsextremismus unspezifisch sind.¹³⁵

Die Sozialisation der jungen Generation in eine zivile Kultur, also die Internalisierung von Werten und der Respekt vor den moralischen und rechtlichen Normen der Moderne, sind Erfordernisse, die unabhängig von allen rechtsextremen Versuchen bestehen, eine andere Wertordnung zu propagieren oder durchzusetzen. Das gleiche gilt für Projekte, die mit interkulturellen Ansätzen arbeiten. Auch bei diesen Arbeitsansätzen handelt es sich um Aufgaben, die nicht von der Existenz des Rechtsextremismus abhängen und nur mittelbar auf ihn bezogen werden können.

Die Anlage als Gegenprogramm steht streng genommen in einer Spannung zu einem Großteil der Projekte, die mit Zielgruppen und Arbeitsansätzen arbeiten, die für Rechtsextremismus eher unspezifisch sind.

¹³⁴ Vgl. zu diesem Konflikt das Protokoll des Fachgesprächs "Möglichkeiten und Grenzen des Mediums 'Theater' in der politischen Jugendbildung am Beispiel des Theaterstücks 'Intifada - im Klassenzimmer?!'" am 6. Dezember 2006, veranstaltet vom Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration; Abgeordnetenhaus Berlin, Kleine Anfragen des Abgeordneten Alexander Ritzmann vom 9.5.2006 (Drs. 15/ 13496) und vom 27.6.2006, (Drs. 15/ 13607).

¹³⁵ Hartmut von Hentig: Die Menschen stärken, die Sachen klären. Ein Plädoyer für die Wiederherstellung der Aufklärung, Stuttgart 1985.

Zustimmungsfähige und auf allgemeine, positive Ziele hin orientierte Arbeitsansätze werden damit innerhalb eines Programmrahmens praktiziert, der wesentlich eine negative Ausrichtung hat.¹³⁶ Diese Konstellation muss nicht als Problem wahrgenommen werden, sie kann aber zu politischen Konflikten und zu vermeidbaren Imageschäden des Programms führen.

Exkurs

Ein Beispiel für unspezifische Arbeitsansätze: Historische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus

Speziell auf die historisch-politische Bildungsarbeit wird im Folgenden eingegangen, da man sich von der historisch-politischen Bildungsarbeit, genauer der Beschäftigung mit dem historischen Nationalsozialismus und seinen Verbrechen seit Jahren, zwei Effekte erhofft. Die Teilnehmer an einschlägigen Maßnahmen sollen erstens ihr kognitives Wissen über diese Zeit, ihre Voraussetzungen und ihre Folgen vergrößern. Zweitens wird - meistens implizit - erhofft, dass sie neben dem Wissenserwerb durch die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus auch eine zuvor nicht vorhandene moralische Kompetenz erwerben. Diese moralische Kompetenz soll in einer Zustimmung und Verteidigung der Werte und Normen bestehen, die speziell vom Nationalsozialismus negiert und systematisch ignoriert worden sind. Die heutige Beschäftigung mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus und Rassismus, mit nationalistischem Chauvinismus und Imperialismus soll zu dem Ergebnis einer Bejahung und Internalisierung von Toleranz, von Menschenrechten, pluralistischer Gesellschaft, Rechtsstaat und Demokratie führen.

Die Plausibilität und die immense Suggestionskraft, die seit Jahren von dieser zweiten Erwartung gerade auch in Programmen und Projekten gegen Rechtsextremismus ausgeht, liegt nicht in dieser Erwartung selbst begründet. Für eine unvoreingenommene Betrachtung ist es eher unwahrscheinlich, dass die Beschäftigung mit historischen, also nicht selbst erfahrenen und nicht korrigierbaren, extremen Menschenrechtsverletzungen zu der Überzeugung von der moralischen Richtigkeit der oben genannten Werte der zivilen Moderne führt. In aller Regel werden moralische Werte und sittliche Normen in verschiedenen Lebensphasen auf verschiedene Weise erlernt: Zunächst durch ein Lernen am gültigen Vorbild innerhalb einer von moralischen Regeln geprägten alltäglichen Praxis.¹³⁷ Die lebensgeschichtlich spätere Ausbildung des moralischen Urteilsvermögens und einer genuin moralischen Motivation vollzieht sich in Moralkonflikten und in der Austragung von Bewertungsverschiedenheiten anhand konkreter Fälle. Diesen Einsichten in die Psychologie der Moralentwicklung steht die Tatsache entgegen, dass man über die verbrecherische Bilanz des NS-Regimes schwerlich geteilter Meinung sein kann, anhand dieses historischen Falles also gerade kein produktiver Konflikt über denkbare moralisch legitime Alternativen möglich ist.¹³⁸

Die hohe Suggestionskraft, die sich gleichwohl nach wie vor mit einem solchen „Lernen aus dem Negativen“ verbindet, hat einen anderen Grund. Sie hängt mit einem ganz anders begründeten Ziel zusammen, nämlich der Selbstverpflichtung der Deutschen, sich an die in ihrem Namen begangenen historischen Massenmorde zu erinnern. Dieser zweite Begründungshorizont soll kurz erläutert werden (vgl. dazu auch Abschnitt 2.1).

¹³⁶ Vgl. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration (Hrsg.): Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Für eine Stadt der Vielfalt. Darstellung der Berliner Projekte des Landesprogramms (September 2006), Berlin 2006, S. 25. In dieser Selbstdarstellung heißt es: "Wir machen... Jugendtheater als Forum für Frieden und Gerechtigkeit - gegen Antisemitismus und Islamophobie!"

¹³⁷ Vgl. u.a. Gertrud Nunner-Winkler: Moral in der Politik - Eine Frage des Systems oder der Persönlichkeit? in: Hans-Ulrich Derlien/ Uta Gerhardt/ Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden 1994, S. 123-149.

¹³⁸ Vgl. Wolf Kaiser: Gedenkstätten als Lernorte? Ziele und Probleme. Tagung: Pädagogik in Gedenkstätten. Beiträge zur Fachtagung 12.-15. Oktober 2000 im Haus der Wannsee-Konferenz Berlin (www.ghwk.de/deut/tagung/kaiser.htm; letzter Zugriff 23.1.2007).

Die nationale Identität, das, was eine Nation zu einer besonderen macht, ist ihre Geschichte. Diese Geschichte lässt sich für Deutschland nicht schreiben, ohne auch an die NS-Zeit mit ihren Makroverbrechen zu erinnern. Die Begründung einer bleibenden Verpflichtung, der Opfer zu gedenken und sich der Verbrechen der eigenen Nation zu erinnern, bewegt sich im Umkreis der Frage nach der kollektiven Identität der Deutschen, nach ihrer eigenen Selbstdefinition und nach den Zuschreibungen und Wahrnehmungen des Auslands.

Im Umfeld dieser Identitätsfrage kann an der Verpflichtung zur Erinnerung nicht gezweifelt werden. Doch ist mit der Erläuterung dieses zweiten Horizonts zugleich auch begründet, warum diese Selbstverpflichtung zur Erinnerung in keinem zwingenden Verhältnis zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus stehen kann: Auch wenn es heute keine rechte Gewalt und keinen ideologischen Rechtsextremismus gäbe, würde diese nationale Pflicht zur Erinnerung bestehen. Diese Überlegung zeigt, inwiefern erst aus der Verbindung mit der nationalen Selbstverpflichtung zur Erinnerung die problematische Vorstellung einer immunisierenden Wirkung der Befassung mit dem historischen Nationalsozialismus ihre hohe Attraktivität bezieht.

Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass die Beschäftigung mit dem historischen Nationalsozialismus nach wie vor zu den Bildungsangeboten zu gehören hat, die öffentlich gefördert werden sollten. Doch sollte die historisch-politische Bildungsarbeit nicht als zentraler Bestandteil einer Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus missverstanden werden.¹³⁹ Annegret Ehmann, die langjährige Leiterin der „Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz“, hat diese Überlegung bündig formuliert: „Ich plädiere (...) dafür, den Geschichtsunterricht über Nationalsozialismus und Holocaust nicht mit Moral- und Werteerziehung zu überfrachten, sondern der Einübung kritischen Denkens mit dem Kantianischen Ziel der Befreiung aus dem Zustand der Unmündigkeit den Vorrang zu geben. Zur nachhaltigen Bearbeitung von aktueller Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilen gegenüber Ausländern und Flüchtlingen eignet die Geschichte des Holocaust sich nicht.“¹⁴⁰

Wertorientierungen werden – dies ergibt sich aus theoretischen Überlegungen wie aus den Reflexionen der Praktiker der Gedenkstättenpädagogik – in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht geschaffen, allenfalls verstärkt. „Wenn die Beschäftigung mit Geschichte als politische Bildung wirksam werden soll, muss sie sich auf Wertorientierungen beziehen können. Sie kann solche Wertorientierungen bestätigen oder in Frage stellen, aber nicht schaffen.“¹⁴¹

Pointiert hat der Sozialphilosoph Helmut Fleischer diesen Gedanken im Zusammenhang mit dem sog. Historikerstreit bereits vor 20 Jahren formuliert: „Wenn es immer wieder heißt, die Menschen von heute könnten oder sollten aus der vergangenen Geschichte etwas lernen, so wird sich bei genauerem Hinsehen doch erweisen, dass sie im Medium einer anderen Geschichte immer nur bekunden können, was sie in ihrer eigenen, selbst erlebten und selbst mitgemachten Geschichte an personalem und sozial-kommunikativem Vermögen erworben haben.“¹⁴²

¹³⁹ Vgl. zum Stand der Reflexion der historisch-politischen Bildungsarbeit: Norbert Reichling: Vom antifaschistischen Pathos zur "normalen" Bildungsarbeit? Probleme und Perspektiven für die historisch-politische Erwachsenenbildung, in: Heidi Behrens-Cobet (Hrsg.): Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten, Essen 1998, S. 223-238.

¹⁴⁰ Annegret Ehmann: Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung. Wo stehen wir - was bleibt - was ändert sich? in: Bernd Fechner/ Gottfried Köbler/ Till Liebertz-Groß (Hrsg.): "Erziehung nach Auschwitz" in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen, Weinheim, München 2000, S. 175-192.

¹⁴¹ Wolf Kaiser: Was kann die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zur politischen Bildung beitragen? in: Bernd Kammerer/ Anja Pröb-Kammerer (Hrsg.): recht extrem. de. Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Rechtsextremismus - Konzepte und Projekte der politischen und historischen Bildung, Nürnberg 2002, S. 54-62, S. 56.

¹⁴² Helmut Fleischer: Zur Kritik des Historikerstreits, in: APuZ 1988, H. 40/41, S. 3-14, S. 6.

4.3 Programme und Regelaufgaben, Zuständigkeiten und institutionelle Aspekte

Die hier als problemunspezifisch vorgestellten Ansätze zur Förderung der allgemeinen sozialen Kompetenz, der interkulturellen Kompetenz und der historisch-politischen Bildung sind selbstverständlich in hohem Maße legitim. Sie gehen inhaltlich auf die allgemeinen Ziele von Sozialisation, Erziehung und Bildung zurück, wie sie in den pädagogischen und schulbezogenen Fachdiskussionen positiv formuliert werden. Veranschaulichen lassen sich solche, für Erziehung und Bildung insgesamt gültige Zielbestimmungen anhand der positiv formulierten Ziele, wie sie die Kultusministerkonferenz für die Schulen 2002 beschlossen hat. Dort heißt es: „Die Schule soll

- Wissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermitteln,
- zu selbständigem, kritischem Urteil, eigenverantwortlichem Handeln und schöpferischer Tätigkeit befähigen
- zu Freiheit und Demokratie erziehen,
- zu Toleranz, Achtung vor der Würde des anderen Menschen und Respekt vor anderen Überzeugungen erziehen,
- friedliche Gesinnung im Geist der Völkerverständigung wecken,
- ethische Normen sowie kulturelle und religiöse Werte verständlich machen,
- die Bereitschaft zu sozialem Handeln und zu politischer Verantwortung wecken,
- zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft befähigen,
- über die Bedingungen der Arbeitswelt orientieren.“¹⁴³

Die Übernahme von allgemein gültigen Zielen und Arbeitsansätzen in Programme und Projekte, die ausdrücklich der Reduzierung eines bestimmten Problemkomplexes gewidmet sind, scheint auf den ersten Blick nicht bemerkenswert zu sein. Inwiefern, so könnte man fragen, sollte es denn problematisch sein, zustimmungsfähige und auf allgemeine, positive Ziele ausgerichtete Arbeitsansätze nun auch innerhalb eines Programms zu verfolgen, das einem spezifischen gesellschaftlichen Problemkomplex gewidmet ist? Und selbst wenn man eine reduzierte Passgenauigkeit zwischen Ausgangsproblemen und Projektzielen einzuräumen hätte, wäre das nicht „um der guten Sache willen“ in Kauf zu nehmen?

Die Probleme, die mit der Formulierung von allgemeinen positiven Demokratie- und Bildungszielen für Projekte innerhalb eines Programms verbunden sein können, das dezidiert zur Reduzierung eines spezifischen Problemfeldes aufgelegt wird, bewegen sich auf drei Ebenen:

Mit der Differenz zwischen dem Anspruch, Rechtsextremismus zu reduzieren, und der Realität einer allgemeinen Förderung personaler Bildung ist zunächst die Möglichkeit eröffnet, politisch motivierte Kritik am Programm im Ganzen wie an einzelnen Projekten zu formulieren. Der skizzierte Fall der Kontroverse um den Träger „Olle Burg e.V.“ ist dafür ein Beispiel (vgl. Abschnitt 4.2).

Zweitens führt die Konstruktion, allgemein gültige Ziele von Sozialisation, Erziehung und Bildung als Antwort auf die Herausforderung des Rechtsextremismus einzuführen auf der Ebene der grundsätzlichen Geltung von Wertorientierungen zu einer - freilich ungewollten - fragwürdigen Umkehrung: Personale Bildung, der Erwerb von individuellen Kompetenzen und von gegenwarts- wie vergangenheitsbezogenem Wissen haben nun nicht den Rang von selbstevidenten Werten und Zielen (sozial-)pädagogischer Arbeit; in der Logik eines Bekämpfungsprogramms werden sie zu bloßen Reaktionen und Instrumenten der Gefahrenabwehr zurückgestuft. Sie haben ihren Wert nicht in sich selbst, sondern sie erhalten ihn nach Maßgabe ihres Beitrags zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

¹⁴³ Vgl. Lutz R. Reuter: Erziehungs- und Bildungsziele aus rechtlicher Sicht, in: Hans-Peter Füssel/ Peter M. Roeder (Hrsg.): Recht - Erziehung - Staat. Zur Genese einer Problemkonstellation und zur Programmatik ihrer zukünftigen Entwicklung, Zeitschrift für Pädagogik 49 (2003), 47. Beiheft, S. 28-48.

Diese implizite und ungewollte Verkehrung auf der Ebene einer Wert- und Zielbestimmung dokumentiert sich in einer Entgrenzung des Präventionsdenkens über seinen legitimen Bereich hinaus, wie es in den letzten Jahren in den einschlägigen Fach- und Wissenschaftsdiskussionen problematisiert worden ist. Pointiert formuliert hat personale Bildung im Präventionsdenken keinen Eigenwert mehr, sie ist nur noch nach Maßgabe ihres Präventionsbeitrages zu legitimieren, d.h. zur Verhinderung oder Reduzierung eines gesellschaftlichen Übels.¹⁴⁴

Drittens schließlich spiegelt sich die hier zunächst auf der Ebene der Wert- und Zielbestimmung als solche dargestellte Problematik auch im Institutionellen wieder. Genau gesehen, arbeiten viele der untersuchten Projekte nicht nur mit Arbeitsansätzen, die - wie in Abschnitt 4.2 dargestellt - für das Ausgangsproblem Rechtsextremismus in dem genauen Sinne unspezifisch sind, dass sie etwa die zentrale Herausforderung der rechten Gewalt tatsächlich nicht bearbeiten. Darüber hinaus übernehmen solche Projekte de facto auch Aufgaben, die als Regelaufgaben in den Bereich der Schulen oder der Kinder- und Jugendhilfe fallen.

Diese Diagnosen verweisen auf grundsätzliche Erfordernisse einer Klärung von Aufgabenverteilungen und Zuständigkeitsklärungen zwischen den zeitlich befristeten Projekten einerseits, die - etwa innerhalb eines Landesprogramms - zu dem besonderen Thema Rechtsextremismus gefördert werden, und der Institution Schule und den Behörden andererseits, die für die Verwirklichung der im Kinder- und Jugendhilfegesetz (Sozialgesetzbuch VIII) formulierten allgemeinen Ziele zuständig sind.

Derartige Klärungen scheinen sowohl aus der Sicht des themenspezifischen Programms wie aus der Perspektive der Schulen und der Kinder- und Jugendförderung angebracht zu sein. Für die Förderung der problemspezifischen Projekte ergibt sich daraus die Chance, die Passgenauigkeit im Verhältnis zu den Ausgangsproblemen zu erhöhen und damit ggf. auch die Möglichkeit, Effekte zu erzielen (und später dokumentieren zu können), die sich im engeren Sinne als Wirkungen des Programms und seiner Projekte darstellen lassen.

Für die Schulen sowie die Kinder- und Jugendförderung könnte mit einer Vergewisserung ihrer Zuständigkeit für allgemeine Ziele die Möglichkeit verbunden sein, sich von überdehnten speziellen Output-Erwartungen zu entlasten und im eigenen Selbstverständnis wie in der öffentlichen Selbstdarstellung ihren genuinen Aufgaben nachzugehen.

Nachzudenken wäre in diesem Zusammenhang sicher auch über eine neu gewichtete Verteilung der Mittel zwischen Sonderprogrammen und Regelförderung.¹⁴⁵

Unabhängig von grundsätzlichen Bestimmungen des Verhältnisses zwischen Regelaufgaben und programmgeförderten Projektaufgaben ergeben sich hinsichtlich der oben vorgeschlagenen stärkeren Förderung von zielgruppenspezifischen und ausdrücklich präventions-orientierten Projekten (Abschnitt 4.1) Klärungs- und Veränderungsbedarf.

Eine die konkrete Arbeit gefährdende Spannung zwischen der Anlage als Projekt einerseits und den Zielgruppen bzw. dem Arbeitsansatz andererseits kann dann entstehen, wenn intensiver mit problematischen Gruppen bzw. mit Straftätern im Rahmen sekundärer und tertiärer Prävention gearbeitet wird (vgl. Abschnitt 4.1.2 und 4.1.3). Diese Art von Arbeit bedarf einer hohen Fachlichkeit und eines garantierten zeitlichen Kontinuums, da sie sich in hohem Maße als Arbeit mit gefährdeten und gefährdenden Personen vollzieht.

¹⁴⁴ Die umfangreiche Diskussion zur Dominanz von Präventivkonzepten in der Kinder- und Jugendpolitik kann hier nicht referiert werden. Vgl. dazu: Christian Lüders: Prävention und "Kinder stark machen": Zauberworte oder fachliche Prinzipien? in: BMFSFJ (Hrsg.): "Bevor es zu spät ist ...". Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten. Fachforum im Rahmen des Aktionsprogramms "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten", Bonn 1999, S. 10-29. Manfred Kappler: Prävention als Fetisch (in) der Jugendhilfe, in: Neue Kriminalpolitik 12 (2000), H. 2, S. 23-27; Thomas Freund/ Werner Lindner (Hrsg.): Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit, Opladen 2001.

¹⁴⁵ Vgl. u.a. Michael Kohlstruck: Der Doppelcharakter der rechtsradikalen Jugendkultur und das Kontinuitätsproblem in der Jugendarbeit, in: Wolfgang Benz/ Ute Benz (Hrsg.): Jugend in Deutschland. Opposition, Krisen und Radikalismus zwischen den Generationen, München 2003, S. 189-210.

Fachlichkeit bedeutet neben einer entsprechenden Fachausbildung und Berufserfahrung die Möglichkeit von Supervision, Erfahrungsaustausch und Fortbildung für die Mitarbeiter. Dies setzt entsprechende finanzielle Mittel voraus. Auf diese Anforderungen sollte sich eine künftige Förderpolitik einstellen. Studentische Mitarbeiter und engagierte, aber fachfremde Mitglieder der Zivilgesellschaft, wie sie für das Personal von etlichen Projekten typisch sind, wären hier fehl am Platz.¹⁴⁶ Die erforderliche zeitliche Garantie für den Aufbau von persönlichen Beziehungen zu den Klienten steht im Kontrast zu den organisatorischen Gesetzmäßigkeiten von Projekten als Vorhaben begrenzter Dauer und ungewisser Wiederbewilligungen.

4.4 Verfahrensempfehlungen

Es scheint sinnvoll zu sein, der künftigen Landesförderung von Projekten gegen Rechtsextremismus ein einheitliches Gesamtkonzept zu Grunde zu legen und sie von einer Stelle aus zu koordinieren.

Für ein einheitliches Konzept spricht die einfache Überlegung, dass angesichts knapper Mittel eine Prioritätensetzung wohl unumgänglich ist. Ein derartiges Konzept würde die Entscheidung im Einzelfall erleichtern und transparent halten. Möglichkeiten der Veränderung im Hinblick auf Probleme und Zielgruppen wurden oben (Abschnitt 4.1) skizziert.

Das Problemfeld Rechtsextremismus lässt sich - wie andere politische und soziale Problemkomplexe - erst dann sinnvoll bearbeiten, wenn es gleichsam „portioniert“ wird, d.h. also in eine Reihe eingrenzbarer Einzelbereiche aufgeteilt wird. Kapitel 2 dieser Studie hat einige Facetten des Problemfeldes Rechtsextremismus vorgestellt und dabei auch Verzerrungen und Entgrenzungen benannt, wie sie heute in den öffentlichen Diskussionen eine Rolle spielen.

Für die praktische Intervention sind Entscheidungen erforderlich, welche Bereiche innerhalb des Problemfeldes als besonders dringlich und förderungswürdig und welche Bereiche für weniger brennend und folglich nicht als förderungswürdig zu gelten haben. Eine Förderpolitik, die sich heute unspezifisch der „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ verschreibt, würde die Ausdifferenzierung des Feldes wie den heutigen Stand der komplexen Fachdiskussionen zu den verschiedenen Aspekten ignorieren und womöglich die Etablierung von ineffektiven Parallelstrukturen fördern.

Für eine zentrale Koordinierung sprechen die folgenden Überlegungen: Rechtsextremismus ist - wie im Abschnitt 2.3 gezeigt - ein Problemfeld mit einem spezifischen stadogeographischen Profil. Dies macht es erforderlich die Förderung von Projekten stadträumlich zu koordinieren. Diese Koordinierung sollte unter anderem die folgenden Aufgaben übernehmen: (1) Bedarfsermittlung aus Sicht anderer im jeweiligen Sozialraum agierender landesgeförderter Projekte, aus der Sicht der Schulen, der bezirklichen Jugendförderung und der Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sowie eventuell weiterer Aktivitäten im Rahmen von Landes- und Bundesprogrammen (etwa Quartiersmanagement oder „Soziale Stadt“) und der Polizei; (2) Bedarfsdefinition; (3) Konzeptionierung eines spezifisch sozialräumlich angelegten Sets von Interventionen; (4) Koordination von Fortbildung, Erfahrungsaustausch, prozessbezogener Evaluation und Dokumentation.

4.5 Schwerpunkte einer künftigen Förderung

Zwei Aufgabenbereiche sollten in Zukunft in besonderem Maße gefördert werden: Neben dem Gewaltkomplex sollten die Fortbildung, Beratung und Information von pädagogischem Personal in Erziehung und Bildung (Schulen, Kinder- und Jugendhilfe u.a.) sowie die Dokumentation, Information und Forschung zum Themenfeld Rechtsextremismus weiterhin feste Bestandteile der Förderung sein.

¹⁴⁶ Vgl. einen strukturell identischen Befund im Civitas - Programm: Heinz Lynen von Berg/ Kerstin Palloks/ Armin Steil: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim München 2007, S. 324.

Empfohlen wird, dem Gewaltkomplex die oberste Priorität einzuräumen und damit die Förderung insbesondere gezielt auf alle Arbeitszusammenhänge zu konzentrieren, die sich die Reduktion von Gewaltdelikten zum Ziel setzen oder andererseits die Opfer von rechter Gewalt unterstützen.

Gewaltstraftaten werden aus der Menge der Straftaten besonders herausgehoben, da sie in besonderer Weise eine Verletzung des zivilen Minimums darstellen. Zu Recht wurde - aus der Sicht der Kriminalprävention - darauf aufmerksam gemacht, dass die von der Polizei der PMK-rechts zugerechneten Phänomene ein weites Spektrum ausfüllen: Dazu gehören so unterschiedliche Handlungen wie das öffentliche Tragen eines T-Shirts mit verbotenen Symbolen, das öffentliche Leugnen der Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland bis hin zur Bildung einer terroristischen Vereinigung und zu Tötungsdelikten. Gewalt aber stellt eine besondere Herausforderung dar. „Eine Bedrohungslage ergibt sich im Wesentlichen durch Anwendung und Androhung von Gewalt. Dies zu verhindern muss die zentrale Idee der Bekämpfung des Rechtsextremismus sein.“¹⁴⁷

Die Reduzierung von Gewaltstraftaten und die Unterstützung von Opfern gehören zu den Zielen, die sich in der Bevölkerung - über die parteipolitischen Grenzen hinweg - einer hohen Zustimmung sicher sein können. Es ist eine unbestrittene Aufgabe staatlicher Gewalt, binnengesellschaftliche Gewaltakte zu unterbinden und die Opfer zu schützen. Unabhängig von allen Meinungskämpfen und divergierenden Zustimmungen zu aktuellen politischen Themen wie Zuwanderung und Integration, sollte diese Aufgabe mit allem Nachdruck unterstützt und ebenso in der öffentlichen Darstellung der Landespolitik unterstrichen werden.

Der zweite große Bereich einer Landesförderung sollte der Unterstützung von Multiplikatoren sowie den Informations- und Beratungsmöglichkeiten gelten, das Thema Rechtsextremismus gesellschaftlich zu diskutieren.

Zu den Aufgaben eines Landesprogramms sollte deshalb die thematisch einschlägige Unterstützung von pädagogisch tätigen Multiplikatoren in Schulen, Kinder- und Jugendhilfe gehören. Diese Aufgabe sollte bei den Institutionen angesiedelt werden, die für die Fortbildung von Lehrkräften und Sozialpädagogen/ Sozialarbeitern zuständig sind.

Als sinnvoll hat sich in den letzten Jahren erwiesen, Fortbildungen und Erfahrungsaustausch so zu organisieren, dass in einem hohen Maße der Bedarf der Betroffenen selbst und nicht die Konzepte der Fortbildner das Angebot bestimmen. Konzepte einer Fortbildung „on demand“ könnten verhindern, dass Angebote jenseits der pädagogischen Erfahrungen konzipiert werden. Zu prüfen wäre hier die neue Einrichtung eines Internet-Portals, auf dem ein Zugang zu relevanten Angeboten geboten wird.

Neben thematisch einschlägigen Angeboten für pädagogische Multiplikatoren sollte ein Landesprogramm auch in Zukunft kontinuierlich Einrichtungen unterstützen, die Informationen zur rechtsextremen Szene sammeln und archivieren. Der subkulturelle Charakter des aktionsorientierten Rechtsextremismus drückt sich auch darin aus, dass etwa die in der rechtsextremen Szene verwendeten Embleme und Symbole einem raschen zeitlichen Wandel unterworfen sind. Ohne eine dauerhafte Beobachtung dieses Mischfeldes von jugendkulturellen und politischen Elementen würden wichtige Informationen für die kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus fehlen. Derartige Dauerbeobachtungen fördern die Versachlichung des öffentlichen Diskurses über Rechtsextremismus und schaffen allen interessierten Bürgern eine Grundlage der Meinungs- und Willensbildung.

Ergänzend zu einer solchen Infrastruktureinrichtung sollten kontinuierlich offene Angebote der politischen Bildungsarbeit für ein allgemeines Publikum zum Themenfeld gefördert werden. Im Sinne der Förderung pluralistischer Diskurse sollten - wie bisher - neben der Landeszentrale für politische Bildung als staatliche Einrichtung auch freie Träger gefördert werden.

¹⁴⁷ Vgl. u.a. Sohn, Rechtsextremismus als Herausforderung (Anm. 4) S. 13.

5 Zusammenfassung in Thesen

Die vorliegende Studie hat das Ziel, Empfehlungen für die künftige Landesförderung von Projekten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu entwickeln. Im Zentrum steht dabei der Bereich der sozialpädagogisch angelegten und bildungsbezogenen Projekte.

In einem ersten Schritt zeigt die Studie, inwiefern Rechtsextremismus als Thema vor dem Hintergrund der Historie ein deutsches Identitätsthema ist. Der besondere Rang dieses Themas stellt den Rahmen für die aktuelle Behandlung der Ereignisse, Strukturen und Prozesse dar, die heute dem Rechtsextremismus als Problemfeld zugerechnet werden.

Das Problemfeld Rechtsextremismus stellt in der heutigen öffentlichen Diskussion ein Politikum dar. Die Tatsache, dass sprachlich nicht immer zwischen einem „Kampf gegen Rechts“ und einer „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ unterschieden wird, macht dies deutlich. Umstritten ist, welche Phänomene dem Problemfeld Rechtsextremismus zugerechnet werden.

Das uneinheitliche Verständnis von Rechtsextremismus bedeutet für die dieser Studie zugrundeliegende Frage nach legitimen und sachangemessenen Interventionen von staatlicher Seite, dass politisch über Prioritätensetzungen entschieden werden muss: Wo sind Interventionen dringend und wo sind sie weniger dringend erforderlich?

Die Studie geht davon aus, dass rechte Gewalt innerhalb des Problemfeldes Rechtsextremismus die größte Provokation für die zivile Gesellschaft und den demokratischen Rechtsstaat darstellt.

Die Studie stellt das Problemfeld Rechtsextremismus für Berlin anhand von zwei Indikatoren dar. Wie hat sich die „rechte Gewalt“ (PMK - rechts) entwickelt und wie verteilen sich die Wahlerfolge für rechtsextreme Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus bzw. zu den BVVs im September 2006?

Generell zeigt sich, dass rechte Gewalt wie die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien stadtgeographisch unterschiedlich verteilt sind. Für das Jahr 2006 lassen sich den Beobachtungen freier Träger wie der Polizei zufolge bestimmte Ortsteile bzw. Altbezirke als Gewaltschwerpunkte identifizieren. Ebenso existieren benennbare Regionen, in denen rechtsextreme Parteien überdurchschnittlichen Erfolg hatten. Nicht immer sind die stadträumlichen Schwerpunkte rechter Gewalt mit den Gebieten identisch, in denen in besonderem Maße rechtsextrem gewählt wurde.

In einem zweiten Schritt werden die erhobenen Daten zu den inhaltlichen Schwerpunkten, zu der stadtgeographischen Verteilung und zu den erreichten Zielgruppen von Projekten gegen Rechtsextremismus aus den Jahren 2005 und 2006 dargestellt.

Die Vielfalt der Ansätze und die hohe Zahl der erreichten Teilnehmer/innen (über 180.000) stehen im Kontrast zu der Tatsache, dass bildungsarme Zielgruppen und rechtsextrem orientierte und gewaltaffine Projektteilnehmer lediglich eine sehr kleine Minderheit sind.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass viele Projekte mit inhaltlichen Ansätzen arbeiten, die für das Problemfeld Rechtsextremismus, insbesondere den Gewaltkomplex, unspezifisch sind. Es dominieren die Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen (soziales Lernen, interkulturelle Kompetenz und dergleichen) sowie die historisch-politische Bildung.

Schließlich kann auch festgehalten werden, dass die in besonderem Maße mit rechter Gewalt belasteten Stadtregionen nicht immer auch die Durchführungsorte von Projekten gegen Rechtsextremismus sind.

Im dritten Schritt werden die Bestandsaufnahme zum Problemfeld Rechtsextremismus und die Vermessung der Projektlandschaft zusammengeführt. Die darauf basierenden Empfehlungen stellen für Projekte gegen Rechtsextremismus einmal das Modell der sekundären und tertiären Prävention in den Vordergrund: Die Arbeit mit problemauffälligen und bereits straffällig gewordenen Personen sollte stärker gefördert werden. Dadurch soll der weitere Zustrom bzw. die Rückkehr in die rechtsextrem orientierte Szene reduziert und damit das Problem rechter Gewalt reduziert werden. Ebenso sollten stärker Teilnehmer angesprochen werden, die ein relativ geringes formelles Bildungsniveau haben. Außerdem sollte mit sozialräumlichen Schwerpunktsetzungen bei der Projektförderung der Tatsache Rechnung getragen werden, dass einzelne Stadtregionen deutlich stärker als andere belastet sind.

Beibehalten werden sollte die Förderung von Projekten zur Unterstützung von Opfern rechter Gewalt sowie von Projekten, die rechtsextreme Entwicklungen dokumentieren. Gefördert werden sollten weiterhin bedarfsorientierte Angebote der Fortbildung von Multiplikatoren sowie weitere Angebote, die eine sachbezogene und informationsgestützte öffentliche Thematisierung des Problemfeldes Rechtsextremismus fördern.

Grundsätzlich zu überdenken ist das Verhältnis zwischen der Ausrichtung des Programms speziell auf den Rechtsextremismus und der Tatsache, dass bei den untersuchten Projekten Arbeitsansätze dominieren, die unspezifisch für dieses Problemfeld sind. Die am häufigsten von den Projekten verfolgten Ansätze sind inhaltlich auf allgemeine Bildungsziele ausgerichtet, wie sie zum Regelauftrag von Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe gehören und die auch unabhängig von der Herausforderung des Rechtsextremismus gefördert werden müssen.

6 Anhang: Fragebogen, Quellen, Literatur



TU Berlin
Zentrum für Antisemitismusforschung
Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus

**Fragebogen zu
Projekten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit,
Rassismus und Antisemitismus in Berlin 2005 und 2006**

Rücksendung bitte an

**TU Berlin, TEL 9-1
Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus
Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin**

**Im Falle von Rückfragen
wenden Sie sich bitte an:**

**Dr. Michael Kohlstruck
Tel. 314 25 838
michael.kohlstruck@tu-berlin.de**

Erfreulicherweise wurden in Berlin in den letzten Jahren sehr viele Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus durchgeführt (im Folgenden fassen wir der Einfachheit halber diese Aufzählung zusammen als "Projekte gegen Rechtsextremismus"). Leider existiert bislang kein Überblick über alle Maßnahmen. Zahlreiche Projekte sind nicht dokumentiert, so dass viele gute Ideen und Arbeitserfahrungen verloren gehen: Solange keine Kurzbeschreibungen und Kontaktmöglichkeiten zugänglich sind, recherchieren Interessierte vergeblich.

Am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin wird nun im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eine Untersuchung zu allen Berliner Projekten gegen Rechtsextremismus der Jahre 2005 und/ oder 2006 durchgeführt.

Diese Untersuchung soll einmal Aufschluss darüber erbringen, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten und Arbeitsansätzen im Land Berlin aktuell die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geführt wird, welche Zielgruppen erreicht werden, in welchen Stadtregionen sich Maßnahmen konzentrieren und wer die Träger der Maßnahmen sind. Die Antworten auf diese Fragen sollen dazu beitragen, Entscheidungen über künftige Schwerpunktsetzungen auf der Basis gesicherten Wissens treffen zu können.

Der Untersuchung geht es um eine Vermessung der Berliner Projektlandschaft im Ganzen, gewissermaßen also um einen Blick aus der Vogelperspektive – nicht um eine Bewertung von einzelnen Projekten oder Trägern und auch nicht um Fragen der Finanzierung von Projekten. Mit der Befragung ist keine Entscheidung über laufende Projekte verbunden.

Zum zweiten wird die Erhebung dazu genutzt, die Selbstdarstellung und die Vernetzung von Projekten zu fördern. Zu diesem Zweck sollen ausgewählte Projektinformationen in die Datenbank "PräviS" aufgenommen werden, die allen Interessierten im Internet zur Verfügung steht (<http://www.praevis.de>). Die datenschutzrechtlichen Vorschriften werden dabei strikt befolgt. Um Interessierten einen direkten Kontakt zu einzelnen Projekten zu ermöglichen, werden die Adressen der Projektträger und die Angaben benötigt, wie die Projekte zu erreichen sind.

Für jedes Projekt ist ein Fragebogen vorgesehen. Sollte Ihr Träger mehrere Projekte durchführen oder durchgeführt haben und sollten Sie deshalb weitere Fragebögen benötigen, können Sie diese gerne bei der Landeskommision Berlin gegen Gewalt anfordern (Frau A. Elsner, e-mail: anne.elsner@senbjs.verwalt-berlin.de; Tel. 9026-5256). Sie können natürlich auch einfach den vorliegenden Fragebogen kopieren.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und beantworten Sie die Fragen im anliegenden Erhebungsbogen. Die meisten Fragen können Sie rasch bearbeiten, indem Sie die für Ihr Projekt zutreffenden Antwortvorgaben in den grauen Feldern ankreuzen. In anderen Fällen sind nur einfache Zahlenangaben, ebenfalls in die grau unterlegten Felder, einzutragen.

Bitte beachten Sie, daß Frage 3 nur für Schulprojekte vorgesehen ist. Bei anderen Fragen werden Sie gebeten, sich auf eine Höchstzahl von Antworten zu beschränken oder die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten in die für das jeweilige Projekt relevante Rangfolge zu bringen, indem Sie "1", "2" oder "3" eintragen.

Sollten Sie Projekte gegen Rechtsextremismus kennen, die versehentlich keinen Fragebogen erhalten haben, sind wir für eine Rückmeldung an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Adresse wie oben) oder die direkte Weitergabe eines kopierten leeren Fragebogens dankbar. Aufgrund der unübersichtlichen Projektlandschaft in Berlin ist es auf der anderen Seite nicht auszuschließen, daß Sie mehr als ein Anschreiben erhalten. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung.

1 Projekt und Träger

1.1 Bitte notieren Sie den Namen bzw. die Bezeichnung des Projektes

1

1.2 Bitte notieren Sie – soweit vorhanden – die Kontaktdaten des Projektes

2

Telefonnummer		1
Telefaxnummer		2
e-mail-Adresse		3
web-site		4

1.3 Bitte geben Sie den Träger und die Postadresse des Trägers an

3

1.4 Um welche Art von Träger handelt es sich?

Bitte höchstens zwei Möglichkeiten ankreuzen

4

Schule		1
Öffentliche Verwaltung		2
Religionsgemeinschaft		3
Kulturgemeinschaft		4
Gewerkschaftsorganisation		5
Unternehmen		6
Bildungs- oder Fortbildungsträger		7
Gemeinnütziger Verein		8
Mitglied oder Teilorganisation bei einem der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege <i>Dazu gehören: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland</i>		9
Stiftung		10
Andere, und zwar		11

1.5 Versteht sich der Projektträger als Migrantenorganisation?

5

Ja, der Träger versteht sich als Migrantenorganisation		1
Nein, der Träger versteht sich nicht als Migrantenorganisation		2

1.6 Gilt ihr Projekt als Fortbildungsangebot i.S. einer definierten beruflichen Weiterbildung?

6

Ja, das Projekt wird/ wurde ausdrücklich als berufliche Fortbildung angeboten		1
Nein, das Projekt wird/ wurde nicht als berufliche Fortbildung angeboten		2

1.7 In welcher Stadtregion wird bzw. wurde das Projekt durchgeführt?

Bitte kreuzen Sie an, wo das Projekt durchgeführt wird/ wurde, nicht wo der Träger seinen Sitz hat; bitte alle zutreffenden Stadtregionen ankreuzen

7

Charlottenburg		1	Schöneberg		14
Friedrichshain		2	Spandau		15
Hellersdorf		3	Steglitz		16
Hohenschönhausen		4	Tempelhof		17
Köpenick		5	Tiergarten		18
Kreuzberg		6	Treptow		19
Lichtenberg		7	Wedding		20
Marzahn		8	Weißensee		21
Mitte		9	Wilmerdorf		22
Neukölln		10	Zehlendorf		23
Pankow		11			
Prenzlauer Berg		12			
Reinickendorf		13	Berlinweit		24

1.8 Stadtregionen nach Postleitzahlenbezirken

In Frage 1.7 wurde der Ort der Projektdurchführung auf der Ebene der früheren Bezirkseinteilung erfragt. Falls sich Ihr Projekt stadträumlich noch genauer eingrenzen lässt, tragen Sie bitte die drei wichtigsten Postleitzahlenbezirke ein, in denen das Projekt durchgeführt wird/ wurde bzw. aus denen die meisten TeilnehmerInnen kommen (z.Bsp.: 10587)

8

PLZ-Bezirk 1					PLZ-Bezirk 2					PLZ-Bezirk 3				
				1					2					3

2 Inhaltliche Projektausrichtung

2.1 Bitte ordnen Sie Ihren Projektansatz den unten stehenden Beschreibungen und Kategorien zu.

Lesen Sie sich bitte zuerst die gesamte Liste (auf den Seiten 5 und 6 des Erhebungsbogens) durch und entscheiden Sie dann, welche Vorgaben Ihren Projektansatz zutreffend charakterisieren. Es sind maximal drei Nennungen möglich. Bitte kennzeichnen Sie die für Ihr Projekt zentral zutreffende Kategorie mit "1", die zweitwichtigste mit "2" und die am wenigsten relevante mit "3".

Historische Bildung zum Nationalsozialismus (z.B. Gedenkstättenbesuche, lokale Recherchen zum Schicksal jüdischer Familien, Erstellen von Erinnerungs- und Mahndokumenten etc.)	1
Vermittlung von Informationswissen (z.B. Aufklärung über Rechtsextremismus, über die Symbole der rechtsextremen Jugendkultur, über Rechtsrock-Musik etc.)	2
Teilnehmerorientierte, offene Reflexion von Erfahrungen (z.B. persönliche Berührung und Bedeutung des Themenkomplexes Rechtsextremismus, Reflexion eigener Fremdheitserfahrungen etc.)	3
Durchführung von ausgearbeiteten Unterrichts-, Seminar- oder Trainingseinheiten zur Demokratie- und Toleranzerziehung, die als ausgearbeitete Arbeitsmaterialien vorliegen (z.B. Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, "Betzavta", "Achtung + Toleranz" etc.)	4
Schulung, Förderung allgemeiner personaler Kompetenzen und des allgemeinen sozialen Lernens (z.B. Einübung elementarer ziviler Verhaltensweisen wie Rollendistanz, Einfühlungsvermögen, Erhöhung von Frustrationstoleranz, Perspektivenübernahme etc.)	5
Maßnahmen zur Deeskalation und zur Entwicklung von Zivilcourage, Mediation, Streitschlichtung (z.B. konstruktive, gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten zwischen einzelnen Personen, Herstellung von Kontakten zwischen verfeindeten Cliquen etc.)	6
Körper- und bewegungsorientierte Konzepte von Erlebnis-, Abenteuer- und Sportpädagogik	7
Kultur- und medienpädagogische Konzepte (z.B. Arbeiten mit Film, Malen, Musik- und Theateraufführungen)	8
Gewalttherapeutische Ansätze mit auffälligen oder straffällig gewordenen Personen (z.B. Anti-Aggressionstrainings, Täter-Opfer-Ausgleich etc.)	9
Partizipationsförderung (z.B. Schüler- oder Jugendparlamente, Beteiligungs- und Mitbestimmungsprojekte, "Runde Tische" mit jungen Leuten oder Erwachsenen)	10
Ausrichtung von Kampagnen, Wettbewerben und Aktionen zur öffentlichen Thematisierung des Themenkomplexes (z.B. Plakataktionen, Unterschriftenaktionen etc.)	11
Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen	12
Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Bezirks- und Landesebene	13
Beratungsprojekte (Individuelle, personenbezogene Beratung etwa von Opfern oder Aussteigern)	14
Interkulturelle Austauschprojekte oder internationale Begegnungen in Berlin (z.B. Kennenlernen anderer Kulturen, anderer Sitten und Gebräuche oder von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften)	15
Forschungs- und Dokumentationsprojekte (z.B. Forschungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus, Dokumentation von Übergriffen, Archivierung der Medienberichterstattung und anderer Materialien; nicht gemeint ist die Dokumentation des eigenen Projektes)	16
Lokale Aktionspläne, Kommunalanalyse, Beratung von Zivilgesellschaft und Politik, kommunale Konfliktmoderation	17
Politische Antidiskriminierungsarbeit	18

Fortsetzung von Frage 2.1

Erstellung von Lehr- oder Lernmaterialien		19
Sozialraumbezogenes Projekt (z.B. Projekte, die Nachbarschaften und Kieze einbeziehen, Kooperation etwa mit Quartiersmanagement etc.)		20
Andere, und zwar		21

Sollten Sie in den letzten Wochen bereits für die Datenbank PräviS Angaben zu Ihrem Projekt an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt geschickt haben, gehen Sie bitte direkt zu Frage 3. Sollten Sie über eine schriftliche Selbstdarstellung verfügen, so können Sie diese gerne beilegen. Bitte vermerken Sie in Feld 2.3, ob Sie eine solche Projektdarstellung beigefügt haben oder notieren Sie die Adresse einer website, auf der man die Projektbeschreibung findet.

2.2 Bitte beschreiben Sie kurz die Problemlage, die zu der Durchführung des Projektes geführt hat.

10

2.3 Welche konkreten Ziele hat sich Ihr Projekt gesetzt?

11

2.4 Bitte erläutern Sie kurz den inhaltlichen und methodischen Ansatz des Projektes.**Was ist das Besondere an Ihrem Projekt?**

12

3 Schulprojekte

Bitte nur von "Schulprojekten" auszufüllen. Mit "Schulprojekten" sind Projekte gemeint, bei denen als TeilnehmerInnen primär Angehörige einer bestimmten Schule (ggf. auch deren Freunde oder Verwandte) angesprochen werden/ wurden. Schulprojekte können von Schulseitigen oder von externen Trägern durchgeführt werden.

3.1 Um welchen Schultyp handelt es sich bei Ihrer Schule?

13

Schule mit Förderschwerpunkten	<input type="checkbox"/>	1
Grundschule	<input type="checkbox"/>	2
Hauptschule	<input type="checkbox"/>	3
Realschule	<input type="checkbox"/>	4
Gymnasium	<input type="checkbox"/>	5
Gesamtschule	<input type="checkbox"/>	6
Berufsschule	<input type="checkbox"/>	7
Sonderberufsschule	<input type="checkbox"/>	8
Andere, und zwar	<input type="checkbox"/>	9

3.2 In welchem schulischen Rahmen wird das Projekt durchgeführt? Handelt es sich um ein:

14

Schulumfassendes Projekt	<input type="checkbox"/>	1
Bildungsstufenprojekt (also Primarstufe oder eine der beiden Sekundarstufen)	<input type="checkbox"/>	2
Klassen- bzw. Kursbezogenes Projekt	<input type="checkbox"/>	3

3.3 Zu welcher Schulstufe gehören die TeilnehmerInnen des Projektes?*Bitte alle zutreffenden Stufen ankreuzen*

15

Primarstufe	<input type="checkbox"/>	1
Sekundarstufe I	<input type="checkbox"/>	2
Sekundarstufe II	<input type="checkbox"/>	3

4 Erreichte AdressatInnen

4.1 Welche AdressatInnen werden bzw. wurden durch Ihr Projekt tatsächlich erreicht?

Wieder sind maximal drei Nennungen möglich. Bitte wählen Sie die für Ihr Projekt am genauesten zutreffende Antwortvorgabe. Bewerten Sie diese bitte entsprechend der Bedeutung für Ihr Projekt mit "1", "2" und "3".

Erreicht werden/ wurden

16

bestehende Initiativen, Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus		1
Einzelpersonen, die sich ehrenamtlich in der Auseinandersetzung mit dem Problemkomplex Rechtsextremismus engagieren		2
Vereine, VereinsmitarbeiterInnen		3
PolitikerInnen (Bund, Land, Bezirk)		4
JournalistInnen, PR-Beauftragte etc.		5
Angehörige pädagogischer Berufe (Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen)		6
Eltern und Erziehungsberechtigte		7
jugendliche MultiplikatorInnen		8
rechtsextrem bzw. gewaltorientierte junge Leute		9
AussteigerInnen aus der rechtsextremen Szene		10
Jugendliche		11
SchülerInnen		12
Auszubildende/ TeilnehmerInnen an Maßnahmen der Berufsvorbereitung		13
Opfer rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer oder antisemitischer Gewaltakte oder Diskriminierungen		14
Beschäftigte bei der Justiz		15
Beschäftigte bei der Polizei		16
Beschäftigte in der Öffentlichen Verwaltung		17
Arbeitgeberverbände		18
Gewerkschaften		19
Religionsgemeinschaften		20
Kulturgemeinschaften		21
Migranten		22
Andere, und zwar		23

4.2 Bitte ordnen Sie die genannte(n) Zielgruppe(n) den unten stehenden Altersstufen zu.*Bitte alle zutreffenden Auswahlmöglichkeiten ankreuzen*

17

Personen im Alter unter 10 Jahren	<input type="checkbox"/>	1
Personen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren	<input type="checkbox"/>	2
Personen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren	<input type="checkbox"/>	3
Personen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren	<input type="checkbox"/>	4
Personen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren	<input type="checkbox"/>	5
Personen im Alter zwischen 25 und 60 Jahren	<input type="checkbox"/>	6
Personen im Alter über 60 Jahren	<input type="checkbox"/>	7
Altersunabhängig	<input type="checkbox"/>	8

4.3 Arbeiten Sie im Rahmen des Projektes regelmäßig mit einer oder mit mehreren festen Zielgruppen/ Schulklassen/ Kursen?

18

18Ja, das Projekt arbeitet/ arbeitete regelmäßig mit festen Zielgruppen	<input type="checkbox"/>	1
Nein, das Projekt arbeitet/ arbeitete nicht regelmäßig mit festen Zielgruppen	<input type="checkbox"/>	2

Wenn Sie mit "ja" geantwortet haben, fahren Sie bitte mit Frage 4.4 fort, wenn Sie mit "nein" geantwortet haben, machen Sie bitte mit Frage 4.6 weiter.

4.4 Mit wie vielen festen Gruppen/ Schulklassen/ Kursen arbeiten Sie?*Bitte tragen Sie die Zahl der Zielgruppen ein*

19

Das Projekt arbeitet/ arbeitete mit festen Zielgruppen	<input type="text"/>	1
--	----------------------	---

4.5 Wie groß sind die regelmäßig erreichten Gruppen im Durchschnitt?

20

unter 10 Personen	<input type="checkbox"/>	1
10 bis 20 Personen	<input type="checkbox"/>	2
20 bis 30 Personen	<input type="checkbox"/>	3
30 bis 50 Personen	<input type="checkbox"/>	4

4.6 Wie viele TeilnehmerInnen wurden mit offenen Maßnahmen erreicht?

21

Wie viele TeilnehmerInnen haben 2005 an den Maßnahmen teilgenommen?	<input type="text"/>	1
Wie viele TeilnehmerInnen haben 2006 an den Maßnahmen teilgenommen?	<input type="text"/>	2

4.7 Wie ist die Zielgruppe hinsichtlich des Geschlechts zusammengesetzt?

22

Geschlechtsgemischt	<input type="checkbox"/>	1
Geschlechtshomogen weiblich	<input type="checkbox"/>	2
Geschlechtshomogen männlich	<input type="checkbox"/>	3

4.8 Arbeitet/ arbeitete das Projekt mit einem geschlechtsreflektierenden Ansatz, d.h. wird im Rahmen der Projektarbeit ausdrücklich geschlechtsspezifisches Rollenverhalten behandelt?

23

Ja, das Projekt behandelt/ behandelte ausdrücklich geschlechtsspezifisches Rollenverhalten	<input type="checkbox"/>	1
Nein, das Projekt behandelt/ behandelte nicht ausdrücklich geschlechtsspezifisches Rollenverhalten	<input type="checkbox"/>	2

4.9 Wie setzt sich die Zielgruppe hinsichtlich Mehrheit/ Minderheiten zusammen?

24

Die TeilnehmerInnen kommen/ kamen aus gesellschaftlichen Minderheiten (Personen nichtdeutscher Herkunft; Spätaussiedler; Gruppen, die Wert auf eine besondere Identität legen etc.)	<input type="checkbox"/>	1
Die TeilnehmerInnen kommen/ kamen aus gesellschaftlicher Mehrheit	<input type="checkbox"/>	2
Die TeilnehmerInnen kommen/ kamen aus Minderheiten und aus der Mehrheit	<input type="checkbox"/>	3

4.10 Gelten die TeilnehmerInnen im rechtlichen Sinne überwiegend als sozial benachteiligt und individuell beeinträchtigt?

25

Ja, die TeilnehmerInnen gelten/ galten im rechtlichen Sinne überwiegend als sozial benachteiligt und individuell beeinträchtigt	<input type="checkbox"/>	1
Nein, die TeilnehmerInnen gelten/ galten nicht im rechtlichen Sinne überwiegend als sozial benachteiligt und individuell beeinträchtigt	<input type="checkbox"/>	2

5 Projektdauer

5.1 In welchem Jahr/ welchen Jahren wird/ wurde das Projekt durchgeführt?

Bitte alle zutreffenden Angaben ankreuzen

26

Im Schuljahr 2004/ 05 (nur für Schulprojekte)	<input type="checkbox"/>	1
Im Schuljahr 2005/ 06 (nur für Schulprojekte)	<input type="checkbox"/>	2
Im Schuljahr 2006/ 07 (nur für Schulprojekte)	<input type="checkbox"/>	3
Im Kalenderjahr 2005	<input type="checkbox"/>	4
Im Kalenderjahr 2006	<input type="checkbox"/>	5

5.2 Wie lange läuft/ lief das Projekt insgesamt, unabhängig von der Verteilung auf die Schul- oder Kalenderjahre?

Das Projekt läuft/ lief insgesamt

27

Tage	<input type="checkbox"/>	1
Wochen	<input type="checkbox"/>	2
Monate	<input type="checkbox"/>	3
Jahre	<input type="checkbox"/>	4

5.3 Ist das Projekt schon beendet?

28

Ja, das Projekt ist schon beendet	<input type="checkbox"/>	1
Nein, das Projekt läuft derzeit noch	<input type="checkbox"/>	2

6. Projektevaluation

6.1 Wird/ wurde Ihr Projekt evaluiert?

29

Ja, das Projekt wird/ wurde intern, d.h. von MitarbeiterInnen des Projektes oder des Trägers evaluiert		1
Ja, das Projekt wird/ wurde extern, d.h. nicht von Projekt- oder TrägermitarbeiterInnen evaluiert		2
Nein, das Projekt wird/ wurde nicht evaluiert		3

6.2 Was genau wird/ wurde evaluiert?

30

Evaluiert wurde die Wirkung des Projektes, d.h. die Effekte, die speziell auf das Projekt selbst zurückzuführen sind		1
Evaluiert wurde der Prozeß der Durchführung des Projektes, z.Bsp. das Projektmanagement, die Kommunikation und Kooperation zwischen den am Projekt Beteiligten oder die Rahmenbedingungen des Projektes		2

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

Quellen

Abgeordnetenhaus Berlin, Kleine Anfragen des Abgeordneten Alexander Ritzmann vom 9.5.2006 (Drs. 15/ 13496) und vom 27.6.2006, (Drs. 15/ 13607).

Abgeordnetenhauswahl 2006. Wahlergebnisse im Überblick. Der Landeswahlleiter Berlin (Hrsg.): http://www.berlin.de/wahlen/index.php/aghb_vwahl-2006/ergebnis/ueberblick/ueberblick.htm (2006).

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): "Autonome Nationalisten". Eine militante Randerscheinung, Köln 2007.

Bundesverfassungsgericht (BVerfG): Entscheidung des BVerfG vom 24.5.2005 unter: www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_lbvr107201.html

Forschungsgruppe Wahlen e.V. (Hrsg.): Wahlergebnisse in Deutschland 1946-2003, Mannheim 2003.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006 (FES, Forum - Berlin) .

Infratest dimap, Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mgH (Hrsg.): Wahlreport Abgeordnetenhauswahl in Berlin 17. September 2006. Berlin 2006.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin. Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe. Berlin 2007.

LKA Brandenburg (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik Brandenburg 2004, Eberswalde 2005.

Der Landeswahlleiter Berlin: Wahlergebnisse im Überblick.
http://www.berlin.de/wahlen/index.php/aghb_vwahl-2006/ergebnis/ueberblick/ueberblick.htm

Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard: Berlin - Brandenburg-BUS 2002. Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Berlin 2002.

Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg. Handout zur Pressekonferenz, Berlin, März 2005.

Piening, Günter: Eindeutige Position des Berliner Senats gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus, in: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration (Hrsg.): Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Für eine Stadt der Vielfalt. Darstellung der Berliner Projekte des Landesprogramms (September 2006), Berlin 2006, S. 6f.

Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 Berlin, Berlin 2006.

Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006 Berlin, Berlin 2007.

Der Polizeipräsident in Berlin, LKA 5 (Hrsg.): Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2006. Berlin: LKA 2007.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechtsextremistische Skinheads, Berlin 2003.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin. (Studienreihe "Im Fokus"). Berlin 2004.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Ergebnisse extremistischer Parteien in Berlin. Bundestagswahl 2005, Berlin 2005.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Wählerbewegungen im extremistischen Spektrum in Berlin. Berliner Wahlen 2006, Berlin 2006.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 2002 bis 2005. Berlin 2003ff.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin. Stand: Dezember 2005. Berlin 2006.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.). Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007.

Sinus-Institut(Hrsg.): 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS - Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1981.

Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistischer Bericht B VII 2. Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006, Berlin 2006.

Toelle, Oliver: Interview, in: Netzwerk Demokratieoffensive/ Aktion Medien mit Mut der Amadeo Antonio Stiftung (Hrsg.): extrem*, Berlin 2007 (www.politikorange.de), S. 13-15.

Voigt, Udo: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. [Interview] in: Junge Freiheit, 24.09.2004, S. 3.

Literatur

Arzheimer, Kai/ Falter, Jürgen W.: Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens. in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 85-107.

Arzheimer, Kai/ Schoen, Harald/ Falter, Jürgen W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn: Bundeszentrale 2000, S. 220-245.

Backes, Uwe: „Rechtsextremismus“ - Konzeptionen und Kontroversen. in: Backes, Uwe (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2003, S. 15-52.

Bobbio, Norbert: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: Wagenbach 1994.

Brangsch, Lutz: Vorwort, in: Horst Helas/ Dagmar Rubisch (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 7-9.

Brumlik, Micha: Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl, in: Wilhelm Heitmeyer/ Kurt Möller/ Heinz Sünker (Hrsg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989, S. 175-189.

Buderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn: Pahl - Rugenstein 1998.

Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. (Hrsg.): Dokumentation der 1. Potsdamer Fachtagung: Ein Bündnis zwischen Bildung und Justiz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin 2003.

Cornel, Heinz: Schwere Gewaltkriminalität durch junge Täter in Brandenburg, Potsdam/ Berlin 1999: Camino

Danner, Stefan: Was bedeutet "Akzeptanz" in der Pädagogik? in: Neue Sammlung 41 (2001), H. 3, S. 425-462.

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Hrsg.): Maßnahmen der Länder gegen Rechtsextremismus. Speyer: DHV 2001.

Döring, Uta: "National befreite Zonen". Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg 2006, S. 177-206.

Dovermann, Ulrich/ Hirschfeld, Ronald: Lernort Knast. Ein Kooperationsprojekt zum Rechtsextremismus. in: Praxis Politische Bildung (2005), H. 3, S. 188-192.

Drewniak, Regine/ Peterich, Petra: Einige Anmerkungen zum so genannten Denkzeit-Training. in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) 17 (2006), Nr. 3, Sept., S. 275-278.

Eckert, Roland: Xenos, Entimon, Civitas. Wirkungen und Grenzen der Aktionsprogramme aus externer wissenschaftlicher Sicht. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Gemeinsam für Demokratie. Beiträge zur Ergebniskonferenz, 21. und 22. November 2006. Berlin 2006.

Ehlers, Ulrich / Fiege, Jürgen: Filme gegen rechts. Zum Medieneinsatz in der außerschulischen politischen Bildung, in: Praxis Politische Bildung 5 (2001), H. 2, S. 108-115.

Ehmann, Annegret: Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung. Wo stehen wir - was bleibt - was ändert sich? in: Fechner, Bernd/ Kößler, Gottfried/Liebertz - Groß, Till (Hrsg.): "Erziehung nach Auschwitz" in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim, München: Juventa 2000, S. 175-192.

Ehmann, Annegret: Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung. in: Brinkmann, Annette/Ehmann, Annegret/Milton, Sybil/Rathenow, Hanns-Fred/ Wyrwoll, Regina (Hrsg.): Lernen aus der Geschichte. Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit. Bonn: Arcult - Media - Verlag 2000, S. 24-61.

Erb, Rainer/ Kohlstruck, Michael: Antisemitismus in neuen Kontexten - Anmerkungen zum aktuellen Diskurs, in: Berliner Forum Gewaltprävention 5 (2005) , Nr. 21, S. 42-45.

Falter, Jürgen W.: Rechtsextremismus in Deutschland. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994 bis 2000, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz 2000.

Fechler, Bernd/Köbller, G./Lieberz - Groß, T. (Hrsg.): "Erziehung nach Auschwitz" in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim: Juventa 2000.

Fleischer, Helmut: Zur Kritik des Historikerstreits, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 1988, H. 40/41, S. 3-14.

Freund, Thomas/Lindner, Werner (Hrsg.): Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit. Opladen 2001.

Friese, Peter: Milieuarbeit - Begriffe und Methoden. in: Ebbe, Kirsten/Friese, Peter (Hrsg.): Milieuarbeit. Grundlagen präventiver Sozialarbeit im lokalen Gemeinwesen. Stuttgart: Enke 1989, S. 39-63.

Gesemann, Frank: Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme - Ursachenanalyse - Präventionsmaßnahmen Berlin 2004.

Gloel, Rolf/ Gützlaff, Kathrin: Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg: VSA-Verlag 2005.

Götz, Wolfgang: Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. Mainz: v. Hase & Koehler 1967.

Heitmann, Helmut/Korn, Judy: Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt. Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Gewalttätern innerhalb des Jugendstrafvollzuges und Betreuung nach Haftentlassung. in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) 17 (2006), H. 1, S. 38-44.

Helas, Horst/ Rubisch, Dagmar (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien. Berlin: Karl Dietz 2006.

Hentig, Hartmut v. (Hrsg.): Die Menschen stärken, die Sachen klären. Ein Plädoyer für die Wiederherstellung der Aufklärung. Stuttgart: Reclam 1985.

Herz, Thomas/Schwab - Trapp, Michael: Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.

Hopf, Wulf: Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsextremismus - eine Zwischenbilanz. in: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB) 50 (2002), H. 1, S. 6-20.

Jaschke, Hans-Gerd: Für eine aktivierte Bürgergesellschaft. Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000. Mainz: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz 2000.

Kaiser, Wolf: Gedenkstätten als Lernorte? Ziele und Probleme. Pädagogik in Gedenkstätten. Beiträge zur Fachtagung 12.-15. Oktober 2000 im Haus der Wannsee-Konferenz Berlin (www.ghwk.de/deut/tagung/kaiser.htm; letzter Zugriff 23.1.2007). Berlin 2000.

Kaiser, Wolf: Was kann die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zur politischen Bildung beitragen? in: Kammerer, Bernd/Pröll - Kammerer, Anja (Hrsg.): recht extrem.de Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Rechtsextremismus - Konzepte und Projekte der politischen und historischen Bildung. Nürnberg: emwe 2002, S. 54-62.

Kappeler, Manfred: Prävention als Fetisch (in) der Jugendhilfe. in: Neue Kriminalpolitik 12 (2000), S. 23-27.

Knigge, Volkhard: Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland. in: Knigge, Volkhard/Frei, Norbert (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München: Beck 2002, S. 423-440.

Körner, Jürgen: Wirksamkeit ambulanter Arbeit mit delinquenten Jugendlichen. Erste Ergebnisse einer vergleichenden Studie. in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) 17 (2006), H. 3, Sept., S. 267-275.

Kohlstruck, Michael: Der Doppelcharakter der rechtsradikalen Jugendkultur und das Kontinuitätsproblem in der Jugendarbeit. in: Benz, Wolfgang/ Benz, Ute (Hrsg.): Jugend in Deutschland. Opposition, Krisen und Radikalismus zwischen den Generationen. München: dtv 2003, S. 189-210.

Kohlstruck, Michael/ Münch, Anna Verena: Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. in: Klärner, Andreas/ Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition 2006, S. 302-336.

Korn, Judy / Heitmann, Helmut: Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt, hrsg. vom Archiv der Jugendkulturen, Berlin o.J. [2005].

Krafeld, Franz-Josef: Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen, in: Wilfried Schubarth/ Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz, Bonn 2001, S. 271-291.

Kromrey, Helmut: Evaluation - ein vielschichtiges Konzept. Begriff und Methodik von Evaluierung und Evaluationsforschung. Empfehlungen für die Praxis. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 24 (2001), H. 2, S. 105-132.

Lepsius, M. Rainer: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Max Haller/Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny/ Wolfgang Zapf (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Dt. Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988, Frankfurt a.M., New York 1989, S. 247-264.

Lüders, Christian: Prävention und „Kinder stark machen“: Zauberworte oder fachliche Prinzipien? in: BMFSFJ (Hrsg.): „Bevor es zu spät ist...“. Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten. Fachforum im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Bonn 1999, S. 10-29.

Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin/ Steil, Armin: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim, München: Juventa 2007.

Möller, Kurt: Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vor dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegrationsprozessen (Expertise), Esslingen und Bielefeld 2002 (als Manuskript gedruckt).

Neidhardt, Friedhelm: [Rezension:] 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“. Die SINUS - Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 33 (1981), H. 4, S. 794-796.

Nickolai, Werner: Marko und die Folgen: ein Skinhead in Auschwitz. in: Neue Praxis 26 (1996), H. 2, S. 160-168.

Nickolai, Werner/ Lehmann, Henry (Hrsg.): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen. Freiburg: Lambertus 2002.

Nunner - Winkler, Gertrud: Moral in der Politik - Eine Frage des Systems oder der Persönlichkeit? in: Hans - Ulrich Derlien/ Uta Gerhardt/ Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden 1994, S. 123-149.

Osborg, Eckart Akzeptierende Sozialarbeit mit Rechtsorientierten. Was kommt danach? in: Standpunkt: Sozial. Hamburger Forum für Soziale Arbeit 2002, H. 1, S. 34-41.

Peters, Jürgen/ Hoffmann, Hans/ Schmode, Udo (Hrsg.): Handeln gegen rechts. Xenos - Projekte aus der Praxis. Hamburg: VSA 2005.

Reichling, Norbert: Vom antifaschistischen Pathos zur "normalen" Bildungsarbeit? Probleme und Perspektiven für die historisch-politische Erwachsenenbildung. in: Behrens-Cobet, Heidi (Hrsg.): Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten. Essen: Klartext 1998, S. 223-238.

Reuter, Lutz R.: Erziehungs- und Bildungsziele aus rechtlicher Sicht, in: Füssel, Hans-Peter/ Roeder, Peter M. (Hrsg.): Recht - Erziehung - Staat. Zur Genese einer Problemkonstellation und zur Programmatik ihrer zukünftigen Entwicklung (Zeitschrift für Pädagogik, 47. Beiheft), S. 28-48.

Rieker, Peter: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit: Ansätze - Entwicklungen - Herausforderungen. in: Egg, Rudolf (Hrsg.): Extremistische Kriminalität: Kriminologie und Prävention. Wiesbaden 2006, S. 203-216.

Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 11-29.

Schmid, Claudia: Formen und Methoden des Rechtsextremismus. in: Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die neue rechte Herausforderung. Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Dokumentation des Werkstattgespräches am 29. April 2005. Berlin: HBS 2005, S. 36-39.

Schmid, Claudia: Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. in: Minkenberg, Michael/ Sucker, Dagmar/ Wenninger, Agnieszka (Hrsg.): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn: IZ 2006, S. 228-235.

Schroeder, Klaus: Expertise zu "Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland". (Ms.). Berlin 2006, Dezember.

Schroeder, Klaus: Der konstruierte Rechtsextremismus. Wie durch unseriöse Studien und willkürliche Interpretation die Deutschen zu einem Volk von Ausländerfeinden und Antidemokraten werden. in: Die Welt (2007), 12.01.2007, S. 9.

Seipel, Christian / Rippl, Susanne: Rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Theoretische Erklärungen und empirische Ergebnisse der Hell- und Dunkelfeldforschung, in: Jürgen Raithel/ Jürgen Mansel (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich, Weinheim, München 2003, S. 264-284.

Seyb, Sabine: Zahlen allein sprechen nicht für sich. in: apabiz e.V./ADNB des TBB/MBR/Netzwerkstelle Moskito/ReachOut (Hrsg.): Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Berlin 2007, S. 9-15.

Simon, Titus/ Elsässer, Jürgen: Glatzenpflege auf Staatskosten?! 10 Thesen zur akzeptierenden Jugendarbeit. in: Andreas Buderus/ Gerd Dembowski/ Jürgen Scheidle (Hrsg.): Das zerbrochene Fenster. Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr, Bonn 2001, S. 87-98.

Singer, Jens Peter: Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Definitionssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten. in: Kriminalistik 59 (2004), H. 1, S. 32-37.

Sohn, Werner [Bearb.]: Rechtsextremismus als Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Eine kritische Einführung in die Dokumentation von Maßnahmen, Projekten und Konzepten. in: Kriminologische Zentralstelle KrimZ (Hrsg.): Bekämpfung des Rechtsextremismus. Konzepte, Programme, Projekte 2000-2005. Wiesbaden 2005, S. 5-23, Okt. 2005.

SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Für eine starke Demokratie - Wirksam handeln gegen rechts! Handlungs- und Aktionsstrategien. Analysen. Berlin 2005.

Steil, Armin: Polyphems Auge. Zur Soziologie der "rassischen" Fremdheit, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 259-279.

Stockmann, Reinhard Evaluation in Deutschland, in: ders. (Hrsg.). Evaluationsforschung. Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder, Opladen 2000, S. 11-40.

Wieviorka, Michel: Die Gewalt. Hamburg: Hamburger Edition 2006.

Autor/innenverzeichnis

Prof. Dr. Wolfgang Benz

Historiker, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) der Technischen Universität Berlin

e-mail: zfa10154@mailbox.tu-berlin.de

Thomas Härtel

Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Seit 2007 Staatssekretär für Sport bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

1999 bis 2006 Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstr.47, 10179 Berlin

Dr. Michael Kohlstruck

Politikwissenschaftler, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus des ZfA

e-mail: michael.kohlstruck@tu-berlin.de

Daniel Krüger

stud. phil.

e-mail: daniel.krueger.2@cms.hu-berlin.de

Anna Verena Münch

M.A., Europäische Ethnologin

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

e-mail: amuench@uni-bielefeld.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren und Papiere
Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ Ein zuständigkeitsübergreifendes Präventionsmodell, 1995
Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998
Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
„Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene -Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2004
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26./27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich - Ebert – Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd – das war mir fremd – das kenne ich“ – Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007
Flyer
Flyer: Elterinformation „Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch,
Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004 Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo-Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006
Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 <i>Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I</i>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000 „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 <i>Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6. Juli 2000 <i>Schwerpunkt: Binationalität</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002</p>
<p>Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 <i>Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 <i>Schwerpunkt: Häusliche Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 <i>Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 <i>Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 <i>Schwerpunkt: Schuldistanz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 <i>Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 <i>Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien - vom 29.04. bis 30.04.2004</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich - Ebert - Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben - Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, <i>Schwerpunkt: Elternkurse</i></p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 <i>Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule - Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24. November 2005 <i>Schwerpunkt: Männlich Sozialisation und Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen am 22.2.2006“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 <i>Schwerpunkt: Intensivtäter Teil I - Ergebnisse der Analyse von „Intensivtäterakten“ der Staatsanwaltschaft Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28. September 2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 01. November 2006 <i>Schwerpunkt: Psychische Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin</p>

Alle Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 9027 2913, Fax: 9027 2921

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT